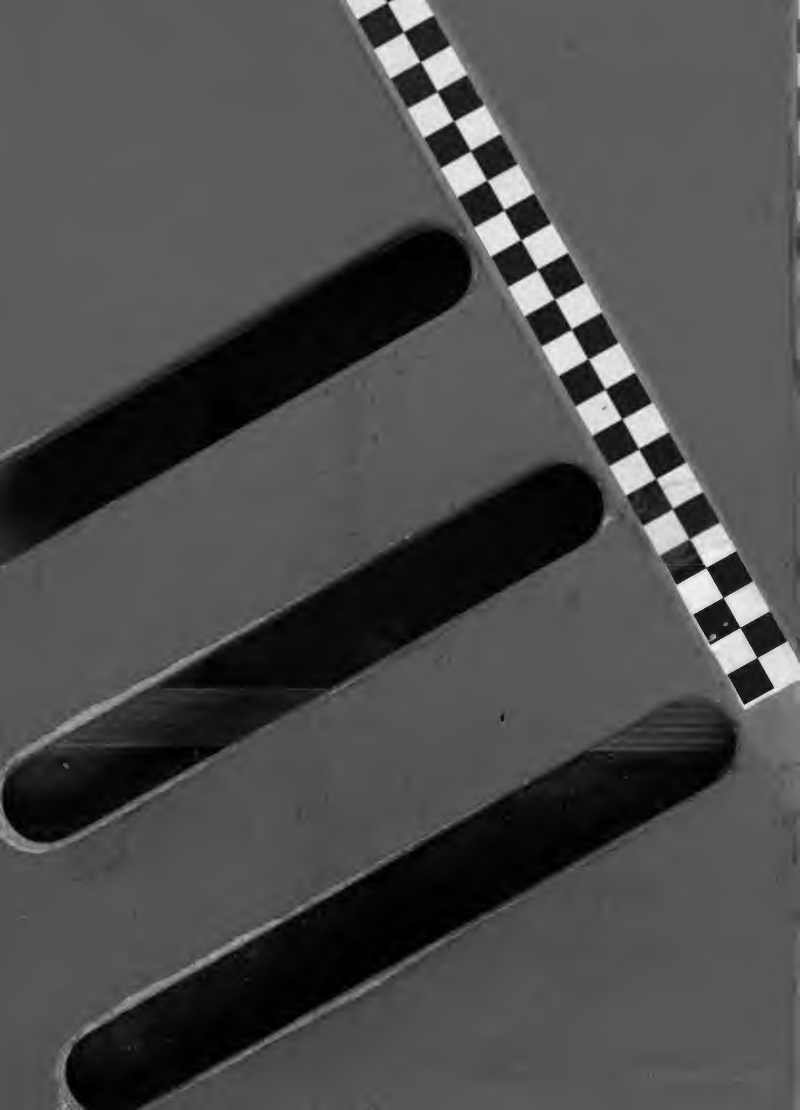
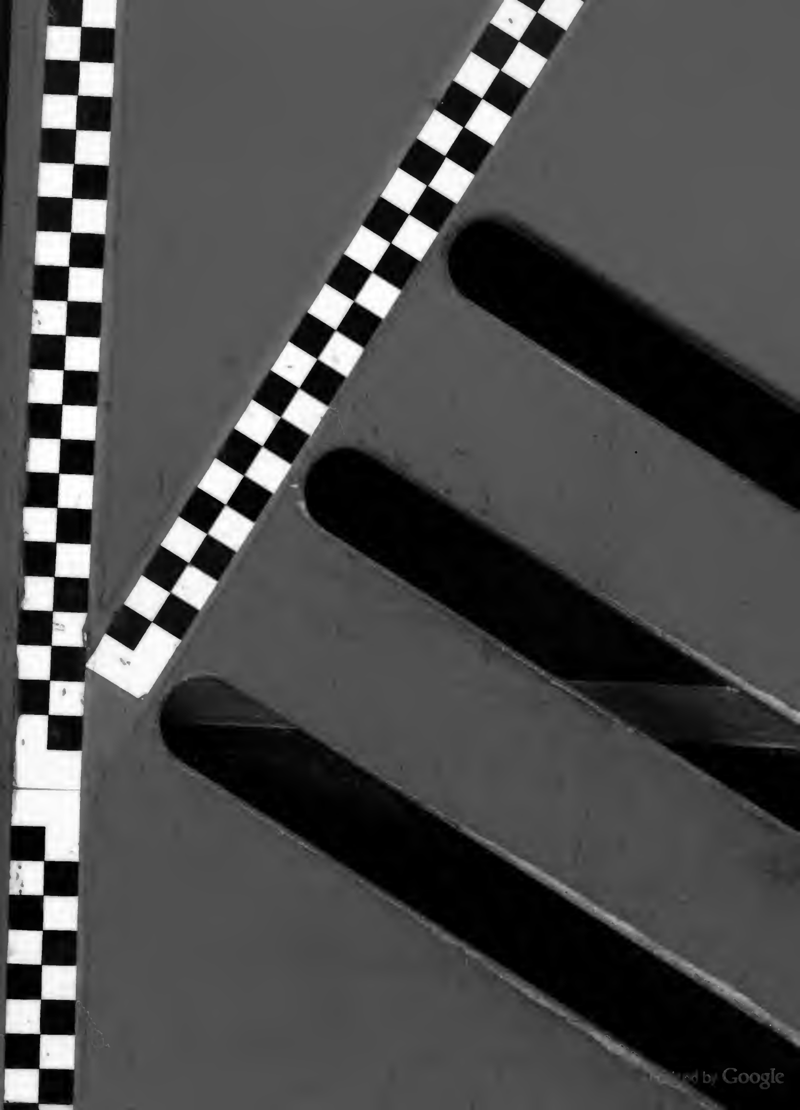
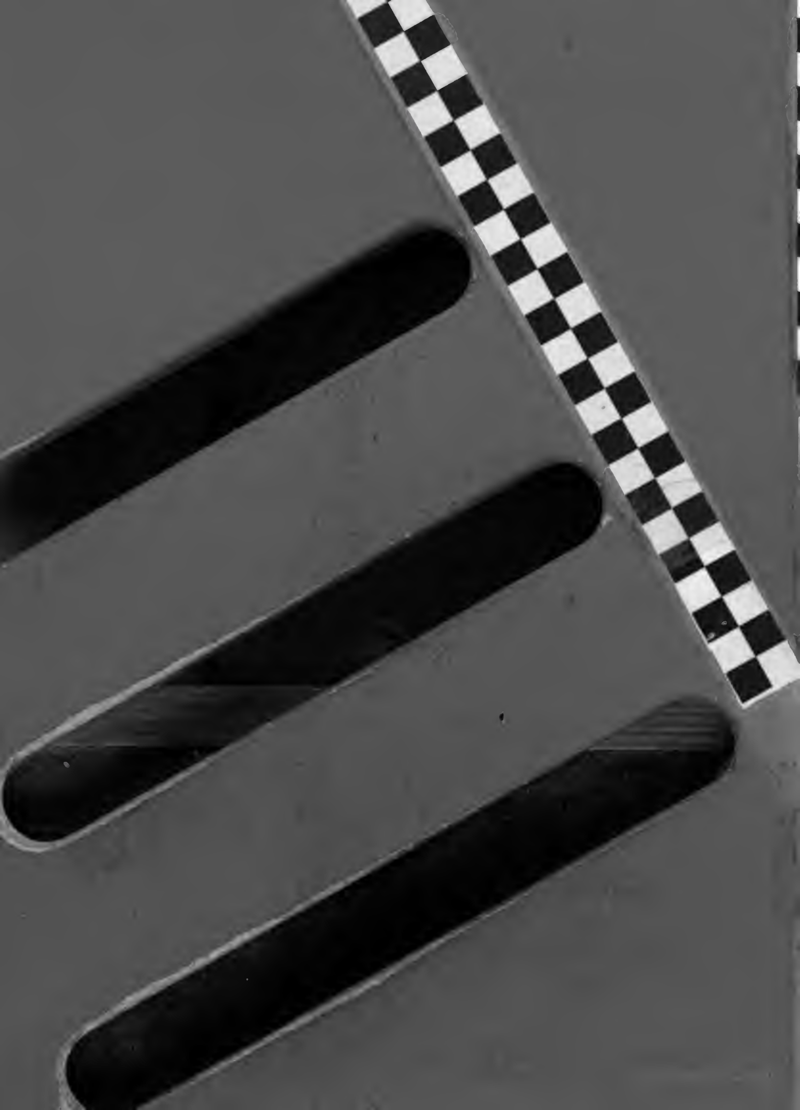
image
not
available







FRIEDENS - WART

Die Friedens-Warte.

Zeitschrift für internationale Verständigung.

Enthält die „Mitteilungen der Oesterreichischen Friedensgesellschaft“.

Herausgegeben von **Alfred H. Fried**, Berlin-Schöneberg.

Die Friedens-Warte erscheint in der Mitte eines jeden Monats und kostet für Deutschland und Oesterreich-Ungarn vierteljährlich 1,50 Mk., für das Ausland 1,65 Mk. Manuskripten und Anfragen ist Porto beizufügen.

VI. Jahrg. **Berlin, Wien, Leipzig,** Mitte Februar 1904. **No. 2.**

Inhalt:

Die Friedens-Warte.

Zeitschrift für internationale Verständigung.

Enthält die **„Mitteilungen der Oesterreichischen Friedensgesellschaft"**.

Herausgegeben von **Alfred H. Fried**, Berlin-Schöneberg.

Die Friedens-Warte erscheint in der Mitte eines jeden Monats und kostet für Deutschland und Oesterreich-Ungarn vierteljährlich 1,50 Mk., für das Ausland 1,65 Mk. Manuskripten und Anfragen ist Porto beizufügen.

VI. Jahrg. **Berlin, Wien, Leipzig,** Mitte Februar 1904. **No. 2.**

Die Abonnementsbeträge und Sendungen für den Deckungsfonds sind unter Bezeichnung des Zweckes an die Buchdruckerei von Pass & Garleb, Berlin W., Steglitzerstrasse 11, zu richten. Alle sonstigen Mitteilungen an die obige Adresse des Herausgebers.

Der Herausgeber.

Für den Deckungsfonds der „Friedens-Warte"

wurden gezeichnet bezw. sind bezahlt worden:

Ortsgruppe Ebingen	6,—	M.
Hugo v. Trnkoczy, Wien	2,—	„
Heinemann, Hannover	4,—	„
Professor Zippernowsky, Budapest	85,35	„
Kommerzienrat Arnhold, Dresden	50,—	„
Graf Sarnthein, Innsbruck	20,—	„
Miss P. H. Peckover, Wisbech	70,—	„
Dr. J. Zimmerli, Luzern	20,—	„
Professor v. Bar, Göttingen	24,—	„
Frau Professor Selenka, München	10,—	„

Für diese Beträge wird den Stiftern hiermit der Dank ausgedrückt. Das Defizit aus früheren Jahren ist dadurch nur zum Teile gedeckt, und es wird weiteren Zeichnungen entgegengesehen.

Der Verlag der „Friedens-Warte".

Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten.

Die Entwickelung der Vereinigten Staaten von Nordamerika steht schon längst im Mittelpunkt des Interesses der europäischen Pacifisten. Man ist sich in ihren Kreisen schon lange darüber klar, dass der wirtschaftliche Aufschwung der jugendkräftigen transatlantischen Republik einen umwälzenden Einfluss auf die in ihrem Antagonismus verharrenden alten Kulturstaaten Europas, nehmen muss. Mit Unrecht bezeichnen wir das, was uns von jener Seite droht, als die „amerikanische Gefahr", wir müssten den Einfluss, den die Vereinigten Staaten auf die europäische Wirtschaft, auf die europäische Kultur nehmen, eher als eine Hoffnung bezeichnen, denn die Massnahmen, zu denen uns dieser Einfluss führen wird, werden die Verwirklichung des von den Friedensfreunden erstrebten Ideals nur beschleunigen, werden zu einer wirtschaftlichen und unmittelbar auch zu einer politischen Einigung der Europastaaten beitragen.

Von diesem Gesichtspunkte ist daher das Buch des Geheimen Kommerzienrats Goldberger in Berlin, das unter dem vielverheissenden Titel „Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten" vor einigen Monaten erschienen ist, mit grösstem Interesse aufzunehmen, da uns darin zum erstenmale eine umfassende und authentische Darstellung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten gegeben wird, und mit um so grösserem Interesse, als der Verfasser bei seinen an Ort und Stelle angestellten Studien stets von dem Gedanken geleitet war, wie sich seine Erfahrungen für Deutschland ausnutzen lassen können, oder besser gesagt, wie sich die Möglichkeit bieten könnte, dass Deutschland den grossen Konkurrenten siegreich abwehren und wie es selbst zu einem so grossen Aufschwung gelangen könnte.

Freilich schlägt uns der Verfasser keine positiven Mittel vor, denn er bemüht sich, die politischen Verhältnisse völlig ausser Acht zu lassen, und gerade sein Buch wird die weiteren Kreise belehren, dass das politische Moment in der Frage des wirtschaftlichen Aufschwunges der Union das ausschlaggebende ist. Wir sehen in jenem Buche schwindelnde Zahlen über Produktion und

Reichtum, wir lesen fabelhafte Schilderungen der Industrie und der Handelsgewalt, sowie zur Bewunderung anregende Darstellungen des Standard of Life der Massen der Vereinigten Staaten. Wir vermissen aber dabei jeden Hinweis auf das völlige Fehlen des Militarismus in jenem Lande, wir vermissen die Zahlen, die die Lasten des bewaffneten Friedens in Europa als den Ballast für die wirtschaftliche Entwickelung des alten Kontinents erscheinen lassen, und zuletzt vermissen wir den Hinweis auf die belebende und segenfördernde Gewalt der Demokratie, die wir in Deutschland noch entbehren müssen. Aber selbst diese Lücke vermag die Bedeutung des Buches nicht hinabzudrücken, denn der denkende Leser — und nur für solche ist dieses Buch berechnet — wird von selbst zu den richtigen Schlüssen kommen. Es ist notwendig, dass jeder, der sich für die Entwickelung des Pacifismus in Europa interessiert, und der eine die Notwendigkeit einer Friedensorganisation der alten Welt erhärtende Begründung benötigt, diesem Buche einige Stunden widmet. Im Rahmen dieses Artikels können wir nur einige Zahlen wiedergeben, die dazu beitragen könnten, zu zeigen, welch mächtiger Motor der Friedensbewegung in dem Staatswesen jenseits des Ozeans erwächst.

Zunächst einige Zahlen über das Vermögen an Grundbesitz und beweglichem Eigentum in den Vereinigten Staaten. Dieses betrug:

im Jahre	Millionen Dollar	Doll. p. Kopf
1850	7 136	307,69
1860	16 160	513,93
1870	30 069	779,83
1880	42 642	850,20
1890	65 037	1038,57
1895	77 000	1117,01
1900	94 300	1235,86

Die Zunahme des auf den Kopf entfallenden Vermögens beträgt demnach

seit 1895 . . .	10%
„ 1890 . . .	19%
„ 1880 . . .	45%
„ 1870 . . .	58,5%
„ 1860 . . .	140,6%
„ 1850 . . .	302,3%

Geben diese Zahlen gewiss in reichlichem Masse zu denken, so ist dies nicht minder bei jenen Zahlen der Fall, die die Aus- und Einfuhrverhältnisse zwischen Deutschland und Amerika in Betracht ziehen. Es erübrigt sich, hier eine Tabelle aufzustellen, da wohl das Fazit, das Kommerzienrat Goldberger aus dieser Tabelle zieht, einleuchtend genug ist. Der Autor berichtet darüber folgendermassen: „Während also noch im Jahre 1890 Deutschland für 19,2 Millionen Mark mehr nach Amerika ausführte, als es von dort empfing, während noch im Jahre 1893 Amerika im Verkehr mit Deutschland einen Ueberschuss von 72,4 Millionen Mark hatte, überstieg der Wert der amerikanischen Einfuhr **nach** Deutschland den der deutschen Ausfuhr in die Union 1902 um 443,9, 1901 sogar um 601,1, und in den letzten 10 Jahren insgesamt um die ungeheure Summe von **3435,3 Millionen Mark.**“ (!)

Leider fehlt uns ein zahlenmässiger Ueberblick, wie die Verhältnisse anderen Ländern gegenüber liegen, doch wissen wir, dass sowohl in England als auch in Frankreich und Oesterreich-Ungarn über ähnliche Verhältnisse geklagt wird. Es ist also offenbar, dass die europäischen Staaten an der Union nicht nur einen guten Kunden verloren haben, dass dieser Kunde vielmehr anfängt, seinen bisherigen Lieferanten in ganz besorgniserregender Weise Konkurrenz zu machen. Es wickelt sich hier vor unseren Augen ein Krieg ab, dem die breiten Massen nicht jenes Interesse entgegenzubringen scheinen, wie etwa dem Hereroaufstand oder einer etwaigen Balgerei zwischen Bulgarien und der Türkei, und doch stehen für sie hier höhere Interessen auf dem Spiele. Es handelt sich dabei um nicht mehr und nicht weniger als um einen Kampf zwischen Europa und Amerika über die Hegemonie in der Welt. Für jeden Klarsehenden unterliegt es aber gar keinem Zweifel, dass Europa in diesem Kampfe unterliegen muss, wenn es nicht rechtzeitig zum Bewusstsein seiner gemeinsamen Interessen kommt, wenn es nicht den unzeitgemässen Ballast nationaler Eifersüchteleien über Bord wirft, den schweren Panzer seiner Rüstungen insofern erleichtert, als es diese zeitgemäss reformiert, wenn es nicht dahin gelangen wird, seine Gegensätze auszugleichen und sich zu einer würdigen und machtvollen Einheit zu sammeln, die es ihm nur allein ermöglichen kann, mit dem Konkurrenten von drüben in ein auf gleichen Verhältnissen basierendes Bündnis zu treten. Eine von den europäischen Einzelstaaten gegen Amerika gerichtete Politik ist ein Unding, keine dieser „Grossmächte“ ist stark genug, um in einem solchen Kampfe Erfolge einzuheimsen, und es muss bei einer solchen partikularistischen Politik dahin kommen, dass die Union zu den Europastaaten etwa jene Stellung einnehmen wird, wie irgend eine europäische Grossmacht zu den Balkanstaaten, nur dass im ersteren

Falle jene Einschränkung fehlen wird, die sich den Europastaaten durch ihre gegenseitige Bedrohung auferlegt. Europa ist auf dem besten Wege, eine Satrapie Amerikas zu werden, wenn es sich nicht durch wirtschaftliche und politische Vereinigung zu einer ebenbürtigen Macht erhebt.

Alle Hoffnung der Blut- und Eisenanbeter, dass im letzten Ende die Kanone das entscheidende Wort sprechen könnte, deutet auf Wahnsinn hin. Keine einzige europäische Macht vermag sich mit Gewalt gegen eine solche Wirtschaftskraft aufzulehnen, wie sie Goldberger in seinem Buche darstellt. Selbst ein momentaner Sieg würde nichts zu bedeuten haben. Man kann die amerikanische Flotte in den Grund bohren, aber niemals die amerikanische Wirtschaft, niemals den natürlichen Reichtum dieses Landes und den praktischen Sinn seiner Bewohner. Der Sieg muss zuletzt auf seiten Amerikas bleiben. Und wollte jemals eine europäische Macht den Versuch machen, mit Kanonen seine wirtschaftliche Stellung Amerika gegenüber zur Herrschaft zu bringen, dann wehe Europa! — Es ist daher eine der hervorragendsten Interessen ganz Europas, eine der ersten europäischen Interessen, dass keiner der europäischen Einzelstaaten jemals diesen Wahnwitz begehe.

Für uns Friedensfreunde ist dieser Ausblick nur erfreulich. Wir sehen die zwingende Macht der Tatsachen und fühlen, wie gerade diese Macht den Widerstand zersplittern muss, der uns in unserer Heimat entgegengebracht wird. Mögen kleinliche Klassen- und Nationalinteressen den Ausblick der führenden Geister in Europa noch so sehr verdunkeln, für uns besteht der süsse Trost, dass die Arme, die in Amerika Werte produzieren, die dem Boden dort seine Reichtümer entnehmen, die Köpfe, die dort für eine sinngemässe Bearbeitung der Rohprodukte sorgen, unsere Mitarbeiter sind an dem grossen Werke der Einigung Europas, der Pacifikation der Kulturwelt.

„Europa muss wach bleiben“, sagt Kommerzienrat Goldberger zu Eingang seines denkwürdigen Buches. Nun gut — — wir Pacifisten sind wach und stehen treu am Posten, solange das übrige Europa noch schläft. A. H. F.

Zwei deutsche Offiziere über den „ewigen Frieden“.

Zwei eigentümliche Veröffentlichungen von preussischen, höheren Offizieren liegen uns vor, die sich beide mit dem sogenannten „ewigen Frieden“ befassen, und die in weiteren Kreisen grosses Aufsehen hervorriefen. Vorweg sei es erwähnt, dass diese beiden Schriften in ihrer Tendenz ziemlich entgegengesetzter Natur sind. Die eine beginnt mit der nicht mehr neuen Phrase: „der ewige Friede ist ein Traum und nicht einmal ein schöner“, die andere schliesst mit den Worten: „der ewige Friede ist ein Traum, sagt Moltke, und nicht einmal ein schöner. Ich habe trotzdem versucht, ihm näher zu kommen.“ Die erstere Schrift rührt von dem bekannten General C. Freiherrn von der Goltz*) her, die andere von einem „alten Offizier“, der sich hinter dem Pseudonym „A. von der Lippe“**) verbirgt.

Beiden Veröffentlichungen gemeinsam ist eine gewisse soldatische Keckheit, mit der sich die Autoren über die sonst in literarischen Kreisen herrschende Gepflogenheit hinwegsetzen, dass man über das Thema, über das man schreibt, auch orientiert sein soll. Beide Autoren erfreuen sich einer Naivetät, um die man sie beneiden könnte, wenn es nicht traurig wäre, zu sehen, wie diese Naivetät dann für Autorität genommen wird, wenn sie, wie bei v. d. Goltz, den herrschenden Anschauungen schmeichelt. Weniger Beifall als dieser General dürfte dem „alten Offizier“ in jenen Kreisen zuteil werden, der es sich herausnimmt, etwas wider den Stachel zu löcken, der aber dennoch der Meinung ist, als ob die ganz vernünftigen Dinge, die er vertritt, von ihm erfunden wären, als ob sie nicht schon längst mit viel tieferer Begründung seitens der Pacifisten vorgebracht wären, und der dabei ganz übersieht, dass das bischen Bedeutung, das seinen Ausführungen innewohnt, nur darauf zurückzuführen ist, dass sie eben von einem „alten Offizier“ herrühren.

Herr General von der Goltz, der seine Ausführungen mit den wirklich schon sehr abgeschmackten Worten Moltkes beginnt, hat sich von der Friedensbewegung, die er bekämpft, noch immer nicht über die Verwechselung belehren lassen, der er und seine Anhänger verfallen, wenn sie den Krieg und den Kampf in einen Topf werfen, und wenn sie das Beseitigen des Kampfes mit den Bestrebungen der Pacifisten identifizieren. Diese Verwechselung, die heute einem Manne, der ernst genommen werden will, nicht mehr passieren darf, geht bei General von der Goltz so weit, dass er sogar den Parteienkampf mit dem Völkerkrieg verwechselt, er tut dies, indem er der „liberalen Doktrin“ den Vorwurf des Widerspruchs macht, dass sie auf der einen Seite „möglichste Freiheit des Individuums, freies Spiel der Kräfte im grossen Wettbewerb um dieser Erde Güter“ fordert, wodurch die Gefahr des Zusammenstosses wächst, und der Kampf aller gegen alle vorbereitet wird, während sie auf der anderen

*) C. Freiherr v. d. Goltz, Der ewige Friede und der nächste Krieg. Deutsche Revue, Februarheft 1904.

**) A. von der Lippe, Andere Zeiten — andere Wege. Betrachtungen eines alten Offiziers über militärisch-politische Dinge. Berlin. Otto Salle. 1904.

Seite — — die Friedensidee propagiert. Dieses Hineinziehen des Parteikampfes — der doch das gerade Gegenteil vom Kriege ist, sogar der typische Beweis des verfeinerten psychischen Kampfes —, als Argument gegen die Friedensidee, beweist eine unglaubliche Verwirrung der Anschauungen.

General von der Goltz ist von der Ewigkeit des Krieges überzeugt, denn nach ihm ist die Ursache aller Kriege immer die Absicht des Stärkeren gewesen, den Schwächeren zu vergewaltigen. Dieses Prinzip herrschte beim Einzelkampf des Wilden, in den Kämpfen der Familien, Stämme und Völker, während es heute das Nationalitätenprinzip ist, das der kriegtreibende Faktor geworden. Wenn dieser erschöpft sein wird, dann werden nach v. d. Goltz die Rassen miteinander kämpfen müssen. Der Herr General übersieht dabei, dass bei den von ihm angeführten Transformationen der Spielraum des Krieges immer kleiner geworden ist, dass der Krieg also eine ganz sichtbare Tendenz verfolgt, immer seltener zu werden und demnach schliesslich ganz aufzuhören, weil es schliesslich an Reibungsflächen fehlen muss, und weil die divergierenden Gruppen so gross geworden sind, dass sie auch die Macht besitzen, statt der rohen Gewalt einen anderen Regulator zur Erledigung ihrer Streitigkeiten zur Geltung zu bringen. Er übersieht ferner, dass mit zunehmender Kultur auch die Streitursachen geringer werden. Je kleiner die Gruppen sind, je rückständiger die Menschheit war, um so mehr konnte sie sich, um so mehr musste sie sich der rohen Gewalt bedienen, um ihren Willen durchzusetzen. Je grösser die Gruppen werden, je entwickelter die Menschen und ihre Wirtschaft werden, um so mehr werden sie gehindert, die rohe Gewalt anzuwenden, um so einleuchtender wird es ihnen, dass eine friedliche und rechtliche Auseinandersetzung ihr Interesse im höheren Masse befriedigt. Wäre der Krieg wirklich ewig, wie der Herr General von der Goltz es behauptet, dann müsste er auch noch von den Gruppen innerhalb der einzelnen Staaten geführt werden. Aber die heterogenen Elemente innerhalb der einzelnen Staaten bekämpfen sich zwar, manchmal in heftigster Weise, aber sie bekriegen sich nicht mehr, und das ist der bündigste Beweis, dass neue entwickeltere Formationen die Gewalt immer mehr ausschalten und ganz neue Tendenzen heranbilden, die sich von den früheren grundsätzlich unterscheiden.

So sind die Hinweise des Generals auf die Unruhen in der Türkei, auf den amerikanisch-spanischen, auf den Transvaalkrieg ganz und gar hinfällig. Erstens handelt es sich hierbei nicht durchweg um kulturreife Nationen, die die Friedensfreunde zunächst allein für eine Friedensorganisation geeignet halten, dann ist das Prinzip des Friedens noch zu sehr in seinen Anfängen, als dass man es für diese Zwischenfälle schon verantwortlich machen könnte, dass man aus diesen Zwischenfällen seine Wertlosigkeit deduzieren könnte. Es ist der grosse Fehler unserer militärischen Gegner, dass sie die Unvollkommenheiten des Momentes für die Unvollkommenheiten der Idee halten. Aber was nützt es, General von der Goltz sagt: „Kommen wird der Krieg mit Sicherheit und in vielleicht nicht allzu ferner Zeit". Diese Prophezeiung ist billig. Sie hat sich rasch erfüllt und kommen mag noch mancher Krieg, aber was will das gegen unser Ideal besagen? Ein jeder Krieg vermag es nur zu festigen. Jeder neue Krieg bringt uns neue Anhänger, jeder neue Krieg gibt den Völkern und den Regierenden die eiserne Lehre, der Friedensorganisation in unserem Sinne zuzustreben. Es ist dazu gar nicht nötig, dass die Friedensfreunde, wie der Herr General es will, zuerst den menschlichen Egoismus ausrotten, um die künftigen Kriege vermeidlich zu machen. Nein, gerade der Egoismus scheint uns der richtige Trieb zum Frieden zu sein, denn aus dem wohlverstandenen eigenen Interesse heraus wird man die Kriege in Zukunft immer mehr vermeiden. Von der Interessensolidarität der Kulturvölker weiss der General nichts zu sagen, er sieht nur Gegensätze, und ist völlig im Dunkeln darüber, dass diese Gegensätze schon längst von allgemeinen Interessen überragt werden, er übersieht sogar das Interesse der Machthaber an ihrem Machtbesitz, der durch einen künftigen Krieg in den Fugen krachen wird. Es gibt eben Kräfte unwägbarer Natur, die aber um so entscheidender in die Ereignisse eingreifen.

Und was will das sagen, wenn es noch einen nächsten und übernächsten Krieg irgendwo im Osten oder Süden geben wird. Für uns liegt der Schwerpunkt der Frage darin, wo sich dieser Krieg abspielen wird und unter welchen Umständen. Zwischen den grossen europäischen Kulturvölkern wird es keinen Krieg mehr geben, wenn ihn nicht ein Wahnsinniger eines Tages vom Zaune bricht, und es den übrigen nicht möglich sein wird, diesen Wahnsinnigen zurückzuhalten. Die Kriege zwischen unreifen und halbreifen Völkern tangieren unsere Grundsätze nicht. Aber die Tatsache, dass selbst diese immer schwerer werden, spricht für uns. Der berühmte Frühjahrskrieg in der Türkei kommt ebensowenig zum Ausbruch wie früher der berühmte Frühjahrskrieg zwischen Frankreich und Deutschland, an den man bis vor zehn Jahren immer noch glaubte. Und wenn es nun im Osten Asiens zu einer blutigen Auseinandersetzung zwischen Russland und Japan gekommen ist, so haben wir doch wenigstens die eine Genugtuung, dass bereits eine grosse Scheu vor der Führung dieses Krieges seitens Russland, der älteren Kulturmacht, offenbar war.

Der Herr General gibt uns übrigens in einem Punkte seiner Ausführungen unumwunden recht, nämlich dort, wo er von einer Humanisierung der Kriege sehr skeptisch spricht. Er prophezeit für den Zukunftskrieg die grösste Roheit und grösste Rücksichtslosigkeit. Darin hat er recht. Der Krieg lässt sich eben nicht humanisieren, und liesse er sich, so wäre eine

Kriegserleichterung demnach ein Rückschritt und nicht ein Fortschritt. Es ist ganz gut, dass gerade jetzt dieses Thema von einem alten Soldaten angeschnitten wird, wo sich die Völker eben wieder anschicken, zu einer Revision der Genfer Konvention zusammenzutreten. Man soll sich doch klar darüber werden, dass dies eine Heuchelei ist, die wirklich in unsere Zeit nicht mehr hineinpasst. Das Los der elenden Kriegsopfer zu mildern, geht nicht, es gibt nur das eine Mittel, diese Opfer zu vermeiden. Das Mäntelchen der Humanität, das diese Institution der Barbarei umgibt, muss heruntergerissen werden, und wir danken es dem Herrn General von der Goltz, wenn er uns dabei geholfen hat. Er hat sich selbst damit am besten bekämpft.

Belustigend wirkt es, wenn der Herr General aus den Briefen seines Amtsbruders von Kretschmann, die in diesen Blättern hinreichend gewürdigt wurden, nichts anderes zu zitieren weiss als die Worte: „Krieg führen und Milde üben sind Gegensätze, die sich nicht vertragen.“ Kretschmann brauchte diese Worte in einem den Krieg verurteilenden Sinne, Herr General von der Goltz in einem die Humanität verwerfenden. Hat er wirklich in diesen kostbaren Briefen nichts anderes gefunden? Zum Beispiel den Satz, wo Kretschmann davon spricht, dass der Krieg alle guten Instinkte ertötet und die rohen Naturen noch roher, die gemeinen noch gemeiner macht.

Auf die Phrase des „ewigen Friedens“ einzugehen, sei mir hier erlassen, der Kampf gegen diese Redensart ist schon zu abgeschmackt. Man kann nur hoffen, dass der Herr General ein besserer Soldat ist, als er Soziologe zu sein scheint, und man kann es nicht genug wiederholen, dass man der beste Soldat sein kann, aber über die sozialen und ethischen Grundlagen des Krieges völlig im Unklaren sein kann, dass man die technischen Fortschritte der Kriegskunst genau kennen mag, aber dennoch von der wirtschaftlichen Entwickelung, die den Krieg verbietet, keine Ahnung zu haben braucht. Wir verlangen vom Apotheker nicht, dass er Medizin studiere, sondern dass er nach den Angaben des Arztes die Heilmitttel zu präparieren vermag; der Wagenführer auf der elektrischen Strassenbahn braucht kein Elektrotechniker zu sein. Der tüchtige Soldat hat nötigenfalls den Krieg zu führen, über die Notwendigkeit und Möglichkeit des Kriegführens hat der Soziologe das Wort.

Ganz anders als die Veröffentlichung des Generals von der Goltz mutet uns die Schrift des „alten Offiziers“ an. Ist sie zwar noch reaktionärer in mancher Beziehung, so ist sie dennoch eine Tat im Hinblick auf den Beruf des Autors, so zeugt sie von einer Dämmerung in Kreisen, wo wir es in Anbetracht der von der Goltz' und der Boguslawskys kaum vermuten würden. Wenn uns nicht alles trügt, so steckt in diesem Offizier ein künftiger Kämpe für unsere Bewegung, ein neuer Egidy. Er hat es nur nötig, sich über unsere Bewegung zu orientieren und zu sehen, wie die Ideen, die er im bescheidenen Kämmerlein gefasst und die er in der Meinung, allein damit zu sein, in die Oeffentlichkeit treten lässt, bereits auf breitem Felde angebaut sind und prachtvoll in die Höhe spriessen.

Die Schrift des alten Offiziers zerfällt in zwei Teile. Im ersten Teil tritt er — man höre und staune — für die Umwandlung des deutschen Heeres in eine Miliz ein, und im zweiten Teil tritt er für eine Aussöhnung mit Frankreich und die Gründung eines europäischen Staatenbundes ein, wagt er es, wie aus den Eingangszeilen dieses Artikels ersichtlich, für den „ewigen Frieden“ eine Lanze zu brechen.

Den ersten Teil möchte ich am liebsten übergehen. Er ist gut gemeint, entbehrt aber jeder Sachkenntnis. Interessant ist nur die Begründung, warum eine Miliz an Stelle des stehenden Heeres treten soll. Er begründet dies damit, dass die Armeen in nicht zu ferner Zeit weder physisch noch moralisch den Anforderungen eines grossen Krieges gewachsen sind. Die Demokratisierung des Volkes gefährdet die Widerstandsfähigkeit, man muss etwas Neues einführen, ehe eine Katastrophe uns dazu führt. Alle früheren Wehrverfassungen sind nur nach einer Katastrophe eingeführt worden. Dauernd konnte sich keine erhalten, und auch die gegenwärtige Wehrverfassung hat sich überlebt. Man reformiere daher, solange es noch an der Zeit ist. Bis dahin können wir dem „alten Offizier“ folgen, aber weiter nicht.

Er verkennt die Zeit, in der er lebt, und will die Demokratisierung des Volkes durch dessen völlige Militarisierung austreiben, statt die Wehrverfassung dem demokratischen Prinzip anzupassen. Er will eine „Miliz“ — aber unter Umständen, die die Kaserne an Stelle der Schule stellt, an Stelle der Fabrik. Von der Volksschule ab bis zur Prima der Gymnasien soll die Schule unter militärischer Oberhoheit stehen. (!) Vormittags soll gelehrt werden, nachmittags exerziert. Nach Verlassen der Schule sollen die jungen Leute der Aufsicht der Militärbehörde unterstehen. (!) Im wehrfähigen Alter von 20 Jahren soll jeder junge Mann in die Miliz eintreten, wo er ausgebildet hinkommt, und wo er dann während der nächsten 10 Jahre alle Monate, an zwei Sonntagen im Monate, Gefechtsübungen in kriegsmässigen Verbänden durchzumachen hätte. Sapienti sat!

Das Buch Gaston Mochs über „die Armee der Demokratie“ hat der „alte Offizier“ nicht gelesen. Er würde sein Projekt dann nie veröffentlicht haben.

Im zweiten Teil finden wir einen weiteren Blick und modernere Anschauungen.

Zunächst interessiert uns das Eingeständnis, dass der Autor bei Aufstellung seines Milizplanes weit davon entfernt ist, nun auch zu wünschen, dass dann auch recht bald die Probe auf das Exempel gemacht werde. „Das wünscht niemand,“ sagt er, „höchstens einige junge Offiziere. Alle Welt will heutzutage den Frieden und ist dabei überzeugt, dass er nur durch

Riesenheere zu erhalten ist." „In späteren Zeiten wird man nicht begreifen," heisst es weiter, „dass man aus diesem Zustande keinen Ausweg gefunden hat," und der Autor versucht es, diesen Ausweg zu finden. Er zitiert dann antipacifistische Aussprüche von Moltke und merkwürdigerweise auch von Kant. Von beiden Autoren kann man ebensogut sehr stark pacifistische Aussprüche zitieren, namentlich von dem Autor des Buches „vom ewigen Frieden". Der „alte Offizier" hat aber den Mut, einzugestehen, dass er weder dem grossen Feldherrn recht geben kann, noch dem grossen Philosophen, dass er vielmehr entgegen von der Goltz der Ansicht ist, dass der Krieg nur dazu beitragen wird, die schlechten Triebe der Massen zu entfalten. Er ist der Ansicht, dass alle jene Tugenden, die nach Ansicht der beiden grossen Männer sich nur im Frieden entfalten, sehr viel sicherer und bleibender im Frieden Gemeingut des ganzen Volkes würden. „Ich muss das Ziel der Friedensfreunde, den Krieg ganz zu beseitigen, als berechtigt anerkennen."

Das Schiedsgerichtsprinzip verwirft der Autor aber, da es seiner Ansicht zur Friedenssicherung nicht ausreicht. Der Dreibund erscheint ihm bei der offenbaren Feindseligkeit des italienischen Volkes Oesterreich gegenüber und bei der in letzter Zeit stattgefundenen Verbrüderung Italiens mit Frankreich als nicht mehr ausreichend für die Sicherung des europäischen Friedens.

Die Möglichkeit einer Sicherung des europäischen Friedens liegt für ihn in einer Aussöhnung Deutschlandes mit Frankreich und in der Vergrösserung des Dreibundes durch Beitritt des ganzen Zentraleuropas. Dieser Bund soll ein ehernes politisches Gefüge erhalten, über das wir weiter unten sprechen werden.

Interessant ist die Stellung des „alten Offiziers", der übrigens ein weitgereister Mann zu sein scheint, und der in Italien wie in Frankreich ordentlich zu Hause ist, zu der deutsch-französischen Frage. In ihm hat die deutsch-französische Liga in München ihr erstes in die Wagschale fallendes Mitglied bekommen. Unser Autor stellt sich auf den Boden dieser Liga und ist der Ansicht, dass sich Deutschland und Frankreich gegenseitig Konzessionen machen müssen, „so schwer es ihnen wird," fügt er hinzu.

Mit grossem Scharfsinn charakterisiert er die Bedeutung der Elsass-Lothringen-Angelegenheit für die Massen hüben wie drüben. Das Volksleben teilt sich seiner Ansicht nach, zu der wir ihm nur beipflichten können, in bezug auf politische Anteilnahme in drei Kategorien, die dasselbe Verhältnis besitzen wie Führerschaft und Mannschaft innerhalb der Truppenteile.

2% Führer resp. Offiziere.
10% Unterführer resp. Unteroffiziere.
88% Mannschaften.

Das, was wir Nationalismus und Chauvinismus nennen, ist nur Gemeingut der Führer und der Unterführer. Die 88% lassen sich leiten. Für diese ist Elsass-Lothringen hüben wie drüben, je nach dem Wunsche der Führer, Hekuba oder Wurst. Diese 88% würden heute jedem zujubeln, der ihnen klar macht, dass sämtliche Armeekorps auf der Strecke liegen bleiben müssen, um Elsass-Lothringen zu halten oder zu erobern, morgen aber einen anderen im Triumph nach Hause begleiten, der ihnen auseinandersetzt, dass diese Länder nicht die Knochen eines pommerschen Grenadiers resp. Zuaven wert sind. So bitter diese Ausführungen sind, unser Autor hat damit recht.

Für ihn beschränkt sich die Aufgabe darin, den 12% der Führer und Unterführer klar zu machen, dass ein Zusammenschluss beider Mächte für die Zukunft des alten Europas eine Notwendigkeit wird. Als erste Bedingung erscheint ihm hier ein offenes Eintreten beider Regierungen. Die französische Regierung erscheint ihm heute kräftig genug, ihre Nation zu leiten, nachdem sie sie kraftvoll aus der Dreyfusaffäre und aus der Faschoda-Affäre herausgeführt hat. Ueber Deutschland schweigt des Autors Höflichkeit. — Sehr richtig ist seine Bemerkung, „dass die deutsche Frage wohl mit Blut und Eisen gelöst werden konnte, die deutsch-französische nicht." Diese ist nur friedlich zu lösen, und die Lösung erblickt unser Autor, wie schon erwähnt, in Konzessionen, als welche er eine Abtretung eines Teiles von Lothringen oder eine Neutralisierung der Reichslande offen in Vorschlag bringt.

Dem Einwand, dass damit die Revanchelust der Franzosen noch nicht beseitigt wäre, begegnet er mit der richtigen Erwiderung, dass dies nur der Fall wäre, wenn die übrigen Verhältnisse zwischen Deutschland und Frankreich dieselben blieben. Dies soll aber nicht sein, es soll vielmehr ein enges politisches Bündnis hergestellt werden. Frankreich soll dem Dreibund beitreten, ebenso Holland, Belgien, Schweiz und Rumänien. Ein Zollverein soll dieses Band festigen. Dieser Zollverein würde dazu dienen, die amerikanische Konkurrenz zu beseitigen. Man sieht, der Gedanke eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes, dem erst kürzlich durch eine Vereinsbildung seitens des Breslauer Professors Wolff näher getreten wurde, tritt hier wieder auf. Dieser Wirtschaftsbund sollte aber auch politisch geeinigt werden durch eine Gesetzgebung ähnlich der des Deutschen Reiches. Die Leitung desselben sollte bestehen aus einem Präsidium, einem Staatenrat, einem Volksrat. Das Präsidium sollte in einem mehrjährigen Turnus wechseln und immer einem Staatsoberhaupt der verbündeten Staaten zufallen. Dass der „alte Offizier" nicht davor zurückschreckt, auch dem Präsidenten der französischen Republik dieses Präsidium einzuräumen, macht uns den Organisator der vermilitarisierenden Miliz nur sympathischer. Der Staatenrat würde dem Bundesrat Deutschlands entsprechen, und der Volksrat sollte aus Wahlen hervorgehen, die jedoch keine geheimen und keine allgemeinen sein sollen. (Warum?)

Ausgeschlossen von diesem Zollbund soll England sein, weil es seiner insularen Lage wegen nicht hinein-

zubeziehen sein soll, Russland, weil es noch nicht ausgegoren ist, Spanien, weil es innerlich noch zu zerrüttet ist, und die Balkanstaaten mit Ausnahme Rumäniens, weil sie noch nicht genügend zivilisiert sind. Warum die hochzivilisierten skandinavischen Staaten ausgeschlossen sein sollen, will uns auch dann nicht einleuchten, wenn sich diese, wie der Autor meint, wirtschaftlich völlig selbst genügen.

Das Ergebnis, das sich der Autor von einem solchen Wirtschafts- und politischen Bund verspricht, ist einleuchtend ein günstiges. Das Gebiet, das 200 Millionen Einwohner umschliessen wird, wird unter sich Freihandel bewahren und wird dadurch grossartig prosperieren. Es wird sich durch gemeinsame Zölle gegen das Zollausland zu schützen wissen. Natürlich würde der Souveränität der Einzelstaaten der weiteste Spielraum gelassen werden, sie hätten nur in Sachen gemeinsamen Interesses zu kooperieren. In bezug auf Krieg und Frieden würde ja eine derartige Assoziation die denkbar besten Garantien bieten, denn ganz richtig sagt der Autor, dass es keine Kombination geben könnte, die einem solchen Bunde gefährlich werden würde, und der Bund könnte über die ganze Welt gebieten. Wie weit seine Zukunftspläne gehen, möge aus dem nachfolgenden Satze hervorgehen: Kaiser Wilhelm die Armee von Paris besichtigend, General Brugère in Berlin die Garde musternd — — — welch schöner Gedanke!"

Allerdings! Welch schöner Gedanke! Und wie sehr sympathisieren wir mit diesem Gedanken, da er doch auch unser Programm von der Föderation Europas bildet! Obwohl nun diese Ausführungen für uns nicht neu sind, sind sie uns nicht weniger wertvoll, da wir sie als Symptom dafür betrachten müssen, wie die Anschauungen über eine Einigung Europas auch in jenen Kreisen bereits hervorbrechen, die wir ihnen für verschlossen halten, und weil wir darin ein Dämmern unserer Zukunft erkennen.

Wir haben nur ein Bedenken, dass unser „alter Offizier" die Rechnung ohne den Geist gemacht hat, der gegenwärtig in Deutschland der herrschende ist. Es will uns scheinen, dass bei der jetzigen Stimmung an eine Aussöhnung mit Frankreich nicht zu denken ist und noch weniger an ein wirtschaftliches und politisches Bündnis. Dem würden zuviel Interessen gegenüberstehen, Interessen von Klassen, die dabei fürchten müssten, Einbusse an ihrer Macht zu erleiden. Kommen wird es so, wie es sich unser Autor ausmalt, aber wann und wie, das ist noch immer die Frage. Namentlich in bezug auf das „Wie" hegen wir die starke Befürchtung, dass sich diese Assoziation der europäischen Mächte zunächst mit Ausschluss Deutschlands vollziehen wird, was nur zu bedauern wäre. Es hat bereits den Anschein, als ob im Westen und Norden Europas die ersten Schritte zu einer solchen Föderation bereits gemacht werden. Die Zurückhaltung der deutschen Regierung diesen ersten Versuchen gegenüber lässt uns aber befürchten, dass wir erst um ein halbes Jahrhundert später folgen werden.

Aber was schadet es! Wir müssen danach streben, und wir erblicken hierbei in dem Autor der hier zitierten Schrift einen guten Bundesgenossen. Einmal wird es doch Tag und vielleicht schneller, als wir glauben. Der Gedanke an eine Vereinigung Europas ist schon von Caprivi, von Goluchowski u. a. ausgesprochen worden, in neuerer Zeit haben sich sogar die extremen Agrarier sympathisch damit befasst. Wer weiss, was in der nächsten Zeiten Hintergrunde schlummert.

Immerhin hat der „alte Offizier" mit einem Teile seiner Schrift gut gemacht, was der Herr General von der Goltz mit seinem Artikel gesündigt hat.

Zur Rückständigkeit der Friedens-Bewegung in Deutschland, insonderheit das Verhalten der freisinnigen Partei.

Einer der leitenden Grundsätze der internationalen Friedensbewegung, wenn nicht ihr erster und oberster ist der, dass sie sich an jedermann ohne Unterschied des Standes, des Berufes, der Partei und des religiösen Bekenntnisses wendet, und dass ihr jedermann willkommen ist, mag seine Stellung im öffentlichen Leben und zu den öffentlichen Angelegenheiten sein, welche nur immer sie will. Dies geht, weil die zur Wirklichkeit gewordene Völkerfriedfertigung ihren unermesslichen Segen über die Völker ohne Unterschied der Partei ausgiessen wird, schon aus der Natur der Sache hervor und ist zum Ueberfluss noch programmmässig und bei jeder sich darbietenden Gelegenheit ausgesprochen worden. Demgemäss ist innerhalb der internationalen Friedensbewegung wohl auch jede Parteinuance vertreten. Würde nicht eben die Absicht, sich, und zwar möglichst ostentativ, als über den Parteien stehend zu zeigen und deshalb das Parteiverhältnis, in welchem die einzelnen Mitglieder stehen, schlechthin zu ignorieren, es verbieten, den Namen der Mitglieder ihre Parteiangehörigkeit hinzuzufügen, so würden die Namenslisten der erklärten Friedensfreunde die denkbar bunteste Musterkarte der Parteibezeichnungen ergeben. Das Friedensbanner vereinigt in seinem Schatten die extremsten Gegensätze in den politischen und bürgerlichen Verhältnissen im Inneren der einzelnen Staaten ebenso zu freudiger, gemeinsamer Arbeit, wie es die Angehörigen von Völkern vereinigt, die sich seit Jahrhunderten gegenseitig zu hassen und sich als Erbfeind zu betrachten gelehrt wurden und sich gewöhnt hatten. Im allgemeinen mögen immerhin die politisch vorgeschrittenen Parteien etwas stärker in der Friedensbewegung vertreten sein, und auch das wäre nur natürlich; einmal weil sie überhaupt geneigter sind, einen neuen Gedanken, zumal einen mit dem Bestehenden in denkbar schärfstem Widerspruch stehenden und eine vollständige Umwälzung in sich schliessenden,

aufzunehmen, zum anderen, weil die herrlichen Grundgedanken der Friedensbewegung mit denen, für welche sie seit jeher in bezug auf die inneren Zustände gestritten und oft genug gelitten haben, parallel laufen und zum Teil sogar identisch sind. Um so mächtiger erscheint der Friedensgedanke, dass er auch in Geister, die nicht in dieser Weise vorbereitet waren, eingedrungen ist; um so wertvoller ist es für diese, dass sie sich auch ohne diese Vorbereitung dem Friedensgedanken ebenso willig erschlossen haben und ihm mit gleichem Eifer und gleicher Hingebung dienen.

Nur ein Land macht eine Ausnahme von dieser hochbedeutsamen und hocherfreulichen Erscheinung: Deutschland. In Deutschland ist die konservative Partei dem Friedensgedanken vom ersten Augenblick an, da er eine bestimmtere Gestalt annahm und nicht mehr einfach zu ignorieren war, mit bewusster, planmässiger Feindseligkeit entgegengetreten, und zwar von Partei wegen. Es mag auch in Deutschland einzelne der konservativen Partei angehörige Anhänger des Friedensgedankens geben, vielleicht sogar das eine oder das andere Mitglied der deutschen Friedensgesellschaft, aber sie sind es trotz ihrer sonstigen Parteistellung, und es wird dadurch, auch abgesehen von der Geringfügigkeit der Zahl, an der Tatsache nichts geändert. Die konservative Partei hat diese Feindschaft in der bittersten Form durch alle bisherigen Entwickelungsstadien der Friedenssache unverändert zur Schau getragen. Sie hat die Friedensbewegung in den ersten Jahren ihres Bestehens, als diese noch allein auf ihre eigene Kraft angewiesen war, als Utopie verspottet, als Vaterlandsverrat gebrandmarkt, ja sogar als mit der göttlichen Weltordnung im Widerspruch stehend (!!!) verworfen. Sie hat die Haager Konferenz, während die deutschen Bevollmächtigten mit um den Tisch im Hause im Busch sassen, eine Komödie genannt und die Haager Konvention samt dem internationalen Gerichtshof im Haag, noch ehe die Tinte der deutschen Unterschriften trocken war, einen Humbug und eine Spiegelfechterei, gut genug und dazu bestimmt, einigen unpraktischen Ideologen und Träumern Sand in die Augen zu streuen, und einigen weltbürgerlichen Schreihälsen den Mund zu stopfen, aber nimmermehr imstande noch im Ernste von der Absicht eingegeben, eine Aenderung, die diesen Namen verdient, in den internationalen Verhältnissen hervorzubringen und am allerwenigsten dem Krieg, dieser gottgewollten Einrichtung, Abbruch zu tun, und den Königen die Berufung auf „den Gott der Schlachten“ zu nehmen, wobei dahingestellt bleibt, ob unter diesem letzteren Begriff der Moloch, der Ares, das den übrigen Göttern und den Menschen am meisten verhasste Scheusal, der Vitzliputzli oder der Triglaw zu verstehen ist. Seitdem nun bei den grossen Erfolgen der Friedensbewegung das Schimpfen und Spotten gar zu deplaziert erscheinen würde und sich schlechterdings weder mit der Utopie noch mit der Komödie und dem Humbug mehr Staat machen lässt, ist man wieder zum System des Totschweigens zurückgekehrt. Diese grundsätzliche und geradezu rasende Feindseligkeit gegen den grössten Gedanken, der seit neunzehnhundert Jahren in die Welt getreten ist, und welcher nunmehr, aller Welt klar, seine Siegeslaufbahn angetreten hat, beruht auf zwei Hauptgründen. Erstens hat der Kern der preussisch-deutschen konservativen Partei, der Kleinadel im alten Preussen, das sogenannte Junkertum, samt den ihm politisch und gesellschaftlich nahestehenden Schichten ein grosses persönliches Interesse, ein finanzielles sowohl, wie ein allgemein politisch-gesellschaftliches, an der Erhaltung und womöglich endlosen Vermehrung eines stehenden Riesenheeres, in welchem ihm zumal die höheren Offizierstellen fast ausschliesslich nach alter Ueberlieferung zur Verfügung stehen, und an der möglichst vollständigen, womöglich jeden einzelnen ergreifenden militärischen Organisation des Landes, welche auch dem gewesenen Offizier, namentlich dem Landwehr- und Reserveoffizier, ja allen Mitgliedern des Standes auch in bürgerlichen Verhältnissen ein gewisses tatsächliches Uebergewicht verschafft. Deshalb wünschen sie, da sie keineswegs kriegslustig sind, den Frieden durch den ausgeprägtesten Militarismus zu sichern, und da ein solcher unter der Herrschaft des Friedensgedankens sich nicht aufrecht erhalten liesse, so hassen sie diesen. Der zweite Grund wirkt womöglich noch stärker. Er liegt in der allgemeinen moralisch-politischen Rückständigkeit namentlich der preussischen, der altpreussischen Konservativen, welche der ganzen Partei in Deutschland, wahrlich nicht zu ihrem Heil, den Stempel aufdrücken. Es wäre falsch, um der Gleichartigkeit der Bezeichnung willen mit diesen altpreussischen, auf die ganze konservative Partei in Deutschland abfärbenden Konservativen, die in anderen Ländern, namentlich in den vorgeschritteneren, in England, Frankreich, Italien, Belgien, der Schweiz, den Niederlanden, wohl auch den skandinavischen Staaten, auf eine Stufe stellen zu wollen. Die preussischen Konservativen, wenn sie gleich äusserlich von der neuen Zeit nicht unbeleckt geblieben sind, und überall, wo es ihr persönlicher Vorteil erfordert, ungemein modern sein können, sind doch von den modernen staats- und völkerrechtlichen Erscheinungen und Begriffen in einem anderswo unbekannten Masse ferngeblieben. Alle ihre politischen Neigungen liegen nach der den Grundsätzen und Triebfedern der Friedensbewegung gerade entgegengesetzten Richtung, so dass ihnen für die Hoheit des Friedensgedankens schlechthin das Verständnis abgeht.

So ist die Friedenssache in Deutschland durch die Konservativen in den Parteistreit gezogen worden und die Feindschaft gegen sie geradezu zur konservativen Parteisache gemacht worden. Dazu kommt der forcierte und verzerrte Patriotismus, in dem sich ein nicht geringer Teil des Volkes, welcher mit der Gesamtheit das grösste Interesse an der Völkerfriedfertigung hätte, gedankenlos hat hineinhetzen lassen. Dieser Patriotismus baut sich auf einer Herab-

würdigung der anderen Nationen auf, auf der blöden Voraussetzung, dass das deutsche Volk in allen Beziehungen, namentlich in sittlicher Hinsicht, hoch über allem Fremden stehe; dieser Patriotismus hält sich in seiner Ehre verletzt, wenn die Regierung bei irgend einer kleinen Disharmonie nicht gleich mit einem Ultimatum oder einer sonstigen Gewaltmassregel aufwartet; er spricht gelegentlich den Wunsch aus, einmal wieder den Bass der deutschen Geschütze zu vernehmen, und hat sich hinsichtlich der Friedensbewegung tatsächlich zu der Theorie verstiegen, dass das Ganze nur den Zweck habe, Deutschland einzulullen, es zu bewegen, abzurüsten, und dann mit vereinten Kräften darüber herzufallen. Diese Sorte Patriotismus ist nicht das Eigentum einer besonderen Partei, aber er spukt in stärkerer oder schwächerer Verzerrung in einem grossen Teile der Köpfe in den verschiedensten Parteien und trägt so dazu bei, dass die Friedensbewegung in Deutschland keinen grösseren Anklang findet. Da nun auch die Regierung, welche, und zwar aus Gründen der inneren Politik und deshalb um so tiefer und hoffnungsloser, im Militarismus befangen ist, der Friedensbewegung, um das mindeste zu sagen, mit äusserster Gleichgültigkeit gegenübersteht, so halten sich auch die Mittelparteien sehr zurück, sei es, dass sie, wie die Nationalliberalen, geringschätzig die Schultern über die Bewegung zucken, sei es, dass sie, wie die Zentrumspartei, ihr eine rein und streng platonische Neigung entgegenbringen. Damit ist denn auch die unerfreuliche Tatsache erklärt, dass in Deutschland sich so wenig Persönlichkeiten von Namen und Gewicht öffentlich an der Bewegung beteiligen, obgleich sicherlich eine ganze Anzahl unter diesen, wie man zur Ehre des deutschen Volkes annehmen muss, den Friedensgedanken in seiner Grösse und Schönheit erfasst hat. Einmal schien es, als sollte in dieser Hinsicht eine Wendung zum Besseren eintreten. Das war vor dem Zusammentreten der Haager Konferenz, als sich in München ein Ausschuss zum Zweck der Sammlung von Unterschriften unter eine an die Konferenz zu richtende Glückwunsch- und Zustimmungsadresse bildete. Dieser Ausschuss war zusammengesetzt in einer Weise, wie es nicht besser gewünscht werden konnte. Er konnte es darin mit jeder nichtdeutschen Friedensgesellschaft aufnehmen. Kapazitäten aller Art, der Wissenschaft, der Kunst, der Industrie, des Handels, Mitglieder der hohen Aristokratie, des höheren Beamtentums, hohe kirchliche Würdenträger und Kommunalbeamte — alles war da, was an der Spitze der Friedensbewegung stehen sollte. Die Hoffnung war berechtigt, dass dieser Ausschuss Nachahmung finden und damit der Ausgangspunkt einer neuen Entwickelung der Friedensbewegung in Deutschland werden würde. Aber nichts von alledem. Das Münchener Vorgehen fand keine Nachahmung, und der Ausschuss selbst dachte nicht daran, seine Tätigkeit behufs einer Förderung des Friedensgedankens fortzusetzen. Mit der Ueberreichung der Adresse hielt er sein Werk für getan und verschwand von der Bildfläche; der unerfreuliche Gegensatz zwischen Deutschland und den übrigen Kulturstaaten blieb der alte.

So fiel die Aufgabe, den Friedensgedanken zu pflegen, den Oppositionsparteien ausschliesslich zu, und da die weitaus zahlreichste derselben, die sozialdemokratische, getreu ihrem Prinzipe, der bürgerlichen Gesellschaft jede Leistungsfähigkeit abzusprechen, alles, was von seiten der bürgerlichen Gesellschaft für den Friedensgedanken getan worden war und je getan werden könnte, für absolut wertlos erklärte und wegen der kräftigen Durchführung des Friedensgedankens einfach auf den sozialdemokratischen Zukunftsstaat verwies, so waren es die kleinen freisinnigen Parteien allein, welche zur Vertretung des Friedensgedankens in Deutschland berufen waren. Tatsächlich gehört auch die ganz überwiegende Mehrheit der erklärten Anhänger der Friedenssache in Deutschland den drei freisinnigen Parteien, der freisinnigen Volkspartei, der freisinnigen Vereinigung und der süddeutschen Volkspartei an. Aber von Parteiwegen geschieht es nur bei der süddeutschen Volkspartei, während namentlich die freisinnige Volkspartei, die grösste der drei, als Partei der Friedensbewegung völlig gleichgültig, wo nicht ablehnend gegenübersteht. Sie hat allerdings in ihr Programm im Jahre 1894 einen Paragraphen aufgenommen, welcher das schiedsgerichtliche Verfahren zwischen streitenden Staaten empfiehlt, allein derselbe ist ganz bedeutungslos geblieben. Die Partei als solche hat bisher noch nie den kleinen Finger geregt oder auch nur ein Wort gesprochen, aus dem ihre Teilnahme an der Friedensbewegung hervorginge. Wohl aber das Gegenteil. Unmittelbar nach Schluss der Haager Konferenz teilte die „Freisinnige Zeitung“, das offizielle, von Eugen Richter herausgegebene Organ der freisinnigen Volkspartei, mit unverhülltem Behagen ihren Lesern mit, dass durch die Erklärung des deutschen Militärbevollmächtigten gegen jede Abrüstung und jeden Rüstungsstillstand diese Frage nun endgültig von der politischen Tagesordnung abgesetzt sei. Das war so ziemlich alles, was das Blatt über die Haager Konferenz schrieb. Ganz die gleiche Haltung bewahrte die gesamte Parteipresse. Sie ignorierte die Friedensbewegung ebenso wie fast die ganze übrige deutsche Presse, oder sie sprach von ihr in einem Tone halb mitleidiger, halb spöttischer Geringschätzung. Eines der leitenden freisinnigen Blätter der deutschen Hauptstadt, die „Vossische Zeitung“, hat noch vor kurzem in diesem Tone über die neuesten englisch-französisch-italienischen Schiedsgerichtsverträge geschrieben; andere freisinnige Blätter haben, ganz wie die übrige Presse, die Tatsache einfach mitgeteilt, ohne ein Wort der Erläuterung, der Hervorhebung ihrer Bedeutung. Ganz ebenso, wie kein einziges Blatt, auch kein freisinniges, seinen Lesern auseinandergesetzt hat, was es für die Friedensbewegung und für die demnächstige Gestaltung der

internationalen Beziehungen auf sich hat, dass die deutsche Regierung, nachdem bereits die Kanonen gesprochen hatten, trotz grosser Unlust im Venezuelastreite sich zuletzt doch gezwungen sah, sich dem Spruche des Haager Gerichtshofes zu unterwerfen und nun abzuwarten hat, ob dieser die Eröffnung der Feindseligkeiten durch die deutsche Regierung für ungerechtfertigt erklärt und ihr das Vorzugsrecht bei der Verteilung der Entschädigungssumme abspricht. Ueber alles dieses ist das deutsche Lesepublikum nun vollständig in Unwissenheit gelassen worden, und die freisinnige Presse trägt ihr vollgerüttelt und geschüttelt Mass von Schuld daran. Desgleichen ist das Interesse an der Friedensbewegung, welches ein Teil der Mitglieder der freisinnigen Partei in anerkennenswertem Masse an den Tag legt, rein individuell. „Hier herrscht nicht das geringste Interesse für diese Bestrebungen" ist eine Antwort, welche auf die Versuche, die leitenden freisinnigen Männer in den einzelnen für die Friedenssache zu gewinnen, durchaus nicht selten erteilt wird.

Wenn die Sozialdemokratie die Mitarbeit wegen allgemeiner Unfähigkeit der bürgerlichen Partei ablehnt, so hat sie für diese Albernheit wenigstens einen positiven Grund. Sie findet es notwendig, die Kluft zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien auf jede Weise zu vertiefen, um ihre Leute um so sicherer zusammenzuhalten. Aber für die freisinnige Partei und ihr Gebaren gegenüber der Friedensbewegung gibt es keine vernünftige Erklärung

Die Friedensbewegung fällt ganz mit der allgemeinen freisinnigen Weltanschauung zusammen; die Friedensbewegung ist der einzige Weg zur Ueberwindung und Beseitigung des Militarismus, welchen zu bekämpfen eine der vornehmsten, aber bisher völlig ungelöst gebliebenen Aufgaben der freisinnigen Partei ist. Schon diese beiden Gründe wären ein jeder von ihnen hinreichend, um die freisinnige Partei Mann für Mann mit zwingender Gewalt zu begeisterten, von Eifer übersprudelnden Streitern für die grosse Sache zu machen und sich in die vorderste Reihe zu drängen. Nun aber verschiebt sich durch die Beschränktheit, die Selbstsucht, die Rückständigkeit, die Trägheit und hundert andere Verkehrtheiten der übrigen Parteien in Deutschland die Sache so, dass der Kampf für die Friedenssache, für diesen erhabenen Gedanken, der die Welt umzugestalten und die Menschheit auf eine höhere Bahn zu heben bestimmt ist, der freisinnigen Partei allein zufällt Ihr fällt das Glück in den Schoss, dass sie für Deutschland das Kampffeld beschreiten soll, auf dem es nur Ruhm, nur Ehre der höchsten Art zu gewinnen gibt, sie soll in diesem Kampfe mit den alten, ihr lieben und vertrauten Waffen kämpfen, sie soll einen Sieg erringen, der ihr einen längst begehrten, aber bisher für sie unerreichbaren Triumph sichert; sie, welche bisher Mühe hatte, eine halbwegs erträgliche Stellung gegenüber den anderen Parteien zu behaupten, soll in einer alle inneren Parteistreitigkeiten hoch überragenden Welt- und Menschheitsangelegenheit die Krone davontragen und über alle ihre Gegner erhöht werden! Es wäre begreiflich, wenn sie einen Augenblick geblendet von solcher Aussicht dastände. Aber was tut sie, was tut die Partei? Mit dem Ausdruck vollendeten Unverständnisses wendet sie sich ab und drückt den schäbigen Spöttern die Hand. Sie tut das noch, nachdem die Friedenssache schon Triumphe über Triumphe davongetragen hat und weitere ihr in sicherer unmittelbarer Aussicht stehen.

Einen sachlichen Grund für solches Tun gibt es nicht.

Ein Gegner der freisinnigen Partei hat einmal gesagt, ihre gegenwärtige Parteileitung betrachtete jeden das öffentliche Leben berührenden Gedanken, welcher nicht in der Zimmerstrasse No. 8 in Berlin entstanden wäre, grundsätzlich, und ohne ihn näher zu erwägen, als groben Unfug. Sollte der Mann recht haben? Sollte hier das Verhalten der freisinnigen Partei gegenüber der Friedenssache seine Erklärung finden?

Wer weiss eine andere?

Richard Reuter.

Statistisches über die Interparlamentarische Union.

In No. 112 des „Européen" unterzieht Fréd. Bajer die Gruppen der Interparlamentarischen Union einer statistischen Untersuchung. Er tut dies, um, wie er sagt, die Intensität des Friedensgedankens innerhalb der verschiedenen Parlamente abmessen zu können. Bekanntlich ist die Anzahl der Mitglieder der nationalen Gruppen der Interparlamentarischen Union verschieden gross. Die numerisch stärkste Gruppe (Italien) zählt 362 Mitglieder, die numerisch schwächste (Portugal) nur 56 Mitglieder. Um sich ein Bild über die „Intensität des Friedensgedankens" zu machen, reicht aber die absolute Zahl nicht aus. Man muss die Mitgliederanzahl im Verhältnis zu der Anzahl von Deputierten der betreffenden Parlamente ins Auge fassen, um einen solchen Wertmesser zu erhalten. Bajer tut dies, indem er nun die Mitgliederanzahl der verschiedenen Gruppen auf die wirklich aktiven Mitglieder beschränkt, und die ehemaligen Parlamentarier, die der Union weiter angehören können, wenn sie auch nicht wiedergewählt wurden, „sofern sie an früheren Konferenzen teilgenommen", in Abzug bringt. Er nimmt auch noch eine weitere Beschränkung vor. Bekanntlich sind die Mitglieder aller Parlamente berechtigt, der Interparlamentarischen Union beizutreten. Die Definition, was eigentlich ein Parlament ist, ist aber in den Statuten der Union nicht gegeben. So haben die Mitglieder der deutschen Einzellandtage, das heisst der gesetzgebenden Körperschaften der das Deutsche Reich

bildenden Bundesstaaten, das Recht zur Teilnahme an der Interparlamentarischen Union. Dementsprechend hätten auch die Mitglieder der österreichischen Provinziallandtage dieses Recht; auch diese Körperschaften sind Parlamente. Der Begriff des Parlamentes liesse sich noch viel weiter ausdehnen, und schliesslich gar bis auf die Städteparlamente der Grossstädte übertragen. Man wird sich die Frage vorlegen müssen, wo fängt der parlamentarische Begriff in Bezug auf die Beteiligungsfähigkeit der Mitglieder eines Parlamentes an der Interparlamentarischen Union an, wo hört er auf. Meiner Ansicht nach ist die Antwort leicht zu geben. Der Begriff Parlament hört in diesem Falle dort auf, wo der Zweck, den die Interparlamentarische Union verfolgt, nicht mehr erreicht werden kann. Das heisst, jene Parlamente, die in solchen Fragen nicht zu entscheiden haben, in denen die Aufgabe der Interparlamentarischen Union liegt, nämlich in der Begünstigung des Friedens und der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, gehören eigentlich nicht in den Bereich dieser Union. Die Mitglieder von Stadtparlamenten, wie die Mitglieder der österreichischen Landtage haben ebensowenig in internationalen Dingen zu entscheiden, wie die Einzellandtage des Deutschen Reiches. Die internationalen Angelegenheiten des Deutschen Reiches werden nur im Reichstag erledigt, so hätten nur die Mitglieder des Reichstages ein Recht zur Teilnahme an der Interparlamentarischen Union, wie in Oesterreich nur die Mitglieder des Reichsrates und des Herrenhauses, die wohl auch nicht direkt über die internationale Politik des Staates verhandeln, aber immerhin aus ihrer Mitte die Mitglieder zu den Delegationen wählen, und so indirekt an der internationalen Politik mitwirken.

Bajer kommt zu ähnlichen Ergebnissen, indem er seiner Berechnung für Deutschland die Mitglieder der Union, soweit sie dem preussischen Landtag angehören, nicht mit zugrunde legt. Er kommt dabei zu folgenden Zahlen:

Rang	Name jener Staaten, in deren Parlamenten Gruppen der Interp. Union bestehen	Zahl der Mitglieder des Parlamentes	der Gruppen	aktive	in Prozenten
1	Dänemark . . .	180	136	135	75
2	Norwegen . . .	114	90	65	57
3	Bulgarien	150	84	84	56
4	Belgien	276	191	153	55
5	Niederlande . . .	151	82	73	49
6	Schweiz	211	87	87	41
7	Italien	898	362	344	38
8	Ungarn	824	218	186	22
9	Schweden . . .	380	92	79	21
10	Oesterreich . . .	656	173	123	19
11	Portugal	293	56	50	17
12	Rumänien . . .	303	75	47	16
13	Frankreich . . .	884	123	118	13
14	Deutschland . . .	397	79	48	12
15	Grossbritannien .	1261	146	109	9
16	Serbien	181	24	11	6
	Insgesamt	7340		1712	

Hierzu wäre zu bemerken, dass unter den englischen Parlamentariern die 591 Peers aufgenommen worden sind, die wohl das Recht haben, aber nicht die Pflicht, an den Beratungen des Hauses der Lords teilzunehmen. Bajer ist der Ansicht, dass sie infolge dieses Rechtes die Qualifikation besitzen, Mitglieder der Interparlamentarischen Union zu werden. Sicherlich wäre es richtiger gewesen, die Zahl auf jene Peers zu beschränken, die ihre parlamentarischen „Rechte“ auch ausüben. In jedem Falle hätten aber zur Zahl der Mitglieder des Deutschen Reichstages auch die Mitglieder des Bundesrats hinzugezählt werden müssen. Diese Körperschaft ist zwar nicht direkt eine parlamentarische, sie nimmt aber im Reiche eine ähnliche Stelle ein, wie die Senate in Frankreich und Italien, das Herrenhaus in Oesterreich etc. Dann würde sich die Zahl der deutschen Parlamentsmitglieder um 58 vermehren, das Verhältnis für Deutschland ein noch ungünstigeres sein und $10^1/_2$% betragen.

Dieses vorausgeschickt, ist aus der Bajerschen Statistik folgendes zu erkennen: Zunächst, dass in den kleinen Ländern Europas der Friedensgedanke am intensivsten vorherrscht. Dänemark, Norwegen, Bulgarien, die Niederlande und die Schweiz stehen an der Spitze unserer Tabelle. Von den Grossmächten besitzt Italien die grösste Anzahl der Friedenspolitiker in seinen Parlamenten, die wenigsten Grossbritannien und Deutschland (mit $10^1/_2$%). Das Verhältnis scheint noch eher für England besser zu stehen, denn wenn man für dieses Land die Peers, für Deutschland den Bundestag in Abrechnung bringt, erhält man für England 16,2%, für Deutschland 12%, ein Ergebnis, das nur noch durch Serbien unterboten wird, und dies nur aus dem Grunde, weil die serbische Gruppe unter den gegenwärtigen zerfahrenen Verhältnissen in diesem Lande noch nicht rekonstituiert werden konnte. Dieses Ergebnis ist für Deutschland sehr lehrreich.

Was die übrigen Ergebnisse anbelangt, die Bajer aus dieser Statistik zu ziehen unternimmt, kann man ihm nicht unumwunden beipflichten. Herr Bajer berechnet, dass es ca. 42 Parlamente in der Welt gibt, die ungefähr 15000 Mitglieder umfassen, die das Recht hätten, sich an der Interparlamentarischen Union zu beteiligen. Bisher sind nur 15 bezw. 17 Parlamente (inkl. Bulgarien und Preussen) mit im ganzen 1739 Mitgliedern daran beteiligt, das sind 12% der aktiven Mitglieder aller Parlamente der Welt.

Diese Berechnung mag richtig sein, aber als Massstab für die weitere Propaganda der Union dürfte sie wohl kaum in Betracht kommen. Von den Parlamenten, die gegenwärtig in der Union nicht vertreten sind, wären höchstens Spanien und die amerikanische Union, vielleicht auch Japan in dieser noch wünschenswert. Eine weitere Beteiligung von Parlamenten kleinerer Staaten oder solcher Staaten, die zu sehr ausserhalb des europäischen Interessenkreises liegen, wie die Parlamente von Haiti, Liberia, San Marino, Argentinien, Mexiko, Brasilien, die Bajer anführt, würde

die Bedeutung der Union nicht erhöhen und ihre Arbeiten nicht erleichtern.

Eine interparlamentarische Gruppe innerhalb des amerikanischen Parlaments ist mittlerweile begründet worden. (Siehe unter „Aus der Zeit".) Es bliebe nur noch übrig, in Spanien eine Gruppe zu bilden, und vielleicht das japanische Parlament an den Arbeiten der Union zu interessieren. Dann wäre die Union so gut wie komplett. Es würde sich dann nicht mehr darum handeln, die von Bajer angeführten übrigen Parlamente an die Union anzugliedern, sondern nur mehr darum, in den einzelnen Parlamenten eine grössere Mitgliederzahl zu erreichen.

Der Krieg.*)

Die Zuversicht der Friedensfreunde, dass der japanisch-russische Krieg doch noch zu einem friedlichen Ausgleich führen werde, hat sich nicht erfüllt. — — Der Krieg ist — „ausgebrochen", wie die Metaphysiker der Politik zu sagen pflegen. Es knattert schon lustig im Osten; Kriegsschiffe, die Millionen gekostet haben, werden in den Grund gebohrt, die Torpedos fliegen los, Ueberfall, Tücke, Niedertracht erhalten die höhere Wertung als Heldentum und Tapferkeit. Die Popen haben bereits den himmlischen Schutz für die russischen Waffen erbeten, wie die Priester in den Tempeln Japans den Schutz Buddahs für ihr Land erflehten. Die Mächte beeilten sich bereits, ihre strengste Neutralität zu versichern, damit der Völkermord nur ja nicht gehindert werde, und auf den europäischen Börsen entstand eine Panik, wie sie die ältesten Börsenbesucher noch nicht gesehen haben. In Berlin fielen am Tage nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Japan und Russland die Kurse der Staatspapiere, der Banken- und Industriewerte zuweilen um 15%, zahlreiche Existenzen wurden vernichtet, alte Firmen meldeten den Konkurs an, und die Presse sprach tags darauf ihre Befriedigung aus, dass der Kriegsbrand im Osten „lokalisiert" bleiben würde! Lokalisiert bei dem engen Zusammenhang der modernen Weltwirtschaft! Als ob die technische Zerstörung allein den Krieg ausmachen würde und die wirtschaftliche Stockung und Deroute nicht ebenso verheerend wäre wie ein Torpedoüberfall! Die Börsenderoute ist übrigens wieder eine kraftvolle Bestätigung der Lehren Johann von Blochs.

Nun gut! Der Krieg ist im Gange. Unsere Zuversicht auf die ideale Macht des Friedensgedankens war verfrüht. Wie haben wir Friedensfreunde uns nun da zu verhalten, welchen Einfluss hat dieser neue Krieg auf unsere Bewegung, auf unsere Propaganda? — —

Wäre der Krieg verhindert worden, dann hätten wir allerdings einen Erfolg aufzuweisen gehabt. Das besagt aber nicht, dass das Gegenteil einen Misserfolg unserer Sache bedeute. Keineswegs! Bereits in der vorigen Nummer der „Friedens-Warte" ist ausgeführt worden, dass es für das von den Friedensfreunden erstrebte Ziel im höchsten Grade gleichgültig sei, ob es im Osten Asiens zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung kommt. Unser Ziel ist die Friedensorganisation der hochentwickelten Kulturstaaten, und zunächst der europäischen und der Europa am nächsten liegenden. Für sie ist der organisierte Friede Lebensbedingung. Weder das asiatische Russland noch das asiatische Japan befinden sich auf jener Höhe der Kultur, die den Krieg völlig ausschliesst, die im friedlichen Vertrag das höchste Lebensinteresse der Staaten erblickt. Man sagt zwar, Japan habe sich ganz europäisiert. Damit begeht man einen Irrtum, Japan hat nichts weiter getan, als jene Kultur Europas angenommen, die wir als die veraltete europäische Kultur bekämpfen, die Kultur der Waffen. Die neue europäische Kultur kämpft noch in Europa selbst um den Sieg, sie ist den Japanern noch völlig fremd.

Was Russland anbelangt, so sind wir stets weit davon entfernt gewesen, es als ein Emporium europäischer Zivilisation zu betrachten. Im Gegenteil, wir finden für die Mörder von Kischinew und die Henker von Finnland die Beschäftigung, die sich jetzt in Korea bieten wird, als so recht dem Kulturstande der Masse des Zarenreiches angepasst. Es will dabei nichts besagen, dass der Zar der Einberufer der Haager Konferenz gewesen ist. Der Zar ist eben ein Europäer, wie andere Hunderttausende im russischen Volke. Die herrschende Masse dieses Volkes — und der Zar gehört eben nicht zu den Herrschenden — steckt noch im Asiatentum drin. Natürlich triumphieren jetzt die nationalen Blätter, dass der „Friedenszar" zum Kriege gezwungen worden ist. Sie sehen nicht ein, dass es schon ein Fortschritt erster Ordnung ist, wenn ein allmächtiger Zar zu einem Krieg gezwungen werden musste. Unserer Ansicht nach ist der Zar aber nicht von Japan zu diesem Kriege gezwungen worden, sondern von der in ihrer Existenz arg bedrohten russischen Asiatenpartei, die ihre Rolle ausgespielt sieht, und die alles daran setzte, den Zar in einen Krieg zu hetzen. Unseres Erachtens nach ist der Zar betrügerischerweise von seiner eigenen Kamarilla in diesen Krieg hineingehetzt worden. Eine Meldung der Frankfurter Zeitung bestätigt diese Anschauung.

Die nationalen Blätter triumphieren zu früh. Sie meinen, nun ist die Haager Konvention für ewig vom Erdboden verschwunden, weil der Einberufer der Haager Konferenz Krieg führt. Sie missverstehen die Ursachen jener Konferenz und verkennen, wie fest diese Institution im Boden der Tatsachen verankert ist. Es ist nicht unangebracht, gerade jetzt daran zu erinnern, dass Eugen Schlief bereits im Jahre 1892 in seinem Buche „Der Friede in Europa" die historische Notwendigkeit erkannt hat, dass Russland mit der Gründung eines europäischen Staatensystems beginnen werde. Sieben Jahre vor der vom Zaren einberufenen Haager Konferenz hat er diese Not-

*) Nach Schluss der Redaktion.

wendigkeit mit der Tatsache begründet, dass Russland im Osten ungeheure zivilisatorische Aufgaben zu bewältigen hat, und dass es deshalb gerade die Gefahren des Westens möglichst beseitigen müsse. Die Voraussage Schliefs ist 1899 pünktlich eingetroffen. Wenn nun der Friedenszar wirklich gezwungen wurde, im Osten einen Krieg zu führen, so dient ihm das Institut vom Haag als eine sichere Schutzwehr im Westen. Der Wert der Haager Konvention wird dadurch nur noch erhöht. Er muss nach diesem Kriege noch mehr erhöht werden, gleichgültig, ob Russland oder Japan als Sieger aus diesem Kampfe hervorgeht. Nehmen wir an, es unterliegt Russland, so ist es eben das asiatische Russland, das sein Kanossa gefunden haben wird, und das zivilisatorische Russland wird die Oberhand gewinnen, die Ideen des Zaren, die Ideen des intellektuellen Russland werden siegen. Ausserdem wird die durch einen Sieg gegen Russland gestärkte Asiatenmacht Japan eine Rolle zu spielen anfangen, die einen einigenden Druck auf ganz Europa ausüben wird.

Siegt aber Russland, dann wird es sein ganzes Schwergewicht auf den Osten Asiens lenken müssen und wird noch mehr als vordem darauf bedacht sein müssen, den Frieden im Westen zu wahren und ihm sichere Grundlagen zu geben. Wie sich die Dinge auch gestalten mögen, der Friedensgedanke wird bei diesem Krieg nur profitieren, er wird gefestigt aus den Ereignissen hervorgehen.

Noch in anderer Hinsicht wird dieser Krieg der Friedenssache dienstbar werden. Zum erstenmal werden sich völlig europäisch gerüstete Mächte gegenüberstehen. Wir werden die Wirkungen der veränderten Waffentechnik zwischen zwei Gegnern beobachten können, die sich in solcher Rüstungsvollkommenheit bisher noch nicht gegenüberstanden. Im Burenkrieg waren nur die Engländer modern gerüstet. Und welchem Widerstand begegneten sie bei der irregulären Miliz des südafrikanischen Bauernvolkes. Jetzt treten sich reguläre, ganz nach europäischem Muster ausgebildete und bewaffnete Heere gegenüber. Der Landkrieg kann uns Haarsträubendes bringen. Man wird gut tun, seine Nerven zu härten. Blochs Lehren werden hier zum erstenmal in vollem Umfang bewiesen werden. Haben sich diese Lehren schon im Burenkrieg als wahr erwiesen, so werden sie jetzt einen noch deutlicheren Beweis der Wahrheit bieten. Es wird in diesem Kampfe wahrscheinlich keinen Sieger geben. Man wird eines Tages aufhören müssen, nachdem die materiellen Mittel erschöpft sein werden. Die Sphinx der Zukunftsschlacht wird eine grausame Lösung gefunden haben.

Aus dem Vorhergesagten ergibt sich zur Genüge unsere Stellung zum Kriege. Als moderne Menschen müssen wir trachten, ein solches Unglück, soweit wie möglich, zu verhindern. Gelingt dies nicht, dann müssen wir alle Ziererei von uns weisen und offen erklären, dass ein Krieg für unsere Idee das beste Propagandamittel ist. Unsere Gegner, die uns immer Rührseligkeit vorwerfen, werden über dieses Eingeständnis etwas erstaunt sein. Wir befinden uns hier etwa auf dem Standpunkt eines Pestforschers, der durch den Ausbruch einer Pestepidemie erfreut ist, weil er von dem langwierigen Laboratoriumstudium Abstand nehmen kann und sich endlich auf einen richtigen Pestherd begeben kann, wo er praktische Studien machen kann. Niemand wird einem Forscher einen solchen Standpunkt verargen, vertritt er dabei doch das Wohl der gesamten Menschheit. Auch wir vertreten das Wohl der gesamten Menschheit, wenn wir die Ereignisse des ostasiatischen Kriegsschauplatzes und die Wirkungen dieses fernen Krieges als Beweise unserer Theorien von der Notwendigkeit des Friedens sprechen lassen. „Besser als alle Skioptikonbilder," schrieb Gräfin Pötting, Mitglied des Vorstandes der österreichischen Friedensgesellschaft, nach Ausbruch der Feindseligkeiten an den Herausgeber dieser Blätter, „wird dieser Krieg die Richtigkeit unserer Behauptungen illustrieren." Man sieht, auch wir Friedensfreunde können grausam sein, nur haben wir die Entlastung zur Seite, dass wir es sein müssen und trotzdem bemüht sind, das Menschheitsbewusstsein wachzuhalten.

Diese Pflicht erwächst uns jetzt im erhöhten Masse. Viel erschütternder als die Nachrichten vom Kriegsschauplatz ist das Verhalten der gesamten europäischen Presse (mit winzigen Ausnahmen) dieser Erscheinung gegenüber. Kein Wort des Bedauerns spricht aus allen Berichten, aus allen Glossierungen, nur überall und überall der grinsende Triumph über die „Tölpel", die an eine friedliche Weltordnung glauben. Ich habe oben das Bild vom Pestausbruch gebraucht. Keiner Zeitung würde es einfallen, in einem solchen Falle den Bakteriologen, die sich um die Beseitigung der Pest bemühen, aus dem Ausbruch der Epidemie die Vergeblichkeit ihrer Versuche nachweisen zu wollen. Jede Zeitung wird ihr Bedauern und ihren Kummer über den entsetzlichen Gast zum Ausdruck bringen, der „wieder an den Toren Europas pocht". Man wird die Hoffnung ausdrücken, dass es der fortgeschrittenen internationalen Wissenschaft doch gelingen werde, des Feindes Herr zu werden. Beim Ausbruch eines Krieges verändert sich die Logik vollständig. Man begrüsst den Krieg gleichsam als einen willkommenen Retter vor den Zivilisationsversuchen der Friedensfreunde. O, wie falsch versteht unsere zeitgenössische Presse ihr Amt. Erst spät wird die Menschheit einsehen, wie gerade die verblendete Haltung der öffentlichen Meinung den Friedensfreunden die eiserne Pflicht auferlegte, auf dem Posten zu verharren, bis der Sonnenstrahl der Geisterbefreiung das Dickicht der Nacht durchdrungen haben wird. Deshalb: Ausharren!

A. H. F.

Aus der Zeit.

Baronin Suttner an Roosevelt.

Baronin Berta Suttner hat an den Präsidenten Roosevelt am 8. Februar nachstehende Depesche gerichtet:

„Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Japan und Russland würde unweigerlich zum Krieg führen, wenn nicht ein Neues in die Welt getreten wäre, das in dem Text der Haager Konvention (Preambule; Vermittelung § 3, 8, 27) zum Ausdruck kommt und auf die gegenwärtige Lage volle Anwendung fände. Es ist wenig Hoffnung, dass europäische Mächte zu einer derartigen Vermittelung sich entschliessen werden — vielleicht können sie auch nicht —, während die moderne Kulturmacht der Vereinigten Staaten in jeder Hinsicht dazu berufen erscheint. Gerade auf Sie, Herr Präsident, der Sie schon durch wiederholtes entschlossenes Eingreifen den Satzungen der Haager Konventionen zur Verwirklichung verholfen haben, werden auch jetzt die bangen und vertrauensvollen Wünsche der ganzen Kulturmenschheit, die die Aera der Völkergerechtigkeit heranbrechen sieht, gerichtet sein. Indem ich Ihrer Weisheit die flehende Bitte unterbreite, in dieser gefahrdrohenden Stunde Ihre rettende Hand auszustrecken, wage ich das nicht allein in meiner Eigenschaft als Vizepräsidentin des Berner Internationalen Friedensbureaus, sondern glaube dabei der Dolmetsch von Millionen Mitmenschen zu sein, die es als einen Triumph der Kultur betrachten würden, wenn die neuen Ideen, die in Ihnen, Herr Präsident, schon oft einen tatkräftigen Vertreter gefunden, gerade jetzt über die bisherige ultima ratio obsiegen würden. Berta von Suttner, Präsidentin der Oesterreichischen Friedensgesellschaft.“

*

Von der Schiedsgerichtsbewegung.

Anfang Februar ist der italienisch-englische Schiedsgerichtsvertrag unterzeichnet worden. Der Friedensdreibund der Westmächte ist demnach komplett. Die Bedeutung dieses Ereignisses ist in früheren Nummern der Fr.-W. schon genügend erörtert worden. Es wäre noch hinzuzufügen, dass die Auffassung des Herausgebers, es handle sich bei dieser Vertragstaktik der Westmächte um nichts geringeres als um eine Erweiterung der Kompetenzen des Haager Schiedsgerichts nach einer Richtung, die seinerzeit von deutscher Seite bekämpft wurde, auch von anderen geteilt wird. Ein hervorragendes Mitglied des Haager Schiedsgerichtshofes und Mitarbeiter an der Haager Konferenz äusserte sich kürzlich dem Herausgeber gegenüber, dass es sich bei diesen Verträgen eigentlich nur um eine Wiederherstellung des ursprünglichen russischen Schiedsgerichtsentwurfes für die Haager Konferenz handelte.

In der englischen Thronrede bei Eröffnung des Parlamentes am 2. Februar kommentierte Lord Lansdown auch die Schiedsgerichtsverträge, die England in den letzten Monaten abgeschlossen hat. Er sagte dabei folgendes:

„Der Schiedsgerichtsvertrag mit Frankreich sei hauptsächlich die Folge der Ueberzeugung beider Länder, dass kein wirklicher Zwiespalt zwischen ihren Interessen bestehe. Ein ähnlicher Vertrag sei mit Italien abgeschlossen worden. Ueber den Vertrag mit den Niederlanden schweben Verhandlungen. Das Prinzip der mit Frankreich und Italien geschlossenen Verträge wurde Amerika gegenüber in die Praxis umgesetzt und damit die Möglichkeit erwiesen, durch andere als diplomatische Mittel gefährliche internationale Meinungsverschiedenheiten zu schlichten.“

Das Amerika gegenüber in die Praxis umgesetzte Prinzip bezieht sich auf die schiedsgerichtliche Erledigung der Alaskafrage.

Mittlerweile nimmt die Arbeit zur Herstellung weiterer ständiger Schiedsgerichtsverträge ihren Fortgang. Wie aus obiger Aeusserung des englischen Premiers ersichtlich, schweben auch zwischen England und den Niederlanden Verhandlungen wegen eines Schiedsgerichtsvertrages. Der ständige Schiedsgerichtsvertrag zwischen Frankreich und den skandinavischen Ländern soll durch einen gemeinsamen Kongress festgestellt werden, den Delegierte der drei skandinavischen Parlamente mit Delegierten des französischen Parlamentes im Sommer dieses Jahres in Paris abhalten sollen. Es soll dies keine private Vereinigung der betreffenden Parlamentsmitglieder, sondern ein offizieller Parlamentskongress der beteiligten Staaten werden.

Das Haager Schiedsgericht in der Venezuelafrage tritt am 13. Februar zusammen. Das Urteil steht bereits fest, bloss um die Erfüllung der Formalitäten handelt es sich noch. Die Urteilsverkündung erfolgt am 27. Februar.

In der Angelegenheit der japanischen Haussteuer haben die Regierungen von Deutschland, Grossbritannien, Frankreich und Japan dem Haager Gerichtshof eine Denkschrift überreicht. Die Frist für die Beantwortung wurde auf sechs Monate anberaumt.

Auch in Deutschland scheint es sich regen zu wollen: Ueber die Aussichten auf einen Schiedsgerichtsvertrag zwischen Deutschland und Grossbritannien lässt sich die „Daily News“ von ihrem Berliner Korrespondenten schreiben: „Mr. Francis William Fox aus London hat in den letzten Tagen mit verschiedenen hervorragenden Vertretern der deutschen Regierung sowie Mitgliedern des Reichstages die Möglichkeit eines Schiedsgerichtsvertrages, ähnlich dem zwischen Grossbritannien und Frankreich bestehenden, besprochen. Mr. Fox erklärt, es sei eine starke Strömung zugunsten eines solchen Vertrages vorhanden. Er ist ferner

bestrebt gewesen, sich darüber zu vergewissern, ob die deutsche Regierung bereit sein würde, mit der britischen Regierung und anderen europäischen Mächten Vorverhandlungen bezüglich des Arrangements einer Konferenz zu eröffnen, die Mittel und Wege zur Einschränkung der für die Zukunft geplanten Erweiterungen verschiedener Flottenprogramme finden und so bis zu einem gewissen Grade den ungesunden Wetteifer in den internationalen maritimen Rüstungen eindämmen soll. Man hofft, durch den Abschluss von Schiedsgerichtsverträgen und andere Mittel freundschaftlichere Beziehungen zwischen den beiden grossen Nationen Deutschland und Grossbritannien herzustellen."

Bei Beratung über die auswärtige Politik in den österreichischen Delegationen hat das Herrenhausmitglied Graf Schönborn, Mitglied des Haager Schiedsgerichtes, Gelegenheit genommen, auf die Praxis der Schiedsgerichtsbarkeit nachdrücklichst hinzuweisen

*

Ein englisch-amerikanischer Schiedsgerichtsvertrag.

Am 12. Januar fand in Washington eine wichtige und offizielle Versammlung statt, zu dem Zwecke, die Grundlagen zu einem englisch-amerikanischen Vertrag zu entwerfen und die Mittel zu erwägen, das Prinzip des Schiedsgerichts in der ganzen Welt zu vertreten. Die Stadtoberhäupter von New York, Boston und Baltimore, der Gouverneur von Kalifornien, und John Mitchell, Vorsitzender der Minen-Arbeiter-Union, sandten Zustimmungsadressen. Der gewesene Staatssekretär Foster wurde zum Präsidenten erwählt und Thomas Nelson Page, der bekannte Autor, zum Schriftführer. Unter den Rednern waren Dr. Jordan, Rektor der Stanford-Universität, Thomas Barcley und Samuel Gomper, der Obmann der Arbeiter-Föderation. Unter den Anwesenden befanden sich Kardinal Gibbons, General Miles und Andrew Carnegie. In dem vorgeschlagenen Vertrage werden keinerlei Ausnahmen wie Ehre, Lebensinteressen etc. namhaft gemacht, sondern es heisst einfach: „alle Fälle, die sich durch die Diplomatie nicht beilegen lassen, sind dem Schiedsgericht vom Haag oder einem für den Fall speziell ernannten Gerichtshof zu unterbreiten". Der Vorsitzende Mr. Foster, einer der angesehensten Juristen der Vereinigten Staaten, der auch kürzlich in dem Schiedsgericht in der Alaska-Angelegenheit mitgewirkt hat, begründete den allgemeinen Charakter eines solchen Schiedsgerichtsvertrages mit folgenden Worten: „Zwischen den Vereinigten Staaten und Grossbritannien vermag sich keine Streitfrage mehr zu erheben, die in ernsterer Weise die Gebietsintegrität, die Ehre und Unabhängigkeit beider Länder zu berühren vermag, als jene Fragen, die bereits der Schiedsgerichtsbarkeit unterbreitet wurden, ohne irgend ein Interesse der Beteiligten zu verletzen." Dem Plane wurde die Empfehlung beigefügt, ähnliche Verträge sobald als tunlich auch mit anderen Mächten abzuschliessen.

Präsident Roosevelt über Schiedsgerichte.

(Bruchstück aus der Botschaft an den Kongress von Washington, am 7. Dezember.)

„— — Während der Bemühung, die Venezuela-Streitigkeit zu schlichten, wurden von den beteiligten Mächten vorgeschlagen, dass die Sache mir zur Entscheidung unterbreitet werden soll; aber ich war entschieden der Ansicht, dass es viel weiser wäre, die Frage vor den Haager Schiedsgerichtshof zu bringen. Es schien mir dies eine prächtige Gelegenheit, die Praxis friedlicher Schlichtung internationaler Streitigkeiten zu fördern, und dem Haager Tribunal eine denkwürdige Stärkung seiner praktischen Wichtigkeit zu verschaffen. Die in der Kontroverse beteiligten Nationen waren so zahlreich und einige davon so mächtig, dass es klar zu Tage treten würde, welche wohltätigen Ergebnisse ihr gleichzeitiges Erscheinen vor den Schranken dieses erhabenen Friedenstribunals nach sich ziehen werden.

Diese unsere Hoffnungen haben sich erfüllt. Russland und Oesterreich sind durch Gelehrte und hervorragende Juristen vertreten, welche als Richter fungieren, während England, Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien, Belgien, Holland, Schweden und Norwegen, Mexiko, die Vereinigten Staaten und Venezuela von ihren betreffenden Anwälten und Beiräten vertreten sind.

Ein so achtunggebietendes Zusammenwirken von Nationen, die ihre Argumente diesem hohen Gerichtshof internationaler Gerechtigkeit und internationalen Friedens vorlegen und dabei dessen Entscheidung anrufen, kann schwerlich verfehlen, eine gleiche Unterwerfung vieler künftiger Streitigkeiten nach sich zu ziehen. Den jetzt dort erschienenen Nationen wird es viel leichter fallen, ein zweitesmal hinzukommen, während keine Nation mehr ihren gerechten Stolz verringert wähnen kann, wenn sie dem jetzt gegebenen Beispiele folgt. Dieser Triumph des Schiedsgerichtsprinzips ist ein Gegenstand, zu dem man sich warm beglückwünschen muss, und ist ein glückliches Vorzeichen für den Weltfrieden.

Es scheint jetzt sicherer Boden für den Glauben gewonnen, dass unter den zivilisierten Völkern ein wirkliches Anwachsen einer Gesinnung stattgefunden hat, welche die allmähliche Substitution anderer Methoden, Streitigkeiten zu schlichten, als die Methode des Krieges gestatten wird.

Es wird noch nicht behauptet, dass wir einer Lage ganz nahegerückt seien, in der es möglich sein wird, den Krieg gänzlich zu vermeiden, oder dass eine gerechte Rücksicht auf die Interessen und die Ehre einer Nation in jedem Falle die Zuflucht zum Schiedsgerichte gestatten wird, aber durch die Vereinigung von Klugheit und Festigkeit mit Weisheit wird es wohl möglich sein, viel von den Aufreizungen und Vorwänden zum Kriege wegzuschaffen und doch in zahlreichen Fällen eine vernünftigere Methode als den Krieg zur Schlichtung der Konflikte anzuwenden. Das Haager Tribunal bietet ein so gutes Beispiel, was man

in dieser Richtung leisten kann, dass dasselbe auf jede Weise ermutigt werden sollte. Weitere Schritte sollten unternommen werden."

•

Die Revision der Genfer Konvention.

Wie bereits im zweiten Artikel dieser Nummer erwähnt, beruft die Schweizer Regierung eine Konferenz für den 16. Mai dieses Jahres nach Genf ein. Die Schweizer Regierung erfüllt damit nicht einen „Wunsch Russlands", wie es in den Zeitungsberichten heisst, sondern einen Wunsch der Haager Konferenz, die die Einberufung einer solchen Konferenz für notwendig erklärte. Bereits im vorigen Jahre liess die Schweizer Regierung die Einladungen zu einer solchen Konferenz ergehen, zog dieselben aber nachher aus unbekannten Gründen wieder zurück. Wir äusserten uns damals, dass man dieser Vertagung keine Träne nachweinen brauche. Die Hauptpunkte, auf die sich die Revision beziehen soll, beziehen sich auf den grösseren Schutz des Sanitätspersonals. Nach der Konvention von 1864 ist das Sanitätspersonal nur während seiner Funktionen geschützt; die Konvention gewährt keinen Schutz für die häufigen Fälle, da das Sanitätspersonal marschiert oder inaktiv da oder dort verweilt. Sodann wurde mit der Vorschrift der Konvention, dass mit Truppeneinquartierungen verschont werden solle, wer Verwundete aufnehme, oft Missbrauch getrieben. Wer sich gegen Truppeneinquartierung schützen wollte, beeilte sich, einen oder zwei Verwundete aufzunehmen. Auch diesen Punkt hält der Bundesrat für revisionsbedürftig.

Der Standpunkt der Friedensfreunde gegenüber diesen Versuchen resumiert sich nochmals kurz darin, dass jede Humanisierung des Krieges eine contradictio in adjecto ist. Wir können uns in dieser Beziehung auf die Erfahrungen im Transvaalkriege, auf die Schriften der Generale von Kretschmann und von der Goltz und zahlreicher anderer Militärs berufen. Es heisst für uns nicht mehr den Krieg zu humanisieren, sondern das Uebel mit der Wurzel auszureissen. In der unbemäntelten Grausamkeit des Krieges erblicken wir einen Hauptmotor zu dessen Verhinderung.

•

Ein mitteleuropäischer Wirtschaftsverein

wurde am 21. Januar in Berlin ins Leben gerufen. Dieser Verein plant keine Zollunion, sondern nur ein wirtschaftliches Einvernehmen der mitteleuropäischen Staaten. Professor Julius Wolf, sein Urheber, hält eine mitteleuropäische Zollunion für eine für absehbare Zeit unausführbare Utopie, an deren Stelle andere Möglichkeiten geltend zu machen seien, welche darauf hinzielen, den mitteleuropäischen Staaten die Vorzüge der geschlossenen und einheitlichen amerikanischen Volkswirtschaft Schritt für Schritt zu erobern. Der Verein bezweckt, die öffentliche Aufmerksamkeit und die der Regierungen auf solche wirtschaftliche Gegenstände zu lenken, hinsichtlich deren die mitteleuropäischen Staaten nicht einander widerstreitende, sondern übereinstimmende Interessen haben, ohne dabei das wirtschaftliche Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Staaten irgendwie anzutasten. In diese Kategorie gehören Reformen des Zollverfahrens, die Einrichtung einer neutralen Instanz bei Zollstreitigkeiten, die gegenseitige Dienstbarmachung des Grenzdienstes, die Vereinheitlichung der Handelstatistik und des Handelsrechtes, die Schaffung von Rechtsgemeinschaften im Binnenschiffahrts- und Seeversicherungsrecht, die Anbahnung internationaler Clearings usw. In Oesterreich und in Ungarn sind bereits die Vorbereitungen getroffen, damit auch dort alsbald ähnliche Vereine ins Leben treten, und es scheint, dass die Leiter der Bewegung auch die Bildung von Zweigvereinen in anderen Staaten in Ausführung genommen haben.

Ueber die Art, wie der Verein seine Ziele zu erreichen strebt, ist noch nicht viel Klarheit vorhanden. Der Umstand, dass ihm auch Mitglieder der agrarischen Rechten angehören, lässt ihn als weniger bedeutend erscheinen, als er vielleicht werden kann. Immerhin begrüssen wir diese Gründung als einen Anfang. Das Weitere wird sich finden.

•

Ein trauriges Zeichen.

Die „Tägliche Rundschau" (Berlin) meldet unterm 21. Januar nachstehendes:

„Von einem bemerkenswerten Zug besorgter Aufmerksamkeit französischer Behörden einem deutschen Offizier gegenüber, berichten die in Marseille mit der Post aus Hinterindien augelangten Zeitungen. Ein Offizier des deutschen Kriegsschiffes „Sperber" war während des eintägigen Aufenthalts in Saigon von einem Hunde gebissen worden, der einem Europäer gehörte. Nach der Abfahrt des „Sperber", der nach China unterwegs war, starb der Hund. Sofort drahtete die Polizei nach Hongkong, um den Offizier davon zu benachrichtigen und ihm zu empfehlen, sich in ärztliche Behandlung zu geben, da das Tier vermutlich der Tollwut erlegen sei."

Es ist fürwahr ein trauriges Zeichen nationaler Beschränktheit, in solch einem selbstverständlichen Vorgang einen „bemerkenswerten Zug" zu finden. Wenn die französischen Behörden den deutschen Offizier also nicht benachrichtigt und ihn der Gefahr ausgesetzt hätten, an der Tollwut zugrunde zu gehen, dann hätte für die „Tägliche Rundschau" nichts Bemerkenswertes, sondern etwas Selbstverständliches darin gelegen. Wie mag sich in jenen Köpfen der Solidaritätsgedanke der Menschheit, die Nächstenpflicht und der Gedanke der Humanität ausmalen? — —

•

General von der Goltz und die liberale Presse in Deutschland.

Eigentümlich war die Aufnahme, die der Artikel des Generals von der Goltz, der in dieser Nummer ausführlich gewürdigt wird, in der liberalen Presse Deutschlands fand. Der „Berliner Börsencourier"

avisiert ihn als „lichtvolle Ausführung“ seinen Lesern, und die freisinnige „Kieler Zeitung“ spricht von „bedeutsamen Ausführungen“, die „hohe Beachtung verdienen“. Die freisinnige Hartungsche Zeitung freute sich sogar, den Artikel vor Erscheinen in der Deutschen Revue ohne jeden Kommentar ihren Lesern bieten zu können. Allerdings gab sie einige Tage nachher den äussert geschickten Erwiderungen unseres Freundes Carl Ludwig Siemering in Königsberg gebührenden Raum. Fünf Artikel, die der Herausgeber der „Fr.-W.“ an fünf verschiedene liberale Zeitungen gegen die Ausführung des Generals von der Goltz sandte, gelangten nicht zur Veröffentlichung. Hingegen findet die Ausführung des Generals in der „Neuen Hamburger Zeitung“ in einem lesenswerten Artikel eine energische Zurückweisung. Dasselbe Blatt veröffentlicht auch aus unserer letzten Nummer den an es gerichteten Brief des Baron d'Estournelles, der ihm erst auf diesem Wege zur Kenntnis gekommen zu sein scheint, und knüpft sehr sympatische Bemerkungen über seine deutsch-französische Annäherung daran.

•

Graf Schönborn über die Schiedsgerichtspolitik.

In einer Sitzung der österreichischen Delegation, die gegenwärtig in Wien tagt, gedachte der Delegierte Graf Schönborn, Präsident des obersten Verwaltungsgerichtshofes und Haager Schiedsrichter, der Schiedsgerichtsbewegung. Er führte u. a. aus:

„Charakteristisch auch für dieses letzte Jahr war die unter Aufrechthaltung alter Allianzen sich vollziehende gegenseitige Annäherung von Staaten, die nicht in vertragsmässigen Allianzverhältnissen zueinander stehen. Sehr merkwürdig in dieser Beziehung ist beispielsweise die Annäherung zwischen England und Frankreich. In dem letztgenannten Lande haben sich neuerdings, namentlich während der Budgetdebatte, gewichtige Stimmen erhoben, die den dort vielfach und seit längerer Zeit bestehenden Sympathien für unsere Monarchie lebhaften Ausdruck verliehen haben. Es ist also um so begreiflicher, wenn ich neuerdings den von uns mehrfach geäusserten Wunsch wiederhole, dass die guten Beziehungen zwischen der Republik und unserer Monarchie in ausgiebiger Weise gepflegt werden. Gerade in der weiteren Entwickelung der orientalischen Frage kann es Momente geben, in denen das Zusammengehen mit Frankreich für uns sehr nützlich wäre. Schliesslich empfiehlt Redner die Entwickelung der schiedsgerichtlichen Institution, insbesondere des Haager Tribunals.“

Aus der Bewegung.

Die Kundgebung vom 22. Februar,

die seitens der Friedensgesellschaften alljährlich an diesem Tage veranstaltet wird, wird sich in diesem Jahre zu einer internationalen Demonstration der pacifistischen Welt gegen den russisch-japanischen Krieg gestalten. Das Berner Friedensbureau hat nachstehende Resolution ausgegeben, die an diesem Tage von allen Friedensgesellschaften der Welt, möglichst in grosser öffentlicher Versammlung, zur Annahme gelangen soll:

„Die am 22. Februar 1904 unter dem bedrückenden Ereignis des Beginns der Feindseligkeiten zwischen Russland und Japan abgehaltene Versammlung zu . . . beschwört die Regierungen jener Staaten, die die Konvention von 1899 zur friedlichen Regelung internationaler Konflikte unterzeichnet haben, auf ihre passive Haltung, die sie bis jetzt dem russisch-japanischen Konflikt gegenüber bewahrten, zu verzichten, und die Sache des Friedens und der Menschheit durch eine energische Intervention bei den Kriegführenden in die Hand zu nehmen. Sie hat die Gewissheit, dass, wenn die neutralen Regierungen ernstlich die Rechte anwenden wollen, die ihnen die Artikel 2, 3, 6 und 27 der auch von Russland und Japan unterzeichneten Konvention gewährt, sie ihren Willen zur Geltung bringen und so der Kultur den hervorragendsten Dienst leisten werden, der ihr geleistet werden kann, und zwar durch die einfache, loyale Anwendung der nachstehenden Bestimmungen jener Konvention:

„Die Signatarmächte erachten es für nützlich, dass eine oder mehrere dem Konflikt fernstehende Mächte den im Konflikt befindlichen Staaten aus eigener Initiative, soweit dies die Umstände gestatten, ihre guten Dienste oder ihre Vermittelung anbieten. Das Recht, die guten Dienste oder die Vermittelung anzubieten, steht den, dem Konflikt fernstehenden Mächten selbst während der Dauer der Feindseligkeiten zu. Die Signatarmächte erachten es als eine Pflicht, im Falle, wo zwischen zwei oder mehreren unter ihnen ein scharfer Konflikt auszubrechen droht, jene daran zu erinnern, dass ihnen der Haager Schiedsgerichtshof offen steht.“

Ausser dieser Resolution ist noch die nachstehende, von Felix Moscheles vor Ausbruch der Feindseligkeiten formulierte Erklärung anzufügen:

„Die Versammlung konstatiert, trotz des Ernstes der Lage, dass das Friedensbedürfnis und das Bedürfnis nach Schiedsgerichtsbarkeit ständig an Boden gewinnt und bei den Staatshäuptern und Völkern der Kulturnationen beredten Ausdruck findet. Sie hat das Recht, sich zu dem praktischen Fortschritt, der die Sache der Schiedsgerichtsbarkeit im Laufe des vergangenen Jahres gemacht hat, zu beglückwünschen, zumal jeder erreichte Fortschritt dabei den hartnäckigen Bemühungen der vereinten Kräfte der Friedenspartei zu verdanken ist. Aber trotz der erreichten Erfolge gibt sich die Versammlung über die jetzt noch zu überwindenden grossen Schwierigkeiten keiner Täuschung hin und erkennt es mehr als je als ihre gebieterische Pflicht an, alles, was in ihren Kräften steht, daran zu setzen, um Konflikten zwischen den Völkern vorzubeugen oder durch friedliche Mittel den gordischen Knoten der internationalen Politik zu lösen.“

Die Anfügung weiterer Resolutionen oder Er-

klärungen bleibt, wie alljährlich, jeder Gesellschaft vorbehalten, doch wäre es angezeigt, dass man in diesem Jahre, um den Eindruck der aktuellen Resolution im Hinblick auf den russisch-japanischen Konflikt nicht abzuschwächen, davon Abstand nehmen würde.

•

Einführung in die Friedensbewegung.

Der unter diesem Titel von Alfred H. Fried gehaltene Vorlesungszyklus über die Friedensbewegung, der gegenwärtig an sechs hintereinanderfolgenden Mittwochen auf Veranlassung des Akademischen Friedensvereins im Saale des „Wissenschaftlichen Clubs“ in Wien stattfindet, umfasst das nachstehende Programm:

I. Grundbegriffe der modernen Friedensbewegung. Einleitung. — Verwechselung zwischen Kampf und Sieg. — Der militaristische und der pacifistische Friedensbegriff. — Der „ewige Friede“ und die internationale Rechtsordnung. — Der Allerweltsfriede. — Das Problem der Abrüstung. — Internationalität und Kosmopolitik.

II. Die realen Grundlagen der Friedensbewegung. Die Internationalität des wirtschaftlichen Verkehrs und geistigen Lebens der Gegenwart. — Die internationale Anarchie. — Der bewaffnete Friede und seine Lasten. — Die Kriegsunmöglichkeit. — Das Ergebnis eines eventuellen Zukunftskrieges.

III. Die Hindernisse der Friedensidee. Nationalismus und Chauvinismus. — Imperalismus. — Vaterlandsliebe und Friedensbewegung. — Die Friedenssehnsucht der offiziellen Welt. — Offene Widersprüche. — Si vis pacem para bellum. Zum wahren Frieden durch das Recht.

IV. Die Organisation des Weltfriedens. Souveränität und Staatensymbiose. — Die Diplomatie der alten Schule. — Die Föderation Europas. — Die Umwandlung der Armeen in Verteidigungsheere. — Das Schiedsgericht. — Bedeutung der Schiedsgerichtsbarkeit im modernen Staatenverkehr. — Die Autorität der internationalen Justiz. — Die Entwickelung des Schiedsgerichtsgedankens in der neuesten Zeit.

V. Das Haager Schiedsgericht und der gegenwärtige Stand der internat. Friedensorganisation. Das Zarenmanifest. — Die Haager Konferenz. — Die Haager Konventionen. — Das Haager Schiedsgericht. — Ständige Schiedsgerichtsverträge. — Neutralitätsverträge. — Die Pacigereance. — Reguläre internationale Konferenzen. — Vitale Interessen und Ehrensachen.

VI. Die moderne Friedensbewegung und ihre Organe. Geschichtlicher Rückblick. — Friedensgesellschaften. — Friedenskongresse. — Die interparlamentarische Union. — Die interparlamentarischen Konferenzen. — Die Friedensidee in den Parlamenten. — Die Friedensidee in der Presse. — Hervorragende Pacifisten. — Fachliteratur. — Ausblick.

Die Vorträge werden alsbald im Druck erscheinen und sollen einen Ersatz für des Verfassers früher herausgegebenen „Friedenskatechismus“ bilden, der fast durchwegs veraltet ist. Das Buch dürfte eine Lücke in der Friedensliteratur ausfüllen, da es geeignet sein wird, die noch aussenstehenden Kreise rasch und einheitlich über Ursachen, Ziele, Organisation und Erfolge der Friedensbewegung zu orientieren.

•

Die amerikanische Gruppe der Interparlamentarischen Union.

Wie die „Washington Post“ vom 14. Januar meldet, hat sich im Haus der Repräsentanten auf dem Kapitol eine amerikanische Gruppe der Interparlamentarischen Union gebildet, welche vorläufig aus 38 Mitgliedern besteht. Dieselbe hat eine Resolution zugunsten des allgemeinen Schiedsgerichts angenommen, für ihre weitere Organisation Schritte getan, und Präliminarvorkehrung für den Empfang der 12. Interparlamentarischen Konferenz getroffen, welche Anfang September 1904 in St. Louis stattfinden soll.

•

Die Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft

findet am 20. März in Cassel statt. Am Vorabend soll eine öffentliche Versammlung stattfinden. In derselben werden voraussichtlich die Herren Justizrat Heilberg (Breslau), Professor Dr. Quidde (München), Dr. Ad. Richter (Pforzheim) und Stadtpfarrer Umfrid (Stuttgart) sprechen. Bei der günstigen Lage von Cassel und der überaus wichtigen Tagesordnung (Beschlussfassung über die deutsch-französische Angelegenheit) wird einem zahlreichen Besuch entgegengesehen. Anmeldungen zum gemeinsamen Essen, sowie für Logements, wollen rechtzeitig an Herrn Prof. Dr. Kressner in Cassel, Lessingstr. 20, gerichtet werden.

•

Zur Weltsprache-Bewegung.

Die Professoren Couturat und Leau haben soeben bei Hachette in Paris ein umfangreiches Werk über die „Geschichte des Weltspracheproblems“ veröffentlicht, das zum erstenmal diese Frage eingehend behandelt und zu dem höchst erfreulichen Schluss kommt, dass eine künstliche Weltsprache möglich und dass sie bereits vorhanden ist. Gemeint ist das System des Dr. Samenhof in Warschau, das „Esperanto“. Es handelt sich jetzt nunmehr darum, dass der in diesem Jahre in London zusammentretende Kongress der wissenschaftlichen Akademien sich für die einheitliche Einführung dieses Systems ausspricht und es den Regierungen empfiehlt. Mittlerweile sind nach dieser Richtung hin zwei sehr wichtige Fortschritte gemacht worden. Professor Schuchardt in Graz, der von der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in Wien aufgefordert wurde, ein Gutachten über das Weltspracheproblem abzustatten, hat dieses Gutachten erstattet, und spricht sich darin in sehr günstigem Sinne aus. Ferner hat der französische Kriegsminister und der französische Marineminister im

„Journal Officiel“ den Offizieren das Erlernen des Esperanto empfohlen und deren Beteiligung an den Esperanto-Vereinen gestattet. In Berlin ist eine Esperanto-Gruppe gebildet worden, an deren Spitze unser Freund Dr. Adolf Schmidt in Potsdam steht. Ein deutsch-esperanto Wörterbuch ist seitens des Verlages von Borel & Müller in Berlin in Vorbereitung.

*

Der nächste Weltfriedenskongress.

Unsere amerikanischen Freunde verlieren keine Zeit zur Vorbereitung des nächsten Kongresses. Mitte Januar versammelten sich die Vertreter der verschiedenen Friedensgesellschaften und sonstigen Gönner der Sache zu einer Beratung im Willard-Hotel in Washington. Von den Anwesenden seien die bei uns in Europa wohlbekannten Trueblood, Meed und Carnegie genannt. Ein Bericht über den Rouenaiser Kongress wurde erstattet und Ort und Datum des im nächsten Herbste jenseits des Ozeans stattfindenden Kongresses beraten. Mit der Entscheidung wurde ein Exekutiv-Komitee betraut.

Literatur und Presse.

Eine Tageszeitung für den Frieden.

Das im Jahre 1878 von Jules Grevi gegründete Blatt „La Paix“ ist jetzt das Organ der französischen Pacifisten geworden. Raqueni hat die Chefredaktion übernommen. Die bekanntesten französischen Friedensfreunde sind die Mitarbeiter: die Mitteilungen der d'Estournellesgruppe werden in dieser pacifistischen Tageszeitung erscheinen. Wann werden wir in Deutschland erst einmal so weit sein.

*

Bericht über den XII. Friedenskongress.

Der vollständige Bericht des letzten Kongresses wird in den nächsten Tagen erscheinen. Der starke Band wird die Komiteeliste, die Liste der Delegierten und Teilnehmer, die Programme, den ausführlichen Bericht der öffentlichen Sitzungen und privaten Veranstaltungen, sowie den Text der Resolutionen in deutscher, französischer und englischer Sprache enthalten. Zwei Inhaltsverzeichnisse nach Materien und nach dem Alphabet geordnet, wie eine photographische Aufnahme der Teilnehmer an dem Kongress werden dem Bande beigegeben sein. Zu beziehen ist dieser Bericht gegen 2 Frcs. franko vom Berner Friedensbureau.

Briefkasten.

Richard Feldhaus, Bottmingermühle bei Basel; Villa „Friedens-Warte“. Meine Berechnung, dass Sie der Deutschen Friedensgesellschaft durch Ihre Vorträge mindestens 1000 Mitglieder gewonnen haben, war natürlich nur annäherungsweise; es freut mich, aus Ihrer Berechnung zu ersehen, dass es mehr sein müssen. Wenn Sie von Ihren 233 Friedensvorträgen, die Sie seit der Lektüre von Bertha von Suttners „Die Waffen nieder!“ im Jahre 1892 gehalten haben, allein in Deutschland 165 Vorträge hielten, so wird Ihre Rechnung, dass Sie mindestens 10 Mitglieder pro Vortrag geworben haben, schon stimmen. Im übrigen kommt es ja gar nicht darauf an, wieviel Mitglieder Sie gewonnen haben, sondern darauf, wieviel Menschen Sie zum Denken angeregt haben. Und diese Zahl dürfte noch beträchlich grösser sein.

W., Berlin. Sie schreiben mir: „Es hat mich gefreut, dass Sie der „Tante Voss“ einmal kräftig eins draufgegeben haben. Mich hat die elende, von totaler Unkenntnis triefende Art, in der dort dauernd die Schiedsgerichtsfrage behandelt wird, auch schon lange angeekelt und zum Entschluss gebracht, das Blatt fernerhin nicht mehr zu halten.“

Es wäre nur zu wünschen, dass jeder so handeln würde, aber die Angabe des Grundes, warum man das Blatt abbestellt, wäre der Redaktion mitzuteilen. Nur auf diese Weise ist es möglich, der Presse gegenüber zu bekunden, dass die Friedensfreunde ihre Haltung missbilligen. Allerdings käme ich in Verlegenheit, wenn man mich fragen würde, welche Zeitung unsere Berliner Freunde dann eigentlich halten sollten. Ich möchte auf die „Frankfurter Zeitung“ hinweisen, das einzige Blatt, das noch am nachdrücklichsten unsere Bewegung unterstützt und das infolge seiner Expeditionseinrichtungen auch in Berlin rechtzeitig eintrifft und aktuell ist.

K. J. Auch ich bedaure es, dass die Redaktion der „Friedensblätter“ es für nötig erachtete, die bisher zum Druck dieses Blattes verwendeten „europäischen“ Lettern fallen zu lassen und dafür die deutsche Schrift anzuwenden. Dass diese in den Kreisen der Friedensfreunde durchaus nicht auf Beifall stösst, bewies mir die Menge der Zuschriften, die ich aus diesen Kreisen erhielt, als Herr Fréd. Bajer vor wenigen Wochen in der „F.-W.“ das Thema anschnitt. Protestieren muss man aber gegen die Begründung, die die Redaktion der „Friedensblätter“ in ihrer ersten Nummer von 1904 für diese Einführung gibt. Wenn es dort heisst, dass die deutschen Lettern „in den meisten Kreisen unseres deutschen Volkes bekannter und geläufiger sind“, so muss das im Auslande eine falsche Meinung erwecken. Solche Kreise gibt es kaum, höchstens dort, wo man überhaupt nur schwer zu lesen vermag, und diese Kreise kommen für die Friedensbewegung wahrscheinlich nicht in Betracht. Jedenfalls weniger in Betracht, als jene ausländischen Kreise, wo man unsere Friedenliteratur lesen will. Das Organ einer Bewegung, die ein föderiertes Europa erstrebt, sollte doch dieser Föderation soweit entgegenkommen, dass es mit den Schriftzeichen den Anfang zur Europäisierung macht.

Oesterreichische Friedensgesellschaft.

Wien I., Spiegelgasse 4.

Vorstands-Sitzung am 7. Februar 1904.

Vorsitz: Baronin v. Suttner.

Anwesend: Dr. v. Dorn, Fischel, Dr. Karell, Kosian, Dr. Kunwald, A. Müller, Dr. v. Peteani, Gräfin Pötting, Adm. Schuster.

Nach Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung bringt Baronin v. Suttner ein Schreiben des Berner Bureaus zur Kenntnis, wonach dasselbe bereits den Regierungen von Frankreich, England und Italien den Dank für das Zustandekommen der Schiedsgerichtsverträge ausgesprochen hat. Mithin entfällt der in der letzten Vorstandssitzung gefasste Beschluss.

Es wird das von Dr. v. Dorn und Dr. Feilbogen verfasste Memorandum an die österreichische Regierung verlesen und beschlossen, dasselbe durch eine Deputation, bestehend aus der Baronin v. Suttner und zwei Vorstandsmitgliedern, dem Ministerpräsidenten Dr. von Körber zu überreichen.

Baronin v. Suttner berichtet über die Vorverhandlungen bezüglich eines Schiedsgerichtsvertrages zwischen England und Amerika, ferner über die Bildung einer amerikanischen Gruppe der „Internationalen Union". Diese Gruppe wurde am 12. Januar d. J. konstituiert, und sind derselben bereits am ersten Tage 37 Mitglieder beigetreten.

Nach Verlesung des Kassenberichtes pro 1903 und der Abrechnung über die diesjährige „Akademie" berichtet Gräfin Pötting über eine Einladung des Internationalen Frauenbundes. Derselbe beginnt seine diesjährige Konferenz am 9. Juni in Berlin und widmet einen Tag seiner Beratungen dem Frieden und dem Schiedsgericht.

Gräfin Pötting stellt den Antrag, die Oesterreichische Friedensgesellschaft möge in Anbetracht dessen, dass der Internationale Frauenbund die Friedensidee in sein Programm einschliesst, demselben beitreten und sich an der Konferenz in Berlin beteiligen. Beide Anträge werden angenommen und Baronin v. Suttner ermächtigt, im Vereine mit einem Vorstandsmitgliede, die Oesterreichische Friedensgesellschaft bei der Konferenz in Berlin zu vertreten.

Schliesslich wurde die Tagesordnung für die diesjährige statutengemässe Hauptversammlung festgesetzt, und zwar:

1. Jahresbericht.
2. Simultankundgebung aller Friedensvereine (22. Febr.).
3. Kassenbericht 1903.
4. Neuwahlen.
5. Eventuelle Anträge.
6. Vortrag des Vorstandsmitgliedes Herrn Dr. Ludwig Karell mit Skioptikonbildern.

Die Hauptversammlung findet Montag, den 22. Februar, um 1/2 8 Uhr abends, im Festsaale des n. ö. Gewerbevereines, I., Eschenbachgasse 11, statt.

Publikationen.

Der Schriftführer der Ortsgruppe in Marienbad, Herr Dr. Ph. Goldberger, veröffentlicht in der „Marienbader Zeitung" vom 3. Januar einen Artikel „Im Zeichen des Friedens". Mit grosser Sachkenntnis regt er das Interesse für die Friedensbewegung an und stellt eine Artikelserie über dieselbe in Aussicht.

+

Unser Mitglied Herr Georg Baier veröffentlichte in der in Krems a. D. erscheinenden „Niederösterreichischen Presse" eine Reihe von Feuilletons: „Weltfrieden durch den Völkerfrieden". Durch dieselben ist es ihm gelungen, unserer Bewegung zahlreiche Mitarbeiter zu gewinnen.

Vorträge.

Herr Oberlehrer Franz Diemberger hielt einen Vortrag in Ybbsitz. Erfreulicherweise mehren sich Vorträge, welche von Lehrern gehalten werden.

*

Der Vortrag der Frau Gertrud Fischer: „Für die Jugend, mit der Jugend" fand am 18. Januar in der Wiener Urania vor einigen hundert Schülern und Schülerinnen der Wiener Lehranstalten statt und war mit Skioptikonbildern reich illustriert. Ein glückliches Debut. Die Vortragende entwickelte ein Talent ersten Ranges.

*

Der vom Wiener Akademischen Friedensverein veranstaltete Vortrags-Zyklus des Schriftstellers Herrn A. H. Fried: „Einführung in die Friedensbewegung" erfreut sich fortgesetzt recht zahlreichen Besuches. Die beiden ersten Vortragsabende behandelten:

1. Grundbegriffe der modernen Friedensbewegung.
2. Die realen Grundlagen der Friedensbewegung.

Die weiteren Vorträge finden Mittwoch, den 17. und 24. Februar, 2. und 9. März im Saale des „Wissenschaftlichen Clubs", I., Eschenbachgasse 9, jedesmal um 8 Uhr abends statt und behandeln:

3. Die Hindernisse der Friedensidee.
4. Die Organisation des Weltfriedens.
5. Das Haager Schiedsgericht und der gegenwärtige Stand der internationalen Friedensorganisation.
6. Die moderne Friedensbewegung und ihre Organe.

Als die Nachricht vom Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Japan und Russland einlangte, richtete Baronin Suttner eine Kabeldepesche an Präsident Roosevelt, worin unter Hinweis auf die §§ 3, 8, 27 der Haager Konventionen noch in zwölfter Stunde um die Vermittelung der Vereinigten Staaten gebeten wird.

Dass inzwischen die Feindseligkeiten schon ausgebrochen waren, weiss man nun, und wieder steht die Welt vor einem grossen Kriege. Den Kämpfern der Friedenssache erwächst dadurch die Pflicht verdoppelter Anstrengungen.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred H. Fried, Berlin-Schöneberg. Im eigenen Verlage. Druck von Pass & Garleb, Berlin W. 35.
Verantwortlicher Redakteur für Oesterreich-Ungarn: Vinzenz Jerabek in Wien.

Verlag Continent, Theo Gutmann
Berlin-Charlottenburg.

Soeben erschien das **fünfte Tausend** von:

Weder Sedan noch Jena

von **Alfred H. Fried.**

8°. — 5 Bogen. — Umschlag dreifarbig. — Preis 80 Pfg.

I. **Jena oder Sedan?**

Ein Mahn- und Warnruf. — Symptome, die nach Jena weisen. — Die Verhütung der Gefahr. — Mehr Weitsicht. — Die Ueberwindung des „Entweder oder“.

II. **Veränderung der Internationalen Struktur.**

Aeussere Ursachen und lokale Folgen. — Auch das Dienstreglement unterliegt den natürlichen Gesetzen. — Der Krieg als Mittel des Staatswillens. — Das psychische Moment tritt an Stelle des physischen. — Die Staatensymbiose. — Wandlung des Kriegsbegriffes. — Die höchste Macht, die höchste Ohnmacht. — Die Ohnmacht des staatlichen Individualwillens zeigt die Machtmittel der Staatengemeinschaft.

III. **Der Widerspruch im Zweck der Armee.**

Die negative Aufgabe der Armee. — Ein Beruf ohne Erfüllung. — Der Storchenglaube an den Krieg. — Kriegssehnsucht und Friedensbeteuerung. — Der innere Zerfall des Geistes in der Armee. — Die Armee, das Papiergeld im öffentlichen Machtverkehr. — Die Anpassung an positive Aufgaben.

IV. **Das Vertheidigungsheer.**

Das Problem der Abrüstung. — Die zu findende Formel der Abrüstung. — Die Verkehrtheit der bisherigen Methoden. — Vom Krustenthier zum Knochenthier. — Durch Erweiterung der Heere zur Abrüstung. — Das Vertheidigungsheer als erhöhtes Machtmittel. — Abrüstung ohne jede Vereinbarung. — Ein diskreditirtes Wort und dessen wahre Bedeutung. — Volk in Waffen oder Waffenknechtschaft. — Der Offizier mit positiver Lebensaufgabe. — Höchste Militärmacht mit geringsten Opfern. — Wie „Fels im Meer“.

V. **Das Knochengerüst.**

Die Umwandlung in der Innenorganisation der Staatengemeinschaft. — Der Militarismus als Erzieher zur kriegslosen Zeit. — Friedensorganisation, nicht „ewiger Friede“. — Das Recht, die Wirbelsäule der Staatenorganisation. — Nicht die Gewalt, sondern das nothwendige Gleichgewicht schützt das Recht im internationalen Verkehr. — Die psychische Kraft des Rechtes. — Der Wille zum Recht als Exekutivgewalt. — Rechtsbruch des Individuums und des Staates. — Vitale Fragen und nationale Ehrensachen vor dem Schiedsgericht. — Das Schiedsgericht als Kehrmaschine. — Der krönende Oberbau eines fest verankerten Systems. — Von den Leuten, denen man kein unfertiges Haus zeigen darf.

VI. **Weder Sedan noch Jena.**

Milieu und Objekt. — Die Symptome im Heere von der Warte höherer Erkenntniss. — Talglicht oder Wachskerze. — Städtemauern und Reichsgericht. — Sedan — Jena — Haag.

In allen Buchhandlungen zu haben.

Verantwortlicher Redakteur [illegible] Berlin W. 35.
[illegible] Wien.

Die Friedens-Warte.

Zeitschrift für internationale Verständigung.

Enthält die „Mitteilungen der Oesterreichischen Friedensgesellschaft".

Herausgegeben von **Alfred H. Fried**, Berlin-Schöneberg.

Die Friedens-Warte erscheint in der Mitte eines jeden Monats und kostet für Deutschland und Oesterreich-Ungarn vierteljährlich 1,50 Mk., für das Ausland 1,65 Mk. Manuskripten und Anfragen ist Porto beizufügen.

VI. Jahrg. **Berlin, Wien, Leipzig,** Mitte März 1904. **No. 3.**

Inhalt:

Die Friedens-Warte.

Zeitschrift für internationale Verständigung.

Enthält die **„Mitteilungen der Oesterreichischen Friedensgesellschaft"**.

Herausgegeben von **Alfred H. Fried**, Berlin-Schöneberg.

Die Friedens-Warte erscheint in der Mitte eines jeden Monats und kostet für Deutschland und Oesterreich-Ungarn vierteljährlich 1,50 Mk., für das Ausland 1,65 Mk. Manuskripten und Anfragen ist Porto beizufügen.

VI. Jahrg. **Berlin, Wien, Leipzig,** Mitte März 1904. **No. 3.**

Die Abonnementsbeträge und Sendungen für den Deckungsfonds sind unter Bezeichnung des Zweckes an die Buchdruckerei von Pass & Garleb, Berlin W., Steglitzerstrasse 11, zu richten. Alle sonstigen Mitteilungen an die obige Adresse des Herausgebers.

Der Herausgeber.

Für den Deckungsfonds der „Friedens-Warte"

wurden gezeichnet bezw. sind bezahlt worden:

Ad. Mehlisch, Berlin . . . . Mk. 30,—
Frau A. Mehlisch, Berlin . . „ 30,—

Der russisch-japanische Krieg und der Schiedsgerichtsspruch im Venezuelastreite.

Von Richard Reuter.

Der Februar 1904 ist zu einem kritischen Monat für die Völkerfriedfertigung geworden. Er hat sich als ein Wertmesser des augenblicklichen Niveaus ihrer Kraft erwiesen, indem er an zwei tatsächlichen Ereignissen deutlich aufzeigte, was sie zurzeit vermag und was sie nicht, es darf dreist und zuversichtlich gesagt werden, was sie noch nicht vermag. Innerhalb der kurzen Frist von vierzehn Tagen ist der russisch-japanische Krieg ausgebrochen, und das Endurteil des Haager Schiedsgerichts in der Streitsache wegen der Entschädigungsansprüche einer Anzahl von Staaten gegen Venezuela ergangen. In dieser hat das Friedens- und Rechtsprinzip einen vollen Erfolg davongetragen; in der ersteren hat es sich dem brutalen Gewaltsprinzip gegenüber seiner Aufgabe noch nicht gewachsen gezeigt, genauer gesagt, zunächst noch nicht gewachsen gezeigt, indem es den Ausbruch des Krieges, trotzdem die Stimme der Vernunft laut genug erhoben worden war, nicht verhindern konnte.

Die von uns unseren Lesern schon wiederholt als Gegenstände des Erstaunens vorgeführten Leute mit dem seltsam konstruierten Gehirn, welche den Krieg ganz ebenso wie die Friedensfreunde für ein ganz entsetzliches Uebel erklären, aber sich vor Freude jedesmal nicht zu fassen und zu lassen wissen, wenn die Kraft des Friedensgedankens versagt, und welcher im entgegengesetzten Falle, förmlich des Trostes bedürftig, Linderung ihres Schmerzes in der Vorstellung suchen, dass es sich nur um irgend eine Lappalie gehandelt habe, welche womöglich sowieso garnicht zum Kriege geführt haben würde, sind natürlich sofort bei der Hand, aus den beiden Fällen eine für sie hocherfreuliche Bilanz zu ziehen. Der Zwergerfolg des Friedensgedankens in dem Streit gegen einen exotischen, vom europäischen Standpunkte aus kaum organisiert zu nennenden Kleinstaat und der vollständige Riesenmisserfolg einem Riesenkriege zwischen zwei wirklichen Grossstaaten gegenüber!

Eine solche Bilanz ist so falsch, wie nur möglich, und zwar nach beiden Seiten hin. Erstens kommt es bei der Schätzung der Kraft der Friedensbewegung nicht auf die Grösse der Staaten, zwischen denen der Krieg nicht fernzuhalten war, und auch nicht auf den Charakter des Krieges selber, seinen Umfang, seine Dauer, seine Wildheit an, sondern auf die letzten und eigentlichen Ursachen. Niemand hat ja behauptet oder vermutet, dass der Krieg mit einem Male aus der Welt geschafft sein würde. Die Haager Konvention selber steht am allerwenigsten auf diesem Standpunkte, und

die neuerdings geschlossenen Schiedsgerichtsverträge, wenigstens die zwischen Grossstaaten, ebensowenig. Es sind in diesen Schiedsgerichtsverträgen namentlich die sogenannten Ehren- und Lebensfragen ausgenommen, und die Friedensbewegung muss sich schon aus diesem Grunde darin finden, solche Fragen zur Zeit ihrer Einwirkung entzogen zu sehen. Nun schliesst der russisch-japanische Streit allerdings weder eine Ehrenfrage — an sich ein etwas lästiger Begriff, ohne rechten praktischen Inhalt — noch eine Lebensfrage im strengen Sinne des Wortes ein, so dass sich keine Ordnung der tatsächlichen Verhältnisse schaffen oder denken liesse, durch welche nicht entweder dem einen oder dem anderen Teil der Lebensnerv geradezu unterbunden und die Entwickelungsfähigkeit abgeschnitten würde. Allein man fasst den Begriff der Lebensfrage gemeinhin etwas weiter. Ein Staat pflegt die Verfolgung und Erreichung eines Zieles, welches ihm sehr am Herzen liegt, und worin er sich gewöhnt oder vorgeredet hat, seinen geschichtlichen Beruf zu erblicken, als Lebensfrage zu betrachten und zu behandeln, und je länger solch ein Ziel verfolgt, desto mehr ist er überzeugt, hier einer Lebensfrage gegenüberzustehen. In diesem Sinne ist es eine Lebensfrage, um derentwillen es Russland hat mit Japan zum Kriege kommen lassen. Seit wenigstens zweihundert Jahren ist es das nicht einen Augenblick aus den Augen gelassene, über alle Hindernisse hinweg mit unbeirrter Folgerichtigkeit erstrebte Ziel der russischen Politik, Zugang zum offenen Weltmeer zu erhalten. Dieser Wunsch ist stets die eigentliche und letzte Triebfeder der russischen auswärtigen Politik gewesen; wenn ihre Begehrlichkeit einmal auf einen anderen Gegenstand gerichtet schien, so stand im Hintergrunde immer ein und dasselbe Hauptziel. Um des Zutritts zum Meere willen strebte sie nach dem Besitze von Konstantinopel, der ihr wenigstens das bis jetzt und augenscheinlich für eine unabsehbare Zukunft verschlossene mittelländische Meer geöffnet haben würde, und nach der Herstellung des Suez-Kanals auch das Weltmeer; um des Zutritts zum Ozean willen dachte sie an die Eroberung Indiens. Dann versuchte sie es auf dem Wege über Persien; jedenfalls sind auch die etwas histrionenhaften Annäherungsversuche an den Negus im letzten Grunde aus dieser Absicht hervorgegangen. Etwa gleichzeitig mit diesen letzten Unternehmungen, oder schon etwas früher, wurde dann zu gleichem Zwecke die ostasiatische Politik, die Erwerbung des Amurgebietes und das Riesenwerk der sibirischen Bahn unternommen. Dort erreichte Russland endlich den Anschluss an die offene See und zwar auf eigenem, mit der Hauptmasse des Reiches zusammenhängenden Gebiete, aber der dort angelegte Kriegshafen Wladiwostok hatte den grossen Mangel, einen grossen Teil des Jahres in langen kalten Wintern fast die Hälfte vom Eise blockiert zu sein. Dem wurde durch die Erwerbung und den Ausbau von Port Arthur einigermassen abgeholfen, zur Stärkung der russischen Stellung daselbst aber war oder schien der Besitz der Mandschurei erforderlich, womöglich auch der herrschende Einfluss in Korea und damit kam der Konflikt zum Ausbruch. Japan, die hochbegabte, frisch aufstrebende, nicht ohne Grund mit einem gewaltigen, möglicherweise etwas übertriebenen Selbstbewusstsein erfüllte Nation, welche ihrerseits den historischen Beruf hat oder zu haben glaubt, an die Spitze der gelben Rasse zu treten und ihr die Ebenbürtigkeit mit der weissen zu erringen, und welche in der Erfüllung dieses Berufs ebenfalls eine Lebensfrage erblickt, legte ihr Veto ein, und da Russland darauf nicht hörte, erfolgte der Appell an das Schwert und die Geschütze.

Auf der einen Seite also die seit mehr als 200 Jahren mit eiserner Folgerichtigkeit und nie erschlaffender Zähigkeit, dabei mit vollendeter Skrupellosigkeit in der Wahl der Mittel betriebene Politik einer riesigen Gross- und Weltmacht, welche nach so vielen vergeblichen Anläufen und herben Enttäuschungen endlich an das Ziel ihrer Wünsche — mit Hilfe eines letzten, schnödesten Rechts- und Wortbruchs und anderer Greuel — gelangt ist und nun abermals der Früchte aller ihrer Anstrengungen, aller ihrer Arglist und Gewaltsamkeit verlustig gehen soll; auf der anderen ein von einem hohen idealen Gedanken bewegtes und erfülltes Reich, das sich in seiner ganzen, soeben von einer ganz neuen Grundlage aus begonnenen politischen und wirtschaftlichen Entwickelung bedroht sieht; ausserdem auf beiden Seiten die Aussicht auf Macht, Ruhm, grossartigen materiellen Aufschwung oder aber auf das Gegenteil von alledem: sich hier mit Erfolg dazwischen zu werfen, dazu müsste ein blosser Gedanke, dem keine körperliche Macht zu Gebote steht, eine unermesslich grössere Macht über die Gemüter der Völker wie der Regierungen erlangt haben, als es im Laufe von 15 Jahren,

im Gegensatze zu allen bisher unbestritten und als selbstverständlich herrschenden Anschauungen, im Gegensatze zu den einflussreichsten Interessen überhaupt, im günstigsten Falle denkbar ist. Auch der von den Gegnern der Friedenssache so weidlich ausgebeutete und zu einem eklatanten Trumpfe zurechtgearbeitete Umstand, dass es der Urheber der Haager Friedenskonferenz ist, der an der Spitze der einen der beiden kriegführenden Mächte steht, ändert nichts. An der Wucht solcher zweihundertjährigen Politik eines solchen Reiches findet auch die Macht des unumschränktesten Selbstherrschers ihre Grenze. So wenig wie ein unfehlbarer Papst den Heiligen- und Reliquiendienst abschaffen könnte, selbst wenn er persönlich es noch so sehr wünschte oder sich früher dafür engagiert hätte, so wenig kann der Zar seine Friedensliebe zum entscheidenden Motiv der russischen Politik in einem kritischen Augenblicke dieser Art machen. Zur Erklärung seiner Haltung ist nicht einmal die übrigens an sich sehr wahrscheinliche Annahme nötig, dass er von der Kriegspartei so lange getäuscht und über die wirkliche Lage im Unklaren gelassen sei, bis dieselbe so zugespitzt war, dass, wie die Dinge zurzeit nun einmal liegen und nach der noch allgemein herrschenden Auffassung, der sich auch der Zar nicht entziehen kann, der Krieg schlechterdings nicht mehr zu umgehen war.

Es versteht sich ja von selbst, dass die Organe der Friedensbewegung ihre Stimme erhoben und schon um des Prinzips willen alles taten, was sie tun konnten, um der Sache des Friedens zu dienen, solange noch ein letztes Hoffnungsfünkchen glühte. Aber nachdem dieses erloschen ist, liegt nicht der leiseste Grund vor, sich enttäuscht zu fühlen oder gar den Ausbruch des Krieges als einen der Friedenssache zugefügten Schlag zu empfinden. Die Friedensfreunde haben Besseres zu tun. Sie müssen den Krieg als das wirksamste Mittel zur Friedenspropaganda benutzen. Je grässlicher er wird, ein um so tauglicheres Werkzeug wird er zu diesem Zweck. In diesem Punkte gleicht dieser Krieg jedem anderen. Aber er schliesst noch zwei besondere Punkte in sich, aus welchen möglicherweise einn reiche Saat und Ernte für die Friedensbewegung hervorgehen kann. Der russisch-japanische Krieg ist der erste, der im grossen Stil unter Anwendung der neuesten und allerneuesten Mordtechnik geführt wird. Es wird sich zeigen, ob er so verläuft, wie es der grosse Friedenskämpfer Johann v. Bloch dargestellt hat, ob eine beiderseitige Erschöpfung und Kampfunfähigkeit über kurz oder lang die Folge sein wird. In diesem Falle wäre es nicht unmöglich, dass zuletzt doch noch, wohl oder übel, vielleicht auf persönliches Andrängen des Zaren, Zuflucht zum Schiedsgerichtsprinzip genommen und der Krieg, den der Friedensgedanke nicht hindern konnte, unter seinen Fittichen beendet würde. Einen grösseren Triumph würde der Friedensgedanke nicht feiern können. Das ist die eine Aussicht; die andere ist nicht weniger glänzend und dazu noch etwas wahrscheinlicher. Ueber den Ausgang des Krieges lässt sich im Augenblick mit auch nur einiger Sicherheit noch nicht urteilen. Die grosse zahlenmässige Ueberlegenheit der russischen Streitkräfte wird annähernd, vielleicht sogar mehr als wett gemacht durch die grosse Entfernung des Kriegsschauplatzes von seiner eigentlichen Basis, durch die Schwierigkeit, auf der eingleisigen sibirischen Bahn Truppen, Munition und Proviant herbeizuschaffen, durch die grosse Möglichkeit der Unterbrechung dieser Verbindung, durch die Unwahrscheinlichkeit, während des Krieges die Herrschaft über das Meer soweit zu erlangen, dass die Zufuhr zu Wasser erfolgen kann, durch die Feindseligkeit der Bewohner des Kriegsschauplatzes und des angrenzenden China. Dass Russland also eine empfindliche Niederlage erleidet, ist zum mindesten ebenso wahrscheinlich, wie irgend ein anderer Ausgang des Krieges. Nach allem aber, was über die aufs äusserste gespannten und unterwühlten inneren russischen Verhältnisse, die politischen im engeren Sinne sowohl wie die wirtschaftlichen und finanziellen, bekannt ist, muss in diesem Falle mit einer starken, selbst radikalen Umwälzung gerechnet werden, so dass ein vollständiger Sturz des herrschenden despotischen Systems nicht ausgeschlossen ist. Nun verkörpert dieser Despotismus, wie jeder Despotismus, gerade dieselben Grundsätze und Anschauungen in der inneren Politik, welche das Brutalsystem des Kriegs für die äussere in sich schliesst. Hier wie dort ist das Ideal: Gewalt vor Recht. Es ist auch nicht zum geringsten deshalb, weil der Zar sich nicht entschliessen kann, vom Despotismus im Innern zu lassen, dass er nicht stark genug ist, gemäss seinen besseren Ueberzeugungen und edleren Absichten — aufrichtig, wie sie ohne Zweifel sind —, sein hohes Friedensziel in der auswärtigen

Politik durchzusetzen. So würde der Sturz des russischen Despotismus und die Einführung einer mehr auf Recht, Gesetz und Gerechtigkeit sich stützenden Regierung den Fall eines mächtigen Bollwerks der Brutalgewalt bedeuten, welche einen unmittelbaren Triumph des Friedensgedankens bilden würde. Die Folgen würden sich sogar noch über die russischen Grenzen hinaus erstrecken, überallhin, wo eine Art moralischer Anlehnung an das russische despotische System besteht und, höchst charakteristischerweise, zugleich eine entschiedene Abneigung gegen den Friedensgedanken hervortritt.

Der Krieg hat in vergangenen Zeiten unzweifelhaft eine innere Berechtigung gehabt, und es sind gewaltige Entwicklungen und grossartige Fortschritte materieller, geistiger und sittlicher Art aus seinem blutigen Schosse hervorgegangen. Aber die Bedingungen, unter denen das möglich war, haben aufgehört, zu existieren, jedenfalls zwischen zivilisierten Völkern. Nur eine einzige Entwicklung könnte der Krieg noch fördern, die grösste von allen, die auf seine Rechnung geschrieben werden können: nämlich die Entwicklung des Friedensgedankens, indem er sich selbst einen schweren, womöglich tödlichen Schlag versetzt. Diese Möglichkeit muss die Friedensbewegung scharf im Auge behalten; sie kann durch rechtzeitiges und kräftiges Eingreifen vielleicht viel dazu beitragen, dass die selbstgeschlagene Wunde unheilbar wird.

Es ist höchst erfreulich, dass die Friedensbewegung, soviel sich übersehen lässt, bei Ausbruch des russisch-japanischen Krieges nicht in ein fruchtloses Klagen ausgebrochen ist, wodurch sie in früheren Fällen den Kriegsnarren nur eine billige Gelegenheit zum triumphierenden Spotte gab, dass sie nicht von einem „Rückfall in die Barbarei des Krieges" gesprochen hat. Von einem solchen Rückfall kann überhaupt nicht die Rede sein: denn die Welt ist aus der Hochflut dieser Barbarei noch gar nicht heraus. Nur an einzelnen Stellen verläuft sich diese, und ein Stückchen Neuland taucht hoffnungsgrün empor. Dahin gilt es, die Blicke zu wenden, um neue Zuversicht und Kampfesfreudigkeit zu gewinnen, wenn anderswo die Hochflut der Barbarei zu wilder Brandung anschwillt. Eine solche neu auftauchende grüne Insel aber ist der Ausgang des Venezuelastreites, der in seiner ganzen grundsätzlichen und tatsächlichen Bedeutung wohl noch nicht vollständig gewürdigt ist. Er kann über den Ausbruch des russisch-japanischen Krieges trösten, um so mehr als nicht, wie aus diesem das Gute, aus ihm das Böse sich entwickeln kann.

(Ein zweiter Artikel folgt.)

Das Urteil im Venezuela-Schiedsgericht.

Am 22. Februar, am Washingtontag der Friedensgesellschaften, wurde das Urteil in der bekannten Venezuelaaffäre gesprochen. Den Blockademächten wurde das Recht einer Vorzugsbehandlung bei Begleichung ihrer Forderungen seitens Venezuela zugesprochen.

Das Urteil des Schiedsgerichtes ist allgemein missverstanden worden. Die Schiedsgerichtsgegner triumphieren, weil sie darin eine Anerkennung der durch Kriege geschaffenen Rechte seitens des Schiedsgerichtes erblicken, und sogar ein Blatt wie die Frankfurter Zeitung schreibt: „Das, was das Urteil ausspricht, ist eigentlich nichts anderes, als eine neue Anerkennung der uralten Maxime des Völkerrechts, dass mit dem glücklichen Krieg feste, unverbrüchliche Rechte erworben werden." Einstimmig wären die Schiedsrichter zu der Ansicht von der Gültigkeit des alten Prinzips gelangt.

Dem gegenüber sei aus der Begründung des Urteils hervorgehoben, dass sich der Gerichtshof als nicht zuständig erklärte, zu entscheiden, ob die drei Mächte alle friedlichen Mittel erschöpft hatten, um die Anwendung der Gewalt zu verhindern. Hingegen konnte der Gerichtshof feststellen, dass Venezuela seit dem Jahre 1901 den ihm wiederholt, namentlich in der Note vom 16. Juli 1902, seitens Deutschland angebotenen schiedsrichterlichen Vergleich abgelehnt hatte.

Hiermit ist ausdrücklich erklärt, dass aus dem kriegerischen Vorgehen der Blokkademächte für diese keine Rechte deduziert wurden. Der springende Punkt für das Urteil lag auf ganz anderem Gebiete. Ich gebe im nachstehenden das Ergebnis einer Unterredung wieder, die ich kürzlich mit einer Persönlichkeit gehabt habe, die an der Urteilsfindung direkt beteiligt war. Die Auskunft, die mir auf meine direkte Frage zuteil wurde, ob das Urteil eine Billigung des gewaltsamen Vorgehens der Blockademächte, eine Anerkennung des Krieges involviere, lautet folgendermassen:

„Am massgebendsten war für das Schiedsgericht der Umstand, dass Venezuela den Blockademächten das Vorzugsrecht in den Vorverhandlungen versprochen hat, indem es ausdrücklich erklärt hat, dass „alle Ansprüche“ aus diesen Zöllen befriedigt werden sollen, welche Aeusserung, da sie einem der Vertreter der Blockademächte gegenüber abgegeben wurde (dem englischen Botschafter Sir Michael H. Herbert), von diesem nur in dem Sinne verstanden werden konnte, dass sie sich auf alle „ihre“ Ansprüche beziehe, während Venezuela später den Versuch machte, dieses Zugeständnis so zu deuten, als wenn es damit die Befriedigung der Forderungen aller Staaten aus den Zolleinnahmen versprochen hätte. Dies trifft aber nicht zu, da, als die in einem Bericht vom 23. Januar gemachte Zusage abgegeben wurde, von den Forderungen der anderen Mächte noch keine Rede war.

Diese Rücksicht auf die Aufrichtigkeit, die die internationalen Beziehungen beherrschen soll, hat das Schiedsgericht zu seinem Urteil in erster Linie veranlasst, **in keinem Falle aber die wiederholt in der Presse ausgesprochene Vermutung, dass die seitens der Blockademächte angewandte Gewalt diesen irgendwie ein Vorrecht zuwies.** Diese Behauptung beruhe durchwegs auf irriger Auffassung.

Auch die vielfach vorgebrachte Ansicht, dass der zwischen Japan und Russland ausgebrochene Krieg das Urteil beeinflusst habe, ist gänzlich falsch, da das Urteil notorisch schon im November feststand, und nur die formalen Ausführungen längere Zeit in Anspruch nahmen.“

Im weiteren Verlauf meiner Unterredung mit der betreffenden Persönlichkeit erhielt ich noch nachstehende nicht uninteressanten Aufschlüsse:

„Der ganze Streitfall war weniger für die, die Gleichberechtigung bei der Schuldentilgung fordernden, Mächte von praktischer Bedeutung, als für Venezuela. Hätte das Schiedsgericht den Blockademächten keine Vorzugsberechtigung zugesprochen, so hätten sich die andern Mächte damit zufrieden gegeben, nunmehr aber werden auch sie von Venezuela ein Pfand für die spätere Befriedigung ihrer Forderungen auf diplomatischem Wege versuchen, was für die Finanzen der Republik nicht ohne Einfluss sein dürfte.

Was die Verteilung der Kosten auf alle Teilnehmer anbelangt, so ging das Schiedsgericht von dem Gesichtspunkt aus, dass in diesem Streite ein eigentlicher unterliegender Teil nicht vorhanden war, dass die Nicht-Blockade-Staaten im guten Glauben handelten, wenn sie ihre Gleichberechtigung mit den Blockadestaaten forderten. Im übrigen dürften die Kosten, wenn man von den von jeder Regierung selbst zu bezahlenden Kosten ihrer Anwälte absieht, sehr geringe sein.“

Kriegsbriefe eines Pacifisten.

I.

So ein Krieg setzt die ganze Welt in Erregung; ein jeder sucht dabei, je nach seiner Veranlagung und Situation, etwas Interessantes, etwas Nützliches herauszuschlagen. Der Kulturhistoriker erblickt darin den Zusammenprall zweier Kulturen, der Rassentheoretiker den Zusammenprall der Rassen, der Börsenspekulant erneute Chancen für gewagte Spekulationen, der Soldat die Erprobung von Systemen, die bei den schönsten Manövern im Frieden nicht durchzuführen wäre, der Diplomat eine willkommene Verschiebung des Kräfteverhältnisses der Staaten, der Gläubige einen Beweis für den Zorn Gottes über die böse Menschheit, der Schuljunge einen politischen Vorwand für seine täglichen Raufereien, der Journalist eine Versicherung gegen die saure Gurke und die Waffenfabriken Aussicht auf ein blühendes Geschäft. Von all diesen Interessenten ist aber keiner so sehr an den Ereignissen des Krieges beteiligt, wie der Anhänger einer internationalen Rechtsordnung, wie der Verteidiger des Grundsatzes, dass das Recht über der Gewalt stehen müsse, und dass die Kriege mit fortschreitender Gesittung immer widersinniger, immer zweckloser und immer vermeidlicher werden.

Wohl keiner der Interessenten wird aber auch bei einem Kriege, wie jener, der eben zwischen Russland und Japan entbrannt ist, mehr auf seine Kosten kommen als gerade der Pacifist. So grausam es auch erscheinen mag, er sieht in jenem Ausbruch der Gewalt, in jenen Blutorgien und Massenmorden in den fernen Gewässern und an den fernen Küsten des äussersten Ostens eine ununterbrochene Serie von Beweisen zugunsten seiner Lehren, zugunsten seiner Propaganda, er erblickt darin eine unbezahlbare Weltreklame für seine Ideen. Wie töricht ist es von den Anhängern des „ewigen Krieges“, von einem Bankrott der Pacifisten zu sprechen. Sind Koch und Behring bankrott, weil die Schwindsucht noch täglich ihre Opfer fordert, werden unsere Bakteriologen verhöhnt werden, wenn heute oder morgen die Pest an den Toren Europas pochen würde? Sind die Hunderte eitle Toren, die heute an der Bekämpfung des Krebses arbeiten, weil diese Geissel der Menschheit noch un-

eingeschränkt ihre Opfer hinwegrafft? Wem würde es einfallen, das zu behaupten? Und befinden sich die Pacifisten nicht in derselben Situation wie jene Gelehrte, deren eifriges Bemühen von der ganzen Menschheit anerkannt und unterstützt wird, wenn es ihnen auch nicht auf den ersten Hieb gelang, den alten Feind vollständig zu beseitigen?

Wir Pacifisten wollen den Krieg beseitigen wie die Behring und Koch die Schwindsucht und die Adamkiewicz und Doyen den Krebs, und zahlreiche andere die Pest und die Cholera, und wir sind in unserer Arbeit schon weit genug gediehen. Es ist uns gelungen, den Krankheitserreger zu entdecken, bekanntlich der schwerwiegendste Schritt zur Bekämpfung einer Krankheit. Es ist uns gelungen, die hygienischen Erfordernisse aufzustellen, die dem Kriegsbazillus das Leben versauern und seine Wirkungskraft lähmen, aber wir haben noch nicht den Erfolg dass diese hygienischen Massnahmen überall eingehalten und respektiert werden.

Die Dinge liegen bei uns ganz anders als bei den Bekämpfern der grossen Seuchen. Diese haben ein leichteres Spiel. Die Psyche der Zeit kommt ihnen zur Hilfe, die schon so weit entwickelt ist, dass die Menschen ohne Unterschied ihrer Stellung und ihrer Bildung anerkennen, dass eine Krankheit ein Unglück sei, das man bekämpfen müsse. Wir haben mit unseren Zeitgenossen noch darüber zu streiten, dass der Krieg ein Uebel ist, und müssen uns ihre Gegenargumente gefallen lassen, dass er ein Gut, eine Wohltat, eine Förderung der Menschheit bedeutet. Wären unsere Bakteriologen einige hundert Jahre früher zur Welt gekommen, so hätte man sie ebenso verlacht in ihrem Bestreben, wie man dies heute den Pacifisten gegenüber tut. Damals war man der Ansicht, dass auch die Pest etwas Gutes ist, dass Krankheit ein Element der göttlichen Weltordnung sei, und man hätte die frechen Mikroskopforscher, als Eingreifer in diese göttliche Weltordnung, auf den Scheiterhaufen geschleppt und zur Hölle befördert.

Dass einst die Auffassung über Krankheiten dieselbe war, wie heute noch die Auffassung über die Nützlichkeit und Notwendigkeit des Krieges, beweist ein von unseren Anti-Pacifisten mit Vorliebe zitierter Satz unseres Schiller:

„Der Krieg ist schrecklich wie des Himmels Plagen,
Doch ist er gut, ist ein Geschick wie sie“,

heisst es im Wallenstein. Unsere Kriegsanhänger glauben heute sicherlich nicht mehr daran, dass des „Himmels Plagen“ gut und ein Geschick seien, dem man sich fügen müsse. Sie sind Mitglieder der Vereine zur Errichtung von Schwindsucht-Heilstätten, sie tanzen auf Kränzchen zur Bekämpfung des Lupus, aber sie wollen sich um keinen Preis in die Friedensgesellschaften einschreiben lassen, denn dass der Krieg „gut“ und ein „Geschick“ ist, gegen das man nicht ankämpfen kann, auch nicht ankämpfen darf, weil es „vom Himmel“ kommt, das glauben diese Zeitgenossen noch immer. Die Menschheit ist für unsere Lehre nicht im selben Masse entwickelt als für die Lehre unserer grossen Aerzte. Die Psyche des Menschen hat sich eben ungleich entwickelt. Sie ist so weit gediehen, um zu erkennen, was dem leiblichen Ich, dem Individuum schadet, sie ist noch nicht so weit, um zu erkennen, was der sozialen Individualität, was der Gemeinschaft schadet, und nimmt da noch immer einen Nachteil für einen Vorteil, etwas Abänderliches für eine Himmelsfügung.

Darum sind wir Pacifisten gar nicht unzufrieden damit, wenn irgendwo und irgendwann die Kanonen donnern. Ein drastischeres und wirkungsvolleres Erziehungsmittel können wir uns gar nicht wünschen. Was unsere Theorien nicht bewirken, bewirken heute die Torpedos der Japaner, die Seeminen der Russen. Wer unsere Lehre von der Einheit des sozialen Körpers der Kulturmenschheit nicht begreift, wird für das Erfassen dieser Wahrheit prädestiniert, wenn er sieht, dass die Schüsse in Port Arthur auch die Tramwayaktien in Berlin zum Fallen bringen, wenn er die wirtschaftliche Deroute sehen wird, die sich über ganz Europa breiten muss, wenn er erfahren wird, dass die von heimkehrenden Kriegern in Warschau eingeschleppte Cholera sich um die Zollgrenze von Oesterreich und Deutschland nicht kümmern wird.

Wir Pacifisten haben schon längst den Standpunkt überwunden, unser Antlitz zu verbergen und heisse Tränen über die Dummheit der Menschen zu vergiessen, die unsere Worte nicht hören und unsere Mahnungen nicht beherzigen. Nein, wir sind praktisch geworden. Erstens sind wir heute schon zahlreich und stark genug, dass man unsere Stimme vernimmt und unserem Gebaren mehr Aufmerksamkeit zuwendet, zweitens haben wir erkannt, dass die positive Arbeit das beste Mittel ist, Ideen zu verbreiten. Der Krieg ist für uns nicht mehr das Entsetzliche. Er liefert uns den Kadaver, aus dem wir unsere Präparate machen, die wir dann in unseren Museen ausstellen. Hat einmal der famose Freiherr von Stengel, Deutschlands Bock in dem Garten der Haager Konferenz, die Behauptung aufgestellt, dass der Krieg unter anderen Vorteilen, die er zeitigt, auch die Kriegschirurgie fördere(!), so können wir mit etwas mehr Berechtigung sagen, dass der Krieg jedenfalls in der einen Beziehung Vorteile zeitigt, als er die Friedensidee festigt und die Achtung vor dem internationalen Recht erhöht.

Gerade in letzterer Beziehung haben wir schon sehr schöne Beweise zu erbringen. Das Rundschreiben des Grafen Lamsdorff an die Mächte über die Verletzungen des Völkerrechtes seitens der Japaner ist ein grossartiges Dokument für unsere Sache. Es gibt also ein Völkerrecht, das hoch erhaben über aller Gewalt steht, denn eine grosse Macht beklagt sich über dessen Verletzungen mitten unter dem Donner der Kanonen. Es gibt aber auch einen Areopag, der zur Wahrung dieses Rechtes eingesetzt ist, denn der russische Minister wendet sich an die zivilisierten

Grossmächte mit einer Klage. Russland will sich der Sympathien dieser Mächte vergewissern, indem es das rechtsbrecherische Japan verklagt.

Merkwürdig! Nur eines hat der Herr Minister Lamsdorff vergessen. Die internationalen Regeln, auf die er sich in seinem Rundschreiben beruft, sind zum Teil bis vor kurzem nur Gewohnheitsrecht gewesen. Seit den Tagen der Haager Konferenz sind die Kriegsregeln gesetztes Recht geworden, das feierlich niedergeschrieben wurde in dem Schlussakt vom Haag vom 29. Juli 1899. In diesem Schlussakt befinden sich aber noch andere Bestimmungen, die von der „friedlichen Beilegung internationaler Streitigkeiten“ handeln. Im Artikel 2 dieser Bestimmungen kamen die Signatarmächte dieses Abkommens, zu denen auch Russland und Japan gehören, überein, „ehe sie zu den Waffen greifen“, die guten Dienste und die Vermittelung einer oder mehrerer befreundeter Mächte in Anspruch zu nehmen. In Artikel 9 dieses Abkommens verpflichten sich die Signatarmächte, für Streitigkeiten, die auf diplomatischem Wege nicht zu regeln waren, eine internationale Untersuchungskommission einzusetzen, um die Streitfrage beizulegen und den Tatbestand aufzuklären. Im Artikel 16 bezeichnen die Signatarmächte in Fragen über die Auslegung von Staatsverträgen (um solche Fragen handelte es sich bekanntlich im russisch-japanischen Konflikt) das Schiedsverfahren als das wirksamste Mittel, Streitfälle beizulegen, die auf diplomatischem Wege nicht mehr beizulegen waren.

Diese Abkommen sind Völkerrecht, mindestens ebenso Völkerrecht, wie die von Japan verletzten Kriegsregeln. Es ist aber Graf Lamsdorff nicht eingefallen, zu bekennen, dass er durch Ausserachtlassung dieser Bestimmungen sich selbst, ebenso wie es Japan tut, eines Bruches des Völkerrechtes schuldig gemacht hat und vor allen Dingen einen Vertrag gebrochen hat, der ihn den 25 anderen Kontrahenten der Haager Konventionen gegenüber als einen Vertragsbrüchigen erscheinen lässt. In jenem Vertrage wurde nämlich die „Solidarität, die die Mitglieder der Gesellschaft der zivilisierten Staaten zusammenschliesst“, zu Eingang ganz besonders hervorgehoben. Die moderne Staatsmoral ist ein komisches Ding. Die souveränen Staaten halten sonst ihre Ehre so hoch, dass sie sich keinem Vertrage unterwerfen wollen, der sie in Ehrenfragen bindet, gleichzeitig halten sie es aber mit ihrer Ehre vollkommen übereinstimmend, dass man einen feierlich geschlossenen Vertrag nicht zu halten braucht.

Allerdings huldigen die übrigen Haager Kontrahenten, die neutralen Staaten in diesem Kriege, derselben zweifelhaften Auffassung über die „Ehre“. Sie sind ebenfalls Unterzeichner dieses Haager Abkommens, wo sie es im Art. 27 als ihre Pflicht bezeichnet haben, für den Fall, da ein Streit zwischen zweien etc. von ihnen auszubrechen droht, jene daran zu erinnern, dass ihnen die Anrufung des permanenten Gerichtshofes offen steht, und ihnen die Bestimmungen der Haager Konvention ganz besonders ins Gedächtnis zu rufen. Sie sicherten sich die Ausübung dieser Pflicht, indem sie ausdrücklich bestimmten, dass diese Erinnerung niemals als eine unfreundliche Handlung angesehen werden dürfe. Hat man je etwas davon gehört, dass sich einer der 24 an dem Kriege nicht beteiligten Staaten, die die Haager Konvention unterzeichnet haben, an diesen Artikel erinnert und seine Pflicht erfüllt hätte.

Hier liegt nach dem geschriebenen Recht eine Pflichtverletzung vor, die die Staaten mit ihren Ehrbegriffen für vereinbar halten. An diese 24 Staaten, die offenkundig ihre Pflicht nicht erfüllt haben, die sich über einen geschriebenen Vertrag leichtfertig hinweggesetzt haben, wendet sich nun der russische Minister des Aeusseren, um Japan zu verklagen, dass es das Völkerrecht nicht peinlichst genau respektiere!

Wahrlich, es ist schwer, Satiren nicht zu schreiben. Aber wir haben unsere Freude daran. Jede Rechtsverletzung rächt sich, und wir sehen die Rache in der Klage Lamsdorffs, in dem Zorn Russlands über das verletzte Recht, das ihm greifbaren Schaden zugefügt hat, und wir hoffen, dass derartige Erfahrungen nur dazu beitragen werden, das Völkerrecht ebenso ehern und unrüttelbar fest zu gestalten, wie es das bürgerliche Recht innerhalb der Kulturstaaten ist.

II.

Einen gewissen Trost für die Friedensfreunde bietet die Tatsache, dass Russland mit dem Ausbruch des Krieges offensichtlich nicht gerechnet hat. Seine mangelhafte Bereitschaft beweist dies. Das ist keine Nachlässigkeit, kein Leichtsinn, das ist ein sicheres Anzeichen, wie stark die friedenstreibenden Mächte schon sein müssen, wenn sie einem so grossen Staatswesen in so kritischen Momenten den Glauben an den Krieg rauben konnten. Wie zuversichtlich man in Russland an die Abwendbarkeit des Krieges glaubte, beweist mir eine von äusserst autoritativer Seite gemachte Mitteilung, wonach am 6. Februar um 2 Uhr nachmittags der russische Völkerrechtsgelehrte Martens eine lange Konferenz mit dem Minister Lamsdorff gehabt hat, in der über eine event. Vermittelung fremder Staaten beraten wurde. In dieser Konferenz wurde die Sache als durchaus nicht eilig hingestellt. Einige Stunden später überreichte der japanische Gesandte sein Abberufungsschreiben. Ohne Russland als ganz schuldlos in diesem Kriege hinzustellen, muss man doch zugeben, dass es ehrlich bemüht war, den Krieg zu vermeiden, dass nur die Ränke einer russischen Kriegspartei und das Asiatentum Japans die Wendung zum Schlechten beschleunigt haben.

Immerhin wäre es leicht möglich gewesen, dass der Krieg vermieden worden wäre. Die Chancen der

Friedfertigkeit standen gut, die Propaganda der Friedensbewegung hatte die russischen Diplomaten bereits fühlbar beeinflusst. Natürlich wäre es dann in den Augen der Kiegsanbeter nicht ein Verdienst der Friedensbewegung gewesen, dass der Krieg vermieden worden wäre. Wie recht hat Fred. Passy, wenn er im Siècle schreibt, dass die Bestrebungen der Friedensfreunde nicht immer zum Ziele gelangen, dass sie aber nichtsdestoweniger sehr oft dieses Ziel erreichen, nur dass man sich dann keine Rechenschaft darüber ablegt, dass es die Friedensfreunde gewesen sind, die den Krieg verhütet haben. „Man sieht die Kriege, die zu verhindern uns nicht gelang, aber man sieht jene nicht, die wir verhindert haben". In der Tat können wir die beruhigende Ueberzeugung haben, dass die pacifistische Macht heute schon sehr gross ist, und die ganze Vorgeschichte dieses ostasiatischen Krieges beweist uns die Grösse dieser Macht.

Während nun die entscheidenden Ereignisse auf dem Kriegsschauplatze auf sich warten lassen, spricht man bereits von Vermittelung und Beilegung des Konfliktes, sobald Russland irgend eine entscheidende Schlacht gewonnen hat. Man glaubt nämlich in diplomatischen Kreisen, dass der Ehre erst „Genüge geschehen müsse", ehe man den Streitenden einen Friedensschluss zumuten dürfe. Später einmal wird es einer Grossmacht keinen Abbruch an ihrer Ehre tun, wenn sie zum Gegner sagen wird: „Sieh her, ich habe um soviel mehr Soldaten wie du, ich habe um soviel mehr Schiffe, ich habe um soviel mehr Kredit. Du kannst mich lange schädigen, kannst mir den Kampf sehr heiss machen, aber besiegen kannst du mich doch nicht. Sparen wir das Leben unserer Söhne und die Güter unserer Untertanen und machen wir Frieden. Ich stelle diesen Antrag nicht aus Schwäche, sondern eben gerade deshalb, weil ich mich als der Stärkere fühle..." Man würde dann eine solche Sprache nur vernünftig finden. Heute findet man es hingegen vernünftig, indem man sagt: Der Friede kann hergestellt werden, aber erst muss eine entscheidende Schlacht beweisen, dass einer der Stärkere ist. Es müssen erst 50000 oder 100000 Menschen auf beiden Seiten fallen, für 100 Millionen Werte zugrunde gehen, ein bisschen Cholera und Typhus auftreten und der Handel auf einige Jahre lahmgelegt werden, dann ist der Ehre Genüge geschehen, dann kann man die Vernunft walten lassen.

Wie die Dinge nun heute liegen hat es den Anschein, als ob es noch lange dauern wird, bis diese erste Entscheidung fallen wird. Europa tappt ganz im Dunkeln. Es hat keine Ahnung, was auf dem Kriegsschauplatz vorgeht. Die Blätter sind zwar voll vom „Kriege", sie müssen sich anstrengen, dafür zu sorgen, dass man den Wald vor Bäumen nicht sehe. Unter der Fülle von Nachrichten, die sie den Lesern täglich auftischen, fehlen bloss die Tatsachen. Gerüchte werden registriert, die einige Zeilen weiter unten wieder widerrufen werden. Aeusserungen unbekannter, sagenhafter Personen werden kolportiert, die durchweg als „autoritative Seiten", als „hohe Diplomaten", „Versierte Politiker" oder „Gute Kenner Ostasiens" legitimiert werden, ohne dass diese Aeusserungen etwas anderes bezwecken, als über die vollständige Nachrichtenleere hinwegzutäuschen. Im „Européen" spricht ein Journalist von einem „Nachrichten-Krach", der über die europäische Presse hereingebrochen ist, und der lediglich darin seine Ursache hat, dass weder Japaner noch Russen Berichte über tatsächliche Vorgänge durchgehen lassen, da sie mit Recht befürchten, dass diese Nachrichten binnen 24 Stunden im gegnerischen Hauptquartier anlangen müssen. Das Amt der Kriegsberichterstatter scheint einen folgenschweren Choc erlitten zu haben. Man duldete früher die „Herren der Presse", weil ihre Nachrichten keinen Schaden anrichten konnten. Heute, wo der Erdball ein nervendurchzogener einheitlicher Organismus ist, verbreiten sich diese Nachrichten zu schnell über die ganze Erde und gelangen auf ihrer Reise um die Welt auch direkt in das Lager des gegenüberpostierten Feindes.

Während nun die Tatsachen fehlen, sucht sich die Presse, die ihre Hauptaufgabe darin erblickt, ihren Lesern nur recht viel interessante kriegerische Details zum Frühstück vorzusetzen, mit dem selben Mittel zu helfen, mit dem die Zirkusdirektoren die Pausen auszufüllen pflegen. Dort ist es der Clown, der die Menge unterhalten muss, hier ist es der jetzt so sehr beliebte „Militärische Mitarbeiter", der aus der Versenkung hervorsteigt und über die „eventuelle" Situation über die Chancen der Kriegführenden und über die „voraussichtlichen" Ereignisse zu kannegiessern hat. Im übrigen gibt man sich in der Presse auch sehr gelehrt und unterhält das Publikum auch mit völkerrechtlichen Exkursen. Ueber das „Recht der Neutralen", über den „Begriff der Konterbande", über den „Kaperkrieg" und über „Prisengerichte" und auch darüber, ob es noch „modern" ist, Kriege zu erklären oder ob man nach dem dernier cri de la guerre die Feindseligkeiten auch ohne direkte Erklärung anfangen dürfe, werden ganze Spalten gefüllt. Doch von dem Rechte, das mit uns geboren ist, von dem ist leider auch hier nicht die Frage. Hat man in unseren Blättern schon einmal eine pacifistische Stimme vernommen, schon einmal die „Haager Bestimmungen zur friedlichen Beilegung internationaler Streitigkeiten" erörtert gesehen, von der „Pflicht" der Neutralen zur Vermittelung etwas gehört? Soweit mein Auge den Blätterwald durchstreifte, habe ich davon nichts vernommen.

Noch einige bezeichnende Facta seien erwähnt: Eine russische Grossfürstin hat fahrbare Kirchen konstruieren und nach dem Kriegsschauplatz entsenden lassen.

In den orthodoxen Kirchen des Auslandes fanden Bittgottesdienste für den Sieg der russischen Waffen statt. Wie sagt der deutsche Dichter: „— — Schweigt still mit eurem Christentum, gepredigt aus Kanonenschlünden."

A. H. F.

Friedensfreunde über den russisch-japanischen Krieg.

Fred. Passy, Baron d'Estournelles, Prof. Hofrat Lammasch an Baronin Bertha von Suttner.*)

Fred. Passy schreibt:

Paris, 20. Februar 1904.

Verehrte Freundin! Ich schicke Ihnen einige Zeilen für Ihre Versammlung des 22. Februar. Man muss den universellen Charakter dieser Manifestationen hervorheben; bis zur Einsetzung der Staatenföderation bilden wir die Föderation der Arbeiter an dem zukünftigen Reich des Rechts und des Friedens. Es bleibt noch viel zu tun, um dieses Reich aufzubauen, und wie schmerzlich ist die gegenwärtige Stunde für jene, die die Grundlagen dazu vorbereiten! Und dennoch: wenn wir zu unseren Anfängen zurückblicken, wie haben sich die Dinge doch verändert. Wiegen wir uns nicht in Illusionen, glauben wir nicht in manchen günstigen Augenblicken, dass die Aufgabe schon vorgeschrittener ist, als sie es in Wirklichkeit ist, aber verlieren wir nie den Mut, und seien wir überzeugt, dass trotz der Rückfälle von Wahnsinn und Barbarei das Werk sich allmählich vollendet. Lassen wir uns niemals, verehrte Freunde (ich wende mich an alle österreichischen Mitarbeiter), lassen wir uns niemals durch das bestehende Uebel irremachen; denken wir, neben diesem Uebel, das wir sehen, an das Gute, das wir nicht sehen, und das doch vorhanden ist, sowie an das Gute, das, Gott sei Dank, auch schon sichtbar ist. Von derselben Trauer erfüllt — der russisch-japanische Krieg ist ein schwerer Trauerfall für uns —, aber von gleicher Zuversicht durchdrungen, harren wir, trotz aller Prüfungen und Schwächen, in unserer heiligen und mühevollen Kampagne aus; die Menschheit fängt an, zu verstehen, und sie wird endlich so zu sprechen wissen, dass sie gehört werde.

In alter, treuer Freundschaft

Frederic Passy."

Herr d'Estournelles schreibt:

„Paris, Chambre des députés, 19. Februar 1904.

Liebe gnädige Frau und Freundin! Ebenso wie Sie finde ich den russisch-japanischen Krieg sehr beklagenswert; er verschafft dem allgemeinen Militarismus ein Argument und eine momentane Kräftigung: ich sehe aber gar nichts darin, was die Verfechter der internationalen Arbitrage entmutigen sollte. Wie? Es gelingt uns nicht, die augenscheinliche Notwendigkeit des Friedens den europäischen Nationalisten begreiflich zu machen, und mit einem ihrer würdigen Mangel an Logik werfen sie uns vor, dass wir verfehlten, ihre japanischen Schüler zu überzeugen! . . . Wie alle nationalistischen Entrüstungen, ist auch diese etwas komisch.

*) Diese Briefe erhielt Baronin v. Suttner aus Anlass der Generalversammlung der Oesterreichischen Friedensgesellschaft, wo sie zur öffentlichen Verlesung gelangten.

Seit 30 oder 40 Jahren, uns zum Trutze, hat sich Europa heiss bemüht, Japan zu militarisieren; es hat die Japaner in der Kriegskunst unterwiesen, es hat sie von allen ihren traditionellen Industrien abgewendet, es hat sie bewaffnet, exaltiert, mitgezogen, und jetzt staunt es, dass diese guten Schüler darauf brennen, ihrem Meister Ehre zu machen. Das uneinige Europa kann nur das Schauspiel der Zerfahrenheit und der Anarchie bieten gegenüber den neuen Welten, die im Erwachen sind.

Wo wären wir, wenn zu dem gegenwärtigen Kriege noch die Komplikation der alten anglo-französischen Feindseligkeit, käme und wenn die Mehrzahl der zivilisierten Völker nicht endlich auf die Worte der Besänftigung und Versöhnung gelauscht hätten, welche von Aposteln wie Sie seit so lange und mit so fester Beständigkeit ausgesprochen werden?

Ihr freundschaftlich ergebener

d'Estournelles de Constant."

Professor Lammasch schreibt:

„Im Haag, 20. Februar 1904.

Hochgeehrte Baronin! Am 22. d., an dem alle Friedensgesellschaften gleichzeitig Versammlungen abhalten, wird heuer hier der Schiedsspruch in der Venezuela-Angelegenheit promulgiert. Es ist dies der zweite Schiedsspruch, der von der 1899 eingesetzten cour permanente ausgeht; der erste, der in einer Sache gefällt wird, in der bereits die Kanonen gesprochen hatten. Als ein erfreuliches Zeichen des Fortschreitens der Friedensidee möchte ich hervorheben, dass die erste Anregung zur schiedsgerichtlichen Austragung dieser Angelegenheit von jener Macht ausging, die 1899 der Einsetzung des permanenten Schiedsgerichtshofes so lange widerstrebt hatte. In der Tat hat das Deutsche Reich schon am 16. Juli 1901 der venezolanischen Regierung den ganz bestimmt formulierten Antrag gemacht, die Frage durch die cour permanente d'arbitrage international im Haag entscheiden zu lassen. Aber Venezuela wollte damals, anderthalb Jahre vor dem Bombardement seiner Festungen, von gerichtlicher Austragung nichts wissen.

Ein bedauerliches Zusammentreffen ist es freilich, dass gleichzeitig mit der friedlichen Schlichtung dieser Frage zwischen jener Macht, von der die Anregung zur Friedenskonferenz von 1899 ausgegangen, und einem anderen Staate, der auf derselben vertreten, wenn auch an ihr nicht ernstlich beteiligt war, ein Krieg ausgebrochen ist. Meiner Ueberzeugung nach beweist diese an sich beklagenswerte Tatsache jedoch nichts dagegen, dass die Schiedsgerichts- und Friedensidee in den Staaten, die auf der Kulturgrundlage des Christentums fussen, in stetigem Fortschreiten zu ihrem endlichen Siege sich befindet. Vielleicht hätte der Ausbruch jenes Krieges noch durch eine Reihe von Jahren hinausgeschoben werden können, wenn auf der einen Seite so viel Friedensliebe gewesen wäre wie

auf der anderen. Für die schliessliche Entwicklung aber war ein blutiger Zusammenstoss zwischen unserer, auf der Antike, dem Christentum und moderner Naturerkenntnis beruhenden Zivilisation und der auf ganz anderer Grundlage fussenden Kultur des fernen Ostens seit dem Tage unvermeidlich geworden, an dem die Habsucht Europas und Amerikas jene Länder des fernen Ostens gezwungen, ihre zu unserm Glück bis dahin geschlossenen Häfen zu öffnen und sich den äusseren Schliff unserer Gesittung anzueignen.

Gegenwärtig ist es das an dieser Tatsache schuldlose Russland, dem der Krieg aufgezwungen worden; aber in nicht zu ferner Zeit werden auch jene Staaten, von denen der Eintritt nach China und Japan erzwungen wurde, die heute noch in blinder Schadenfreude jenem Kampfe zusehen, in diesen Konflikt hineingezogen werden, der ebenso unvermeidlich ist, als der Kampf der Völkerwanderung und die Kriege gegen den Islam waren. Solche Kämpfe zu hindern, war von vornherein nicht die Aufgabe des Schiedsgerichtshofes. Wohl aber werden diese Kämpfe die Staaten Europas und Amerikas, die auf gemeinsamen Kulturgrundlagen fussen, dazu einigen, ihre geschwisterlichen Streitigkeiten auf friedlichem Wege zu begleichen. Möchte wenigstens dies bald geschehen!*)

Mit diesem Wunsche verbleibe ich, hochgeborene Baronin, Ihr ergebenster

Lammasch."

Randal Cremer

äussert sich in seiner Zeitschrift „The Arbitrator":

„Vor ungefähr zwei Jahren hat unsere Regierung, ohne nur das Parlament zu konsultieren, einen Vertrag mit Japan abgeschlossen. Wäre dieser Vertrag nicht gemacht worden, so wäre Japan nicht so hartnäckig gewesen, und es hätte keinen Krieg gegeben. Ich glaube, dies ist die Ansicht jedes unparteiischen Beobachters. Das einzig Gute, das unsere Regierung in letzter Zeit vollbracht hat, ist der Schiedsgerichtsvertrag mit Frankreich. Aber es ist nur wenig Zweifel, dass sie dies nicht getan hätte, wäre nicht die ausserordentliche Pression des Königs Eduard gewesen. Russland und Japan sind nun im Kriegszustande trotz der angestrengten Versuche des Zaren, den Krieg zu verhüten. Dass die Kriegspartei in Russland gesiegt hat, ist nicht zu verwundern, denn jedesmal, wenn es hiess, dass Russland nur die kleinste Konzession an Japan machen wolle, so beeilte sich die englische Presse, mit wenigen Ausnahmen, statt Russland zu loben, dass es den Frieden wahren wollte, und statt zu urgieren, dass die strittigen Punkte vor das Haager Tribunal gebracht werden, Russland als „bergabsteigend", als „zu furchtsam, sich zu schlagen" usw. darzustellen. Die Ruchlosigkeit der „Crimson Press" in unserem Lande erfüllt uns mit Ekel und Scham, und wir können unsere kontinentalen Freunde versichern, dass unser Volk dafür nicht verantwortlich ist."

J. Gaillard

sagt in der „Indépendance Belge":

„Die Friedensgesellschaft vermochte nicht die Welt, die Menschen, die Regierungen, ihre Torheit und ihren Wahn von heute auf morgen umzuwandeln. Sie konnte nicht mit einer Handbewegung die Eitelkeiten, die Eigenliebe, den Stolz und Ehrgeiz der Völker und vor allem der Regierungen beseitigen. So passierte es, dass diese Eigentümlichkeiten wieder einmal aneinanderplatzten."

*) Sobald dies aber geschehen, wird die Macht der geeinigten Kulturstaaten so gross sein, dass sie solche Kämpfe durch ihre blosse Autorität werden hindern können. Aufgabe des Schiedsgerichtshofes kann es wohl nicht sein, diese Kämpfe zu beseitigen, aber es wird die Wirkung dieser Institution sein, die Kulturmächte zu jener Aufgabe zu befähigen. Konflikte, die früher unvermeidlich waren und es jetzt noch sind, werden durch die Sieghaftigkeit der Kultur vermeidbar sein. Nur die Zersplitterung Europas macht diese Kriege heute noch möglich.
Die Red. d. Fr.-W.

Die Unkosten der Weltgeschichte.

Unlängst hat Jules Roche im Pariser „Figaro" eine Studie über die Kosten des Zukunftskrieges veröffentlicht. Wenngleich sich diese Daten hauptsächlich auf Frankreich und auf französische Verhältnisse beziehen, so bieten sie doch einige Anhaltspunkte für den Kostenvoranschlag des russisch-japanischen Krieges. Nach dem Statistiker des französischen Blattes, der seine Daten neben verschiedenen offiziellen Aktenstücken dem Buche Freycinets „La Guerre en province" entnimmt, beliefen sich während der Periode vom 15. September 1870 bis zum 10. Februar 1871 die durchschnittlichen Kosten pro Soldat und pro Tag 10 Frcs. 1877 bis 1878 gab Russland im Kriege gegen die Türken dasselbe aus. Gegenwärtig, nimmt Roche an, würde dieser Aufwand nicht hinreichen. Die Kosten wachsen nämlich um so mehr, je grösser die Differenz zwischen der Friedens- und Kriegsstärke einer Armee ist. Heutzutage müsste man die Kosten eines jeden Soldaten, der im Felde steht, pro Tag auf 15 Frcs. veranschlagen, wenn alle direkten und indirekten Ausgaben berücksichtigt werden. Nach dieser Berechnung würden den Russen, die ca. 300000 Mann in der Mandschurei konzentriert haben, jeder Tag des Krieges auf 4500000 Frcs. zu stehen kommen, was sehr niedrig gegriffen ist, wenn man berücksichtigt, dass die Franzosen im Laufe des Monats Januar 1871 täglich zehn Millionen Francs für den Krieg verausgabten, und wenn man die Verluste, die dem Staate durch das Sinken des Kurses seiner Anleihen erwachsen, in Anrechnung bringt. Nimmt man in der Tat mit dem Pariser „Matin" an, dass in Frankreich ungefähr elf Milliarden Francs in russischen Werten plaziert sind, und dass diese bis jetzt durchschnittlich 5% eingebüsst haben, so ergibt sich schon hieraus ein Verlust von

reichlich einer halben Milliarde. Nun kommen dazu noch die gewaltigen Ausgaben der Mobilisierung, die sich im vorliegenden Falle jeder Berechnung entziehen. Einige Anhaltspunkte für die eventuellen Kriegskosten kann man auch den Erfahrungen des Transvaalkrieges entnehmen, der den Engländern rund 240 000 000 Lstr. oder sechs Milliarden Francs gekostet hat. Namentlich bieten die Transportverhältnisse eine gewisse Analogie. England musste seine Truppen über die See schaffen. Die Reise dauerte 20 Tage. Ebenso lange Zeit, wenn nicht mehr, braucht ein Militärzug, um von Moskau nach Port Arthur zu gelangen; nur sind die Kosten des Seetransportes geringer, als die Beförderung per Schienengeleise. Hier hören aber auch die Vergleichspunkte auf. Den Engländern standen undisziplinierte Freischaren entgegen, während Russland es mit einem wohldisziplinierten Heere zu tun haben wird. Endlich brauchten die Engländer keinen Seekrieg zu führen, der an Kostspieligkeit vielleicht den Landkrieg übertrifft, schon wegen des ungeheuren Geldwertes der Gefechtseinheiten. Die drei Panzerschiffe z. B., welche am nächtlichen Torpedo-Angriffe der Japaner beschädigt wurden, repräsentieren nach offiziellen Angaben einen Wert von mindestens 70 Millionen Mark.

Ueber die Kosten der Seekriege geben die Betrachtungen, die kürzlich eine englische Zeitschrift anstellte, einigen Aufschluss.

Während des letzten Krieges zwischen Spanien und Amerika überschüttete die „Brooklyn" das spanische Schlachtschiff „Viscaya" mit einem so tödlichen Regen von Geschossen, dass das letztere in wenigen Minuten am Meeresgrunde lag, als ein zertrümmerter und zusammengeschossener Wirrwarr von Eisenstücken. Im ganzen hatte die „Brooklyn" 618 Granaten auf die „Viscaya" abgefeuert; die Rechnung über die Zerstörung stellte sich folgendermassen: 141 achtzöllige Granaten jede zu 1000 M. = 141 000 M.; 65 sechszöllige, jede zu 420 M. = 27 300 M.; 12 Sechspfündergranaten, jede zu 20 M. = 240 M.; 400 Einpfündergranaten, jede zu 12,50 M. = 5000 M. So kostete das Geschützfeuer von fünf Minuten den Vereinigten Staaten 173 540 M., und während jeder Minute des Kampfes schleuderte die „Brooklyn" 123 Geschosse auf ihren Feind, die 34 700 M. kosteten. Wenn man dazu die Kosten der Beantwortung des Feuers seitens der „Viscaya" rechnet, so sieht man, dass die Schlacht zwischen den beiden Schiffen gegen 60 000 M. in der Minute gekostet haben kann. Man muss sich dabei erinnern, dass es auf keinem Schiffe möglich sein würde, alle vorhandenen Kanonen gleichzeitig zu benutzen, so dass ein grosser Spielraum für noch grössere Ausgaben gegeben ist, wenn ein Kriegsgenie in der Lage ist, die Streitkräfte eines Schiffes bis zum äussersten auszunutzen. Man betrachte einmal eines der erstklassigen englischen Kriegsschiffe, z. B. die „London", und überschlage die Kosten eines Kampfes von fünf Minuten, unter der Annahme, dass sie alle 46 Kanonen die ganze Zeit benutzen könnte. Die vier zwölfzölligen Kanonen der „London", die beiläufig nicht weniger als 4 400 000 M. kosten, feuern Panzergranatgeschosse, von denen jedes 385 kg wiegt und zwei in der Minute abgeschossen werden; jedes Geschoss mit seiner Pulverladung von fast 76 kg kostet 1600 M. So würden in einem Kampf von fünf Minuten diese vier zerstörenden Ungeheuer 40 Geschosse auf den Feind schleudern, die etwas mehr als 18 Tonnen wiegen und 64 000 M. kosten. Jede sechszöllige Kanone, von denen sie zwölf hat, kostet 75 000 M.; jede schleudert Granaten von $453^1/_2$ kg, die 280 M. das Stück kosten; in fünf Minuten eines schnellen und unausgesetzten Feuers würden diese Kanonen die feindlichen Schiffe mit einem Wirbel von Geschossen überschütten, die ungefähr $22^1/_2$ Tonnen wiegen und 137 760 M. kosten würden. Bis jetzt sind nur 16 von den 46 Kanonen in Betracht gezogen worden. Die „London" hat 16 Zwölfpfünder, und jeder kostet 11 100 M.; aus den Schlünden dieser Kanonen können in fünf Minuten nicht weniger als 960 Granaten geschleudert werden, die über $9^1/_8$ Tonnen Metall darstellen und 57 600 M. kosten. Jeder von den sechs Dreipfündern kann 30 Granaten in einer Minute senden, so dass während eines Kampfes von fünf Minuten sie allein schon Metall für 18 000 M. Wert auf den Feind feuern würden. Die acht Maximgeschütze würden einen Sturm von todbringenden Kugeln senden, die über 304 kg wiegen und 2800 M. kosten würden. So würde in einem Kampfe von fünf Minuten die „London", wenn sie alle ihre 46 Kanonen gebrauchen würde, weit über 50 Tonnen Geschosse entsenden, und die Kosten aller dieser Geschosse würden über 280 000 M. betragen. Der Fall ist, wie nicht noch einmal betont zu werden braucht, in Wirklichkeit so nicht möglich; aber die Berechnungen zeigen doch, welche enormen Summen eine moderne Seeschlacht erfordert, auch wenn nicht ein Verlust von Schiffsmaterial damit verbunden ist.

Aber nicht nur die materiellen Kosten der Kriege kommen hier in Betracht, sondern auch die Opfer an Menschenleben.

Der österreichische Generalstabshauptmann Berndt hat 1897 eine Schrift über die Zahl im Kriege veröffentlicht. Danach verloren im Krimkriege die Verbündeten 252 600, die Russen 256 000 Mann. Auf russischer Seite wurden vom September 1854 bis Oktober 1855 allein in der Krim 325 000 Mann verwendet; davon blieben im Kampf tot 21 000, verwundet wurden 92 400, von denen 14 700 den Wunden erlagen. Von Krankheit wurden nach und nach 322 100 befallen, wovon 37 500 Mann starben. Im Feldzug 1866 fielen 59 v. H. aller Toten der preussischen Armee Krankheiten zum Opfer, 1870/71 29 v. H. „Danach kann man ermessen," schreibt die „Voss. Ztg.", „welche grossen Menschen-

hekatomben dieser Krieg in Ostasien fordern wird. Mehr als das Feuer der Japaner, wird das rauhe Klima, die Unwirtlichkeit des Landes die Reihen der Russen lichten, und Krankheiten und Strapazen werden das übrige tun. Findet der Krieg nicht ein unerwartet schnelles Ende, so können auf die jetzigen russischen Nachschube fortgesetzt weitere folgen, und ist die Bahn zerstört, so heisst es, nach der Mandschurei marschieren, ein Unternehmen, das noch schwieriger sein kann, als es der Marsch Napoleons nach Moskau war. Daraus folgt, dass der jetzige Krieg voraussichtlich ausserordentliche Verluste an Menschen und Geld verursachen wird, Verluste, die auch nur annähernd abzuschätzen, heute noch unmöglich ist."

— Aber was schadet's! Der Krieg ist doch ein Stahlbad der Gesundung nach Ansicht unserer Gegner, ein Förderer der Kultur, der Erwecker aller Tugenden, und diejenigen, die die Welt von dieser geistigen Epidemie befreien wollen, die den Krieg als Wahnsinn erklären, sind eitle Schwärmer, Wolkenkukuksheimer und — konfuse Köpfe. — Sei's.

Zur deutsch-französischen Angelegenheit.

Der Beschluss des letzten Friedenskongresses, dass die deutsch-französische Annäherung auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses gelangen soll und dass das Berner Bureau die Frage zunächst studieren und diesem Kongress einen Bericht erstatten soll, dürfte in nächster Zeit die französischen und deutschen Friedensgesellschaften in weiteren Verbänden beschäftigen.

Die ständige Delegation der französischen Friedensgesellschaft hat in ihrer Sitzung vom 30. Januar das Programm der Tagesordnung für den nächsten, am 7. April und die folgenden Tage in Nimes stattfindenden nationalen Friedenskongress beraten. Es wurde auch ein Bericht über die Haltung der französischen Friedenspartei in der elsass-lothringischen Angelegenheit angeregt. Fred Passy, Charles Richet, A. Weiss und Spalikowsky wandten dagegen ein, dass es bedenklich wäre, neuerdings ähnliche Missverständnisse hervorzurufen, wie dies gelegentlich des Rouennaiser Kongresses der Fall war. Weiss und Richet verlangten kurz und bündig die Beseitigung oder die Vertagung der Diskussion. Lucien Le Foyer hingegen forderte diese namentlich im Hinblick auf den Fall Delsor, schlug jedoch vor, dass über die Haltung der Friedenspartei in der elsass-lothringischen Angelegenheit seitens der Delegation eine „Mitteilung" an den Kongress zu machen sei. Lucien Le Foyer wurde mit der Redaktion dieser Mitteilung betraut, die verlesen und nicht improvisiert werden solle, und es wurde beschlossen, über die Mitteilung weder eine Diskussion zuzulassen, noch eine Abstimmung vorzunehmen.

Im Européen vom 27. Februar protestiert der Heissspom Jouet gegen diesen „Ukas", wie er sich ausdrückt.

Am 20. März findet die Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft in Kassel statt. Auch auf der Tagesordnung dieser Versammlung steht die Diskussion der Rouennaiser Resolution. Die Generalversammlung der deutschen Friedensgesellschaft findet zeitlich vor dem französischen nationalen Friedenskongress statt. Es ist eine Angelegenheit des Taktes und der Taktik, dass auch die deutschen Friedensgesellschaften die heikle Frage nicht zu einer cause célèbre machen und den Gegenstand in öffentlicher Sitzung ohne Diskussion behandeln werden, dass man an eine andere Behandlungsmethode kaum denken kann. Es wäre zu traurig, wenn der deutschen Chauvinistenpresse wieder neuer Nährboden gegeben werden sollte, und die Rücksicht, die die Franzosen üben, ist einer anderen Rücksicht wert. Der Zentralvorstand hat sich ja sicherlich in dieser wichtigen Frage mit den Vorständen aller deutschen Friedensgesellschaften von vornherein geeinigt, so dass ja eine Diskussion schon aus diesem Grunde unnötig wäre. Es würde ebenfalls eine Mitteilung genügen, die die Generalversammlung einfach stillschweigend zur Kenntnis nimmt.

Der oben erwähnte Artikel Jouets, dessen Artikel im „Paix par le droit" in Deutschland so unangenehmes Aufsehen gemacht hat, ist übrigens in mannigfacher Weise interessant. Interessant schon im Hinblick auf den wenig versöhnlichen Ton, in dem der Artikel gehalten ist, das Wort „brutal" fehlt auch hier nicht, interessant ferner durch die Feststellung, dass die erneute Diskussion der Elsass-Lothringen-Sache der famosen „Deutsch-französischen Liga" zu verdanken ist. Gleichzeitig zeigt sich aber, dass der Schöpfer dieser Liga die Geister, die er rief, kaum los werden dürfte, denn Herr Jouet ist keineswegs mit einer Aufteilung der Reichslande nach Sprachgrenzen zufrieden, er verlangt die ganzen Reichslande im Austausch gegen eine Kolonie.

Eine Anregung Jouets ist aber besonders der Beachtung wert. Er beantragt, dass die Diskussion der peinlichen Frage nicht, wie in Rouen beschlossen wurde, auf dem nächsten Kongress stattfinden sollte, sondern erst auf dem übernächsten. Der Grund ist einfach. Der nächste Kongress wird etwas weit ab vom Schuss liegen und er wird von Europäern nicht genügend besucht werden, auch dürfte er bei dem geringen Interesse, das die Amerikaner naturgemäss der Frage entgegen bringen, deren Erörterung auch wenig Platz einräumen. Der übernächste Kongress des Jahres 1905 soll in Turin oder Lausanne stattfinden, und da würden diese Uebelstände alle fortfallen.

Ich glaube, wir deutschen Friedensfreunde könnten nur zufrieden sein, dass diese unerquickliche Frage möglichst weit von unserem Arbeitsgebiete zur Erörterung komme. Je weiter weg, desto geringer wird der Schade sein, den sie anzurichten vermag. Es dürfte daher das Beste sein, wenn man deutscherseits auf

den Wortlaut der Rouennaiser Resolution beharrt, die den nächsten Kongress mit der Erörterung der elsass-lothringischen Angelegenheit befasst.

Der Sekretär der deutsch-französischen „Liga" setzt seine Taktik, die deutsche Friedensbewegung zu schädigen, planmässig fort. Ich musste es mir s. Zt. versagen, seine Berichtigung, die er mir auf meinen an ihn gerichteten „Offenen Brief" in der November-Nummer der Friedenswarte einsandte, zur Aufnahme zu bringen, weil er diese Berichtigung von vornherein durch eine Drohung zu erzwingen versuchte. Er schrieb mir: „Sollten Sie dieselbe (die Berichtigung nämlich) Ihren Lesern ganz oder teilweise vorenthalten, so müsste ich Ihnen auf dem nächsten Friedenskongress vor aller Welt erklären, dass Sie kein Ehrenmann sind." Es wird jeder begreifen, dass mich gerade eine solche Drohung veranlassen musste, die Berichtigung nicht zu bringen, die ich sonst sehr gerne gebracht hätte, schon um deren Unrichtigkeit nachweisen zu können.

Der Herr Sekretär der „Liga" veröffentlicht nun seine Berichtigung und einen Angriff gegen meine Haltung in der französischen Revue „La Paix par le droit" und trägt unseren Streit vor das Forum unserer französischen Freunde, die in ihrer übergrossen Mehrzahl unsere Stellung zu ihm nicht kennen, denen mein Artikel, der ihn zu seiner Berichtigung veranlasste, völlig fremd ist. Der Eindruck, den unsere französischen Freunde von unserer Haltung nun bekommen müssen, ist ein gänzlich falscher. Ich selbst werde dem Herrn Sekretär der „Liga" in der Revue „Paix par le droit" die Antwort nicht schuldig bleiben, zumal mir die Redaktion ihr Blatt zu einer Erwiderung in liebenswürdigster Weise zur Verfügung stellte. In jenem Angriff bin ich aber nicht nur persönlich attackiert, sondern auch die deutschen Friedensfreunde in ihrer Gesamtheit. Jener Herr besitzt den traurigen Mut, ihnen nichts weniger als „Heuchelei" vorzuwerfen. „Die deutschen Pacifisten," sagt er, „die gegenüber ihren Kollegen so tun, als ob (font semblant) sie einer späteren Revision des Frankfurter Vertrages zustimmen würden, währenddem sie den deutschen Chauvinisten versichern, dass sie an den gegenwärtigen status quo nicht rühren, scheinen mir weder mit der Logik, noch mit der nationalen Ehre(!) im Einklang zu stehen." Eine derartige Aeusserung verdiente wohl eine unzweideutige Zurückweisung seitens des Kasseler Delegiertentages. F.

Aus der Zeit.

Die Vermittelung im russisch-japanischen Kriege.

In der „Neuen Freien Presse" berichtet ein Diplomat folgende interessante Mitteilungen: „Man weiss jetzt in Russland, dass England den Krieg nicht wollte, und man weiss in London, dass Russland bereit war, den Konflikt dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten. Den Japanern war diese Bereitwilligkeit Russlands bekannt, und als eben die Frage in ein hochkritisches Stadium rückte (siehe unter „Kriegsbriefen" die Mitteilung über die Unterredung des Professor Martens mit dem Minister Lamsdorff), beeilte sich Japan, welches törichterweise nichts davon wissen wollte, loszuschlagen. Das war eine grosse Torheit, weil Japan im Haag alles bekommen hätte, was es billigerweise verlangen konnte, und weil Japan sich mit dem Kriege die diplomatische Lage zu Ungunsten verändert hat.

Bei der Neuordnung der Dinge in Ostasien nach dem Kriege dürften auch die anderen Nationen mitzusprechen haben, und da wird man auch von nichtrussischer Seite dessen eingedenk sein, wie sich Japan ohne Kriegserklärung auf Russland gestürzt hat. Es nützt nichts, angebliche Parallelen zur Entschuldigung der Japaner heranzuziehen, denn die allgemeine Ueberzeugung, dass Japan unrecht gehandelt hat, ist unbestreitbar. Man wird es für absolut unzulässig erklären, dass nicht einmal ein nationales Manifest, welches der Gegenpartei bekannt wird, der Eröffnung von Feindseligkeiten vorangeht. Ferner hat Japan vorsätzlich in elfter Stunde verhindert, dass ein unparteiisches Schiedsgericht es um die kriegerischen Lorbeeren bringe, nach welchen die ganze Nation lechzte. Ein Schiedsgericht, ob gerade in dieser Form oder in der eines Kongresses, wird aber doch die unabweisliche Folge des Krieges sein.

Die Mitteilungen über die Möglichkeit einer Vermittelung haben in Japan die Vorstellung wachgerufen, dass man sich in den Kabinetten bloss mit theoretischen Erwägungen der Folgen und Chancen einer solchen Vermittelung im Interesse des Friedens befasse. Diese Vorstellung ist irrig. Der Vermittelungsgedanke ist schon zu einem bestimmten Projekt gereift. Die Vermittelung wird wohl nicht ohne Zustimmung beider streitenden Teile erfolgen, aber wenn erst der eine Teil seine Zustimmung erklärt hat, wird der andere sie nicht versagen können. Nun kann Russland leicht einer Mediation zustimmen, die nichts weiteres bezweckte, als was Russland ohnehin anzunehmen bereit war, als der Krieg die weiteren Erörterungen abschnitt: nämlich eine für beide Teile ehrenvolle Auseinandersetzung, und auch das amtliche Japan dürfte schon jetzt die Dinge nüchterner beurteilen, als ehedem.

In dem Handschreiben des Zaren, welches Graf Benckendorff dem König Eduard überreichte, sollen die Worte Schiedsgericht und Vermittelung vorkommen. Unmöglich ist es nicht!

Das traurige Moment bei dieser Aussicht auf Vermittelung ist nur, dass zuerst eine Massenschlacht stattfinden müsse und — Russland Sieger bleibt. Wenn aber Russland nicht siegt, wenn sich der Feldzug in die Länge zieht, Schlacht auf

Schlacht geschlagen wird, wird es dann Russland eher mit seiner Ehre vereinbar halten, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, als jetzt, wo seine Waffenehre zu Lande gewissermassen noch unbetastet ist?

*

Von der Schiedsgerichtsbewegung.

Zwischen Dänemark und den Niederlanden ist am 13. Februar ein Vertrag unterzeichnet worden, wonach die Streitigkeiten dieser beiden Staaten von nun ab dem Haager Schiedsgericht unterbreitet werden sollen. Dieser Vertrag ist der erste europäische Schiedsgerichtsvertrag, der keinerlei einschränkende Bestimmungen hinsichtlich der Angelegenheiten enthält, die dem Haager Schiedsgericht unterbreitet werden sollen. Eine Bestimmung des Vertrages enthält die wichtige Klausel, dass andere Mächte diesem beitreten können.

Zwischen Spanien und Frankreich und Spanien und England sind ebenfalls ständige Schiedsgerichtsverträge unterzeichnet worden, die denselben Wortlaut haben, wie die westeuropäischen Schiedsgerichtsverträge.

Gleichzeitig sind ernste Unterhandlungen in die Wege geleitet worden über Errichtung eines ständigen Schiedsgerichtsvertrages zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten von Amerika.

Man sieht, das Netz verdichtet sich. Unsere Tagespresse hat diese wichtigen Ereignisse gar nicht kommentiert. Der Kriegsklatsch bietet ihr hierfür keinen Raum.

*

D'Estournelles de Constant in England.

Baron d'Estournelles ist vom König Eduard empfangen worden. Er erzählt darüber, der König habe ihm gesagt: „Ich bin vom russisch-japanischen Kriege tief betrübt, ich betrachte ihn als ein höchst bedauerliches Ereignis, dagegen finde ich, dass unser gutes Einvernehmen mit Frankreich nie nützlicher war als jetzt, und es immer mehr werden wird, nicht bloss im Interesse Englands und Frankreichs, sondern im höhern Interesse des allgemeinen Friedens. Wenn trotz aller Anstrengungen, sie zu vermeiden, Verwickelungen eintreten sollten, so wird unser Einvernehmen die grössten Dienste leisten. Zum Wohle aller muss dieses Einvernehmen sehr innig erhalten werden, was auch immer geschehen mag. Ich hoffe auch, dass die Presse aller Länder sich bestreben wird, die Schwierigkeiten eher zu mildern, als zu verschärfen."

Das Commercial Committee des Parlaments veranstaltete Herrn d'Estournelles zu Ehren ein Diner in den Räumen des Parlaments, wo dem verdienstvollen Friedensfreunde in Anerkennung dafür, dass er die Mitglieder der beiden Parlamente freundschaftlich näherte, verschiedene Silbergeräte überreicht wurden, die jene Mitglieder des englischen Parlaments, die an dem letzten Parlamentsbesuch in Frankreich teilnahmen, anfertigen liessen. Zahlreiche Parlamentarier mit ihren Damen nahmen an diesem Bankett teil, bei welchem verschiedene Toaste auf den Sieg der Schiedsgerichtsidee gehalten wurden.

*

Eine Entrevue Kaiser Wilhelms mit dem Präsidenten der französischen Republik

wird von dem „Journal des Débats" aus Anlass der Mittelmeerfahrt des Deutschen Kaisers und des Besuches des Präsidenten Loubet beim König von Italien in Aussicht gestellt. Etwas Authentisches ist darüber noch nicht bekannt geworden. In jedem Falle ist die in einem französischen Blatte auftauchende Nachricht ein erfreuliches Zeichen der Zeit.

*

Neue Flottenrüstungen!

Der russisch-japanische Krieg zeitigt herrliche Früchte auf dem Gebiete des Wettrüstens.

Das Organ des Deutschen Flottenvereins, die „Flotte", stösst in ihr Alarmhorn und verlangt Geld, Geld und abermals Geld für den weiteren Ausbau der Flotte. Eine Art Flugblatt vom 24. Februar schliesst mit folgendem Passus:

„Dass unser Flottengesetz von 1900 durch die Mehrrüstungen Englands, Russlands und Amerikas (die bekannte Schraube ohne Ende!) während der letzten Jahre längst überholt ist, dass überhaupt die Bindung unseres Flottenbaues auf ein halbes Menschenalter angesichts der schnelleren Entwickelung der Geschichte nicht aufrecht erhalten werden kann, hat sich längst herausgestellt und wird jetzt allgemein zugegeben; der russisch-japanische Krieg aber bedeutet für uns ein warnendes Flammenzeichen vor dem verhängnisvollen „Zu spät!" Es wäre verfrüht, schon in diesem Augenblick bestimmte Forderungen für einen wesentlich beschleunigten Ausbau unserer Flotte aufzustellen. So viel aber steht fest und muss ausgesprochen werden: „Wir stehen unmittelbar vor der zwingenden Notwendigkeit, für den weiteren beschleunigten Bau unserer Flotte ganz erhebliche Mittel bereitzustellen."

Wie wenn sich aber die Geschichte weiter so schnell entwickelt, was doch anzunehmen ist, wird man die dann erweiterte Flotte nach einigen Jahren nicht wieder erweitern müssen? — Wo ist das Ende?

*

Militärisches Spielzeug.

Leo Claretie erwähnt in einem Artikel, dass die Fabrikation von Spielzeug in kriegerischer Form in Frankreich bedeutend nachgelassen hat. Auf den Gesamtbetrag von 45 Millionen Francs, der den Wert des in Paris fabrizierten Spielzeugs umfasst, entfällt auf Uniformen, Waffen und Rüstungen nur der Betrag von 2 Millionen Francs. Die Spielzeugfabrikanten schreiben diesen Niedergang dem Aufschwung der pacifistischen Lehre zu. Sie mögen damit recht haben, obwohl man eigentlich vom pacifistischen Standpunkt gar nichts dagegen zu haben braucht, wenn die Kinder mit kriegerischen Utensilien spielen. Das bedingt nicht die spätere Gesinnung und beschränkt durchaus nicht

die Erziehung im pacifistischen Sinne. Da müsste ein armer Mann ängstlich besorgt sein, dass sein Sohn nicht mit einem Schaukelpferd spielt, da der Junge in späteren Jahren nicht in die Lage kommen dürfte, sich ein Reitpferd zu halten, oder man müsste glauben, durch ein Spielzeug, das eine Herde darstellt oder eine Menagerie, den Sinn des Kindes für Landwirtschaft oder Tierbändigung zu wecken. Ausserdem gibt es jetzt in den Spielwarenläden auch Ausrüstungen nicht militärischer Natur für Kinder. Man findet Briefträger-, Strassenbahnschaffner-, Feuerwehrausrüstungen. Wer derartiges seinem Kinde als Spielzeug kauft, wird doch nicht etwa die Meinung hegen, dass er dem Kinde Vorliebe für einen dieser Berufe oder eine besondere Neigung für Feuerlöschwesen, Postwesen oder Strassenbahnverkehr erwecken würde.

Das Spielzeug hat erfahrungsgemäss gar keinen Einfluss auf die Psyche des Kindes. Dies tut in viel höherem Grade später die Jugendlektüre. Es ist deshalb auch gar nicht zu verwerfen, wenn Kinder, die gerne toben und sich tummeln, die am bunten Soldatenrock harmlose Freude empfinden, auch militärisches Spielzeug in die Hände bekommen. Im Gegenteil, der Friedensfreund als Pädagoge wird dabei leicht Gelegenheit nehmen können, bei dem Kinde durch Erklärungen des Ernstes, der in seinem Spiele liegt, pacifistische Gedanken anzuregen.

•

Aus dem „Hannoverschen Courier".

Einen eigentümlichen Artikel von X. Y. Z., „Der Krieg" betitelt, finden wir in dem führenden nationalliberalen Organ Hannovers. Der Artikel beginnt mit der Phrase „Friede auf Erden! — Utopie — nur für Engel" und schliesst mit der Phrase „Nur Phantasten glauben an die Zeit, die die Schwerter begraben wird." Das Merkwürdige daran ist, dass der Artikel im übrigen aber sehr verständig geschrieben ist. Wir finden die besten Argumente darin, die gegen den Krieg sprechen, wie die zunehmende Individualisierung der Masse, die erhöhten Opfer des modernen Krieges, der wirtschaftliche und soziale Zusammenhang der Nationen, etc. Nachstehende Stelle berührte uns sogar sehr sympathisch:

„Der Friedensbewegung haben sich heute nicht unsere schlechtesten Männer verschrieben. Sie ist zu einer Macht geworden, die man immerhin beachten kann. Die Tätigkeit der Friedensliga ist verbreiteter, verzweigter, als man gemeinhin annimmt. Freilich, man lächelt offiziell über die Romane der Suttner; aber sie haben Tausende zum glühenden Hass gegen alles, was Krieg heisst, bekehrt und erzogen. Auch früher hasste und verabscheute man den Krieg; das ist natürlich. Aber der Hass, der unter der Wirkung einer Suttner aufblüht, ist anderer Natur. Vergangene Zeiten hassten den Schaden, der ihnen aus dem Kriege erwuchs; die Friedenspropagandisten hassen das Kriegsprinzip an und für sich. Vergangene Zeiten betrachteten den Krieg als notwendiges Uebel, das er ja wohl ist; die Friedenspropagandisten sehen in ihm ein Uebel, das überwunden werden kann und überwunden werden muss. Ein Requisit barbarischer, brutaler Zeiten, das in unserer heutigen Kultur keine Stelle mehr finden sollte."

Es hat den Anschein, als ob dieser Artikel ursprünglich eine andere Anschauung hätte vertreten sollen, dass er aber, als er Aufnahme in den Blättern nicht finden konnte, „vernationalliberalisiert" wurde.

•

„Die abgeführten Friedensschwärmer"

betitelt sich ein Leitartikel der „Hamburger Nachrichten" vom 2. März, in dem die Friedensfreunde wieder einmal vernichtet werden. Die Argumente sind so widersinnig, dass sie einer Erwiderung nicht lohnen. Das Hamburger Blatt entwickelt sich immer mehr und mehr zum Witzblatt. Es hat sicherlich keine Ahnung, wie es durch seine Rückständigkeit für uns Propaganda macht. Jeder denkende Leser muss doch von der Unhaltbarkeit dieser Einwände überzeugt sein, und auf die nichtdenkenden Leser reflektieren wir ja gar nicht.

Aus der Bewegung.

Zum 22. Februar 1904

der österreichischen Friedensgesellschaft gewidmet von Björnstjerne Björnson.

Verachtet von den Grossen,
Den Kleinen Trost und Licht,
Sagt, muss nicht so der Weg sein,
Den sich das Neue bricht?

Verraten just von denen,
Die ihr zur Hut bestellt,
Sagt, kämpft nicht jede Wahrheit
So mit der stumpfen Welt?

Erst raunt sie, ein Geflüster,
In reicher, gold'ner Saat,
Dann durch das Waldesdüster
Braust laut ihr Ruf zur Tat.

Bis wolkenan erdonnernd
Das Meer die Kunde rauscht
Und alle Stimmen schweigen
Und ihr die Erde lauscht.

•

Der 22. Februar in Paris, Wien, London.

Der Washington-Tag wurde wie alljährlich von den meisten Friedensgesellschaften durch Versammlungen, Bankette etc. begangen, und überall gelangte dabei die vom Berner Bureau vorgeschlagene Resolution, die den Ereignissen angepasst war, zur Annahme. Noch liegen nicht von allen Gesellschaften Berichte vor. Zunächst ist der Redaktion nur über die Feier des 22. Februar in Paris, Wien und London Nachricht zugegangen.

In Paris wurde der Tag, wie alljährlich, durch ein

Bankett begangen, das insofern einen offiziellen Charakter besass, als der italienische Botschafter Graf Tornielli daran teilnahm. Das Bankett war gleichzeitig eine Feier der italienisch-englisch-französischen Schiedsgerichtsverträge, wie des 100. Todestages von Immanuel Kant. Es fand unter dem Präsidium Fréd. Passys statt. Von bekannten Friedensfreunden nahmen an der Feier teil: Thomas Barclay, d'Estournelles de Constant, Hogdson Pratt, Charles Richet, Herr und Frau Horst aus Hammerfest, bekanntlich Mitglied des norwegischen Nobelkomitees, Frau Severine, Frau Flammarion, Frau Poignon, Lucien Le-Foyer, Raqueni u. a. Nach dem Bankett wurden zahlreiche Toaste gesprochen, an denen sich auch der italienische Botschafter beteiligte. Fast alle Redner befassten sich mit dem Verhältnis der Friedensbewegung zum Kriege, und fast alle kamen zu dem Schlusse, dass dieser Krieg die Grundsätze der Friedensbewegung nicht erschüttere. Die Bewegung konnte in wenigen Jahren nicht alle Kriege verhindern, ihre Erfolge seien dennoch grosse, und sie werden mit der Zeit noch grössere werden.

Ueber die Feier des 22. Februar in Wien finden die Leser Näheres in den am Schluss dieser Blätter enthaltenen offiziellen Mitteilungen der Oesterreichischen Friedensgesellschaft.

In London versammelten sich die Friedensfreunde in dem herrlichen Ateliers Felix Moscheles'. Mr. Green verlas die eingelaufenen Sympathiebezeugungen von Baron d'Estournelles, Baronin von Suttner, Fréd. Passy, Miss Hobhouse, Hogdson Pratt und anderen. Moscheles, der das Präsidium führte, schlug vor, den 22. Februar „Internationaler Friedenstag“ zu benennen. Persönlich wünsche er nicht, dass der russisch-japanische Streit vor das Haager Tribunal gebracht werden möge, damit dieses nicht zu entscheiden habe, welches von den beiden Völkern das grössere Recht hätte, Korea zu — stehlen. Es sprachen noch Dickinson, Cremer, Despard, Hobson und Darby. Die Berner Resolution gelangte dann zur Annahme.

•

Nationale Friedenskongresse.

Die auf dem letzten Friedenskongress in Rouen angenommene Resolution, wonach neben den internationalen Friedenskongressen in jedem Lande auch nationale Kongresse stattfinden sollen, hat bis jetzt die englischen und die italienischen Friedensfreunde veranlasst, solche Kongresse schon in diesem Jahre zu veranstalten. Die französischen Friedensfreunde sind bekanntlich schon früher zu solchen Veranstaltungen gelangt und werden im April ihren zweiten nationalen Friedenskongress abhalten.

In der am 9. Februar abgehaltenen Friedenskonferenz in Devonshire House in London, die von Mr. Newmann, Mr. Alexander, Miss Robinson und Miss Cook einberufen war, wurde ein Antrag angenommen, dass in diesem Jahre vor Abhaltung des internationalen Friedenskongresses ein nationaler englischer Friedenskongress abgehalten werden soll. Ein Komitee zur Vorbereitung dieses Kongresses wurde gewählt und von jeder englischen Friedensgesellschaft je ein Mitglied hineindelegiert.

In Italien hat die Unione Lombarda die Arrangierung nationaler Kongresse in die Hand genommen. Es wurde beschlossen, diesen im nächsten Mai einzuberufen und den Sitz der Tagung noch festzustellen. Einladungen zur Abhaltung liegen vor aus Turin und aus Torre Pellice. Auch das Programm des Kongresses wurde festgestellt. Es besteht vorläufig aus nachstehenden 4 Punkten: 1. Wie ist die Schiedsgerichtsidee in Italien volkstümlich zu gestalten? 2. Teilnahme der Friedensgesellschaften an den politischen und administrativen Wahlen. 3. Propaganda in den Schulen. 4. Mitteilungen und Vorschläge.

•

Der II. Nationale Friedenskongress

der französischen Friedensgesellschaften findet, wie erwähnt, in den Tagen vom 7. bis zum 10. April in Nîmes statt. Der Kongress besitzt folgende Tagesordnung: A. Aktuelles: 1. Bericht über die äussere Politik Frankreichs im vergangenen Jahre. 2. Mitteilung der ständigen Delegation über die Haltung der Friedenspartei in der elsass-lothringischen Angelegenheit. B. Praktische Anwendung und juristische Fragen: 3. Wunsch bezüglich der Verwendung jener Rekruten, die aus Gewissensgründen das Tragen der Waffen verweigern. 4. Internationale Verständigung betr. die Beschränkung der militärischen Lasten. 5. Erleichterung der militärischen Lasten in Frankreich. 6. Sanktionierung der Schiedsgerichtsbarkeit. C. Organisation und Propaganda: 7. Bericht der ständigen Delegation der französischen Friedensgesellschaften. 8. Definitive Organisation der ständigen Delegation. 9. Ernennung der Mitglieder der Delegation. 10. Wahlaktion der Friedenspartei. 11. Geschichtslehrbücher und Friedenslesebücher. 12. Nationallieder und Friedenslieder. 13. Vorschlag zur Herstellung von Landkarten von Frankreich, Europa und des Erdballs, die die Entwickelung der Friedensbewegung zeigen. 14. Organisation des Projektionsbilderdienstes für Frankreich. 15. Ort des nächsten nationalen Kongresses.

•

Die Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft

findet, wie bereits gemeldet, am 20. März in dem so ziemlich zentral gelegenen herrlichen Kassel statt (Beginn derselben vormittags um 9½ Uhr im Vereinshaus), und es darf wohl mit Sicherheit darauf gerechnet werden, dass recht viele Ortsgruppen ihre Delegierten dahin entsenden werden.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Bericht der Kommission für die Festsetzung des Programms der Deutschen Friedensgesellschaft.
3. Stellungnahme zu den Beschlüssen bezw. Wünschen des XII. Friedens-Kongresses.

4. Anträge der Ortsgruppen.
5. Die Propaganda.

Am Vorabend, den 19., findet ebenfalls „im Vereinshaus“ eine öffentliche Versammlung statt.

Anmeldungen zum gemeinsamen Mittagstisch und Bestellungen für Logements wollen rechtzeitig an Professor Dr. Kressner in Kassel, Lessingstr. 20, gerichtet werden. Die Geschäftsleitung.

*

Der XIII. Weltfriedenskongress

findet nunmehr, wie in einer Sitzung des Exekutivkomitees vom 13. Februar d. J. festgesetzt wurde, in der ersten Oktoberwoche in Boston statt. Das Berner Friedensbureau unterbreitet den Friedensgesellschaften nachstehende provisorische Tagesordnung: 1. Bericht des Bureaus über die Ereignisse des Jahres, sofern sie auf Krieg und Frieden Bezug haben; 2. Wirtschaftliche Ursachen des Krieges (Bericht der Spezialkommission); 3. Propaganda zur weiteren Popularisierung des internationalen Schiedsgerichtshofs im Haag; 4. Bericht der Gesellschaftsgruppen über die seitens ihrer Länder mit anderen Staaten abzuschliessenden Schiedsgerichtsverträge; 5. Deutsch-französische Annäherung; 6. Wahl einer Friedensfahne; 7. Ort und Datum des nächsten Kongresses; 8. Aufruf an die Völker.

Die Gesellschaften werden aufgefordert, ihre Abänderungsvorschläge zu machen.

*

Ausführung der Beschlüsse des XII. Weltfriedenskongresses.

Das Berner Friedensbureau erstattet in der Correspondance Bimensuel vom 25. Februar d. J. Bericht über die ihm übertragene Ausführung der letzten Kongressbeschlüsse. Danach hat das Berner Bureau, als dessen Seele bekanntlich der unermüdliche Ehrensekretär Elie Ducommun fungiert, eine grosse Arbeitsleistung verbracht. So hat das Bureau an den Präsidenten der französischen Republik und die Regierung der französischen Republik Briefe gerichtet, worin diese gebeten werden, die Initiative zu Verhandlungen mit den anderen Regierungen zum Zwecke einer gleichzeitigen Verminderung der Rüstungen zu ergreifen. Der interparlamentarischen Union wurden jene Kongress-Resolutionen mitgeteilt, die sich auf das Friedensrecht, auf die Vorbereitung eines provisorischen Entwurfes für die Kodifikation der Grundsätze eines internationalen öffentlichen Rechtes und auf die Erneuerung des seitens der Haager Konferenz auf 5 Jahre beschlossenen Verbotes zur Auswerfung von Projektilen aus den Luftballons und auf die Einberufung einer neuen intergouvernementalen Konferenz zur Wiederaufnahme der Beratungen über einen Rüstungsstillstand beziehen.

An alle Friedensgesellschaften wurden die Resolutionen des Kongresses übersandt und ihnen besonders diejenigen empfohlen, bei denen der Kongress die Hilfe der Friedensgesellschaften besonders anrief, jene Resolutionen, die sich auf internationale Schiedsgerichte, Rüstungsstillstand, Organisation und andere Propagandavorschläge beziehen.

An die Minister des Auswärtigen von 40 Staaten wurden jene Kongressresolutionen übermittelt, die sich auf das Friedensrecht, auf die Haager Friedenskonventionen, auf die Freiheit der Luft und auf den Rüstungsstillstand beziehen.

An 150 Universitäten hat das Bureau jene Resolutionen gesandt, die sich auf den Unterricht in internationalem Recht und auf die den Studierenden zu liefernden Informationen über die Friedensbewegung beziehen.

Es übermittelte der juristischen Kommission des Kongresses die Einladung des letzteren, die Frage der Freiheit der Luft zu studieren. Es übermittelte dem internationalen Friedensinstitut in Monako das Ersuchen, Beläge über die beste Methode zur Hervorrufung eines Rüstungsstillstandes zu sammeln.

Nur einige kleinere Beschlüsse des Kongresses blieben damit noch unerledigt. Fürwahr eine grossartige Leistung, die das Bureau hiermit zustande gebracht hat, die die Pacifisten der ganzen Welt mit Freude erfüllen muss über diese Einrichtung des Bureaus, das die Erwartungen, die daran geknüpft wurden, im vollsten Masse erfüllt.

*

Friedensgesellschaft Berlin.

Am 15. Januar fand in Berlin eine öffentliche Versammlung statt, eingeladen durch die Ortsgruppen der Deutschen Friedensgesellschaft und des Weltbundes der Frauen für den Frieden durch Erziehung. Frau L. Morgenstern, welche durch Krankheit verhindert war, liess ihre Ansprache verlesen, in welcher zur Beteiligung an dem von Fürstin Gabrielle Wiszniewska gegründeten Weltbunde aufgefordert wurde. Herr Privatdozent Dr. E. Herter sprach über den Friedenskongress von Rouen und im Anschluss daran über einige aktuelle internationale Fragen.

Am 11. Februar fand die Generalversammlung der Gruppe statt. Der Vorsitzende Dr. E. Herter eröffnete dieselbe mit dem Ausdruck schmerzlichen Bedauerns über den Ausbruch des Krieges in Ostasien; aus der traurigen Tatsache sei ein erneuter Anlass zu eifriger Propaganda für die Einführung einer obligatorischen internationalen Gerichtsbarkeit zu entnehmen. Nachdem den verstorbenen Mitgliedern, besonders Richard Schmidt-Cabanis, Prediger Carl Nessler und Justizrat August Munckel, ehrende Nachrufe gewidmet waren, wurde der Geschäftsbericht für das abgelaufene Vereinsjahr erstattet. Darauf hielt Herr H. Jürgensen einen Vortrag über die internationale Hilfssprache Esperanto.

*

Die Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Hamburg-Altona

veranstaltete am 1. März einen Rezitationsabend, zu dem Herr Otto Ernst seine bewährte Meisterschaft

zur Verfügung gestellt hatte. Der grosse, über 500 Personen fassende Saal der „Erholung“ war bis auf den letzten Platz gefüllt. In meisterhafter Weise gelangte die Szene aus „Jörn Uhl“ zum Vortrag, in der Gustav Frenssen die Schrecken des Tages von Gravelotte malt.

Alsdann wurde aus Detlef von Liliencrons „Kriegsnovellen“ „Der Narr“ vorgelesen.

Als Gegengewicht gegen die Gemütsstimmung, die diese beiden grausig-schönen Bilder bei den Hörern hervorgerufen hatten, las Otto Ernst aus seinem noch ungedruckten Roman „Asmus Semper“ ein Kapitel, in dem die Eindrücke wiedergegeben werden, die der deutsch-französische Krieg auf einen 7jährigen Knaben gemacht hat. Alsdann verlas der Vorsitzende, Herr Bloh, die Berner Resolution, die einstimmig zur Annahme gelangte.

*

Die Görlitzer Friedensgesellschaft

sendet eine Abschrift des Protokolles über ihre Versammlung vom 16. Februar, woraus wir folgendes entnehmen: „Gegenüber den zahlreich erschienenen Gästen, welche, neben den Mitgliedern, den grossen Konzerthaussaal fast überfüllen, erachtet der Vorsitzende, Kaufmann G. Hönnicke, einige Worte über Natur und Zusammensetzung des Vereins für geboten. Hierauf spricht Herr Prediger Tschirn über „Sedan oder Jena?“, diese Frage als das Stichwort betrachtend für die Ueberhebung, welche die Waffenerfolge erzeugen und die fast regelmässig dann zu Falle kommt. Die nachfriederizianische Zeit in Preussen und die Zeit des zweiten französischen Kaiserreichs sind nur zwei Beispiele unter vielen anderen. Hier nennt sich die Nemesis Jena, dort Sedan. Ernste deutsche Männer fangen an, dergleichen Besorgnisse zu hegen für unseres Vaterlandes Zukunft, und diese Stimmung verdichtet sich zu literarischen Erscheinungen à la „Rosenmontag“, „Zapfenstreich“, „Sedan oder Jena“, „Aus einer kleinen Garnison“, welche leider nur allzusehr, als auf wirklichen Wahrnehmungen beruhend, anerkannt werden müssen. Redner beantwortet die Frage „Sedan oder Jena?“ mit dem Titel eines anderen Buches „Weder Sedan noch Jena“, dem Verfasser desselben beistimmend, dass die Geschicke der Nationen heute von ganz anderen Faktoren abhängen als von soldatischer Bravour. Das Gefühl der Interessengemeinschaft und der Humanität verdrängt allmählich den traditionellen Glanz des Militarismus; es wächst das Verständnis für den moralischen Mut im Gegensatz zu dem nur physischen.

Literatur und Presse.

Les Visites Interparlamentaires de Londres et de Paris. (Extrait de La Paix par le droit). Paris 1904. Gr. 8⁰. 104 S. Frcs. 1.

Die Broschüre bietet ein getreues Bild über die Tätigkeit der d'Estournelle-Gruppe in der französischen Kammer während der ersten zehn Monate ihres Bestandes. Die interparlamentarischen Reisen nach London und Paris, die den schönsten Erfolg jener pacifistischen Bemühungen darstellen, nehmen den meisten Raum der Veröffentlichung, ein und die dabei gehaltenen Reden sind zum grössten Teil im Wortlaut wiedergegeben. Der englisch-französische Schiedsgerichtsvertrag, der das Ergebnis jener interparlamentarischen Aktion bildet, krönt das Werk, das ein pacifistisches Dokument ersten Ranges ist. Eine deutsche Uebersetzung ist in Vorbereitung.

Das Tagebuch einer Luzernerin aus dem Feldzuge nach Russland 1812. Von Dr. J. Franz Bucher. Buchdruckerei J. S. Bucher in Luzern. Illustriert. 61 S.

Dieses Büchlein, das die Leiden der grossen Armee auf ihrem Rückzuge aus Russland schildert, kommt gerade jetzt zurecht, wo man den gegenwärtigen Krieg so oft mit den Ereignissen von 1812 in Parallele stellt.

Oesterreichische Friedensgesellschaft.

Wien I., Spiegelgasse 4.

Mitgliedsbeitrag mindestens 2 K und 1 K für die Zusendung der Friedenswarte. Von letzterer Beisteuer sind jene Mitglieder befreit, welche einen höheren als den Minimal-Mitgliedsbeitrag entrichten.

Vorstandssitzung am 14. Februar 1904.

Vorsitz: Baronin v. Suttner.

Anwesend: Dr. v. Dorn, Dr. Feilbogen, Balduin Groller, Dr. Karell, Kosian, A. Müller, Dr. Baron Pascotini, Dr. v. Peteani, Baron Pirquet, Gräfin Pötting, Sekretär v. Mayer.

Bei der geänderten politischen Situation, hervorgerufen durch den russisch-japanischen Krieg, entspinnt sich eine längere Debatte darüber, ob es jetzt angemessen erscheint, die in der letzten Vorstandssitzung beschlossene Petition dem Ministerpräsidenten zu überreichen. Es wird der Antrag des Dr. Feilbogen angenommen, dass diese Petition mit möglichster Beschleunigung überreicht werde, und wäre die Regierung in erster Linie zu ersuchen, in die Handelsverträge die Schiedsgerichtsklausel aufzunehmen, und weiters, wenn tunlich mit anderen Staaten Schiedsgerichtsverträge abzuschliessen.

Baronin v. Suttner macht die Mitteilung, dass sie, einer Einladung des Fürsten Albert I. folgend, sich am 29. Februar nach Monaco begeben werde.

XII. Hauptversammlung am 22. Februar

im n. ö. Gewerbeverein.

Die Vorsitzende, Baronin v. Suttner, führte aus, wie sehr alle Friedensfreunde durch den russisch-japanischen Krieg in Trauer versetzt wären und in Angst, wegen der Gefahr, dass der Brand weiter greife. Mag jetzt die vieltausendjährige Institution „Krieg“ wieder

als das Aktuellste, Interessanteste und Allherrschende in Tätigkeit getreten sein, die Friedensidee ist darum nicht weniger wichtig geworden, die noch junge Friedensbewegung ist darum nicht minder schon in das Reich der Tatsachen getreten.

Die Vorsitzende bringt Begrüssungsbriefe anlässlich der heutigen Hauptversammlung zur Verlesung, und zwar von Hofrat Professor Lammasch, Baron d'Estournelles, Frédéric Passy, Randal Cremer und ein Gedicht von Björnstjörne Björnson.

Baronin Suttner berichtet kurz über die Ereignisse des Jahres, worauf das Vorstandsmitglied Dr. v. Dorn über eine Petition berichtet, welche am selben Tage durch eine Deputation (Baronin Suttner, Dr. v. Dorn und Dr. Feilbogen) dem Ministerpräsidenten Dr. von Körber überreicht wurde, die Bitte enthaltend, in die soeben in Vorbereitung befindlichen Handelsverträge die Schiedsgerichtsklausel aufzunehmen, und weiter die Anregung, bei sich ergebender Gelegenheit mit anderen Staaten ähnliche Schiedsgerichtsverträge abzuschliessen, wie in jüngster Zeit Frankreich, England und Italien. Hierauf begründete Dr. v. Dorn die Resolution, welche am gleichen Tage allen Friedensgesellschaften zur Beschlussfassung vorgelegt wurde (vide 'Friedens-Warte, Februar, Seite 37). Dieselbe wurde angenommen und ein von Dr. Kolben beantragter Zusatz abgelehnt.

Revisor Störk berichtete über 'die vorgenommene Prüfung der Bücher, welche zur vollsten Zufriedenheit ausgefallen ist, und brachte den Kassenbericht zur Verlesung, welchem zufolge das Jahr 1903 mit einem Saldo von 2596 K 56 h abschliesst. Hierauf wurde dem Vorstande das Absolutorium erteilt.

Die hierauf vorgenommenen Neuwahlen in den Vorstand ergaben folgendes Resultat:

Wilhelm Czerny, k. u. k. Hauptmann a. D.,
Anton Czjzek, Ritter d. eis. Krone, Rentier,
Dr. Alexander Ritter Dorn v. Marwald k. k. Kommerzialrat,
Dr. Siegmund Feilbogen, Privatdozent an der Universität,
Alexander Fischel, Privatier,
Balduin Groller, Schriftsteller,
Oswald Hohensinner, Bürgerschullehrer und Gemeinderat,
Dr. Dom. Kammel v. Hardegger, Gutsbesitzer,
Dr. Ludwig Karell, Schriftsteller,
Leopold Katscher, Schriftsteller,
Adolf Kern, Pfarrer, Kapitular des Stiftes Schotten,
Benedikt Kosian, Cafetier,
Dr. Ludw. Kunwald, Hof- u. Gerichts-Advokat
Ludwig Lobmeyr, Mitglied des Herrenhauses,
Arthur Müller,
Dr. Ferdinand Freiherr von Pascotini, k. k. Sektions-Chef a. D.,
Dr. Gustav Ritter von Peteani, Hof- und Gerichts-Advokat,
Hedwig Gräfin Pötting, Stiftsdame,
Max Spanier, Kaufmann,
Baronin Bertha v. Suttner,
Dr. Heinrich Graf Taaffe,
Fürst Alfred Wrede, kgl. bayer. Kämmerer,
Dr. theol. Alfons Witz-Oberlin, Oberkirchenrat, Pfarrer der evangelischen Gemeinde H. C.

Zu Revisoren wurden gewählt:

Wilhelm Freyberg, Hausbesitzer, und
Emil Störk, Beamter der Donau-Dampfsch.-Ges.

Nach Erschöpfung der Tagesordnung hielt das Vorstandsmitglied Dr. Ludwig Karell einen Vortrag, welcher durch zahlreiche Skioptikonbilder erläutert wurde.

•

Herr Schulleiter Ignaz Cerny hält am 5. April bei der Landes-Lehrer-Konferenz in Ober-Hollabrunn einen Vortrag: „Was kann die Schule zur Förderung der Friedensbewegung beitragen". Da der Vortragende seinen Vortrag mit Skioptikonbildern erläutert, so ist zu erwarten, dass sich derselbe eines recht grossen Zuspruches erfreuen wird.

•

Herr Alfred H. Fried hält am 13. März einen Vortrag im Wiener Volksbildungsverein (VI. Saal des Arbeiter-Bildungsvereines).

•

Diskussionsklub. Am 4. März fand eine Zusammenkunft desselben im Café Elisabethbrücke, I. Kärntnerstr. 46, statt. Jene Mitglieder, welche an der nächsten Zusammenkunft (Freitag, den 18. März, 1/28 Uhr abends) teilnehmen wollen, werden ersucht, ihre Adresse im Sekretariat bekannt zu geben.

Neue Mitglieder.

Bei jenen neubeigetretenen Mitgliedern, welche den Minimalbeitrag von 2 Kronen und ausserdem 1 Krone für Zusendung der Friedenswarte entrichten, ist kein Betrag angegeben.

	Kronen
Baar, Hermann, Lehrer, Wien.	
Baltimester, Joh., k. k. Notar, Rab O.-Oe.	
Böhm, Josef, städt. Brauer, Platten.	
Blühdorn, Denise, Wien	10,—
Bürger, Math., Villenbesitzer, Velden	4,—
Chelkowska, Sofie, Wien.	
Dojak, Rupert, Schwimmlehrer, Velden	4,—
Engel, Heinrich, Hausbesitzer, Iglau	4,—
Feuerwehr-Verein, Ybbsitz.	
Fleischanderl, Josef, Ybbsitz.	
Friebl, Franz, Pola.	
Fürnschlief, Michael, Bürgermeister, Ybbsitz.	
Gaissmayer, Rosa, Fabrikbesitzersgattin, Scheibbs	20,—
Glatz, Margarete, Kaufmannsgattin, Wien	4,—
Gruber, Martin, kk. Landesgerichtsrat, Platten	4,—
Haiser, Dr. Franz, Scheibbs	10,—
Haydin, August, Wien.	
Heger, Leopold, Oberlehrer, Orth.	
Hiller, Emma, Frl., Wien.	
Höfinger, Carl, Kaufmann, Scheibbs.	

	Kronen
Hönlinger, Anna, Floridsdorf.	
Janz, Josef, Oberlehrer, Velden	4,—
Jasser, Joh., Villenbesitzer, Velden	4,—
Jax, Johann, Fabrikant, Linz.	
Johnson, Frank S., Wien.	
Jordan, Ernst Julius, Bodenbach	10,—
Klarvill, Viktor, R. von, Wien	4,—
Kointsch, Valentin, Kaufmann, Velden	4,—
Kreitner, Julie v., Generalkonsuls-Witwe, Wien.	
Matula, Johann, Lehrer, Libschitz.	
Mingazzi de Modigliana, Ed. R. von, k. u. k. Feldmarschall-Leutnant, Wien	5,—
Nimbin, Ladislaus, k. k. Rechn.-Ass., Wien	4,—
Pechauschek, Joh. E., Dr., Distriktsarzt, Platten.	
Redaktion „Freie Worte", Falkenau	5,—
Reiter, Hermine, Frl., Floridsdorf.	
Reitmann, Samuel, Privatier, Wien.	
Resch, Clotilde, Frl., Stubenberg bei Gleisdorf.	
Roeder, Adolph, Metropolitan-Bldg., Oranje N. I.	
Rössel, Emil, Dr., Advokat, Tetschen	5,—
Schindler, Carl, Dr., Landes-Sekretär, Brünn	4,—
Schürhagl, Therese, Fabriksteilhaberin, Scheibbs.	
Schwager, Anton, Gerbermeister, Platten.	
Spanier, Max, Kaufmann, Wien	20,—
Stadler v. Wolfersgrün, Anna, Wien	5,—
Stanek, Marie, Eisenbahndirektorsgattin, Unzmarkt.	
Starke, Hermann, Wien.	
Stern, Moriz, k. k. Postkontrollor in P., Wien.	
Taaffe, Louisa Gräfin, Meran	5,—
Treiber, Johann, Schulleiter, Kranzlhofen	4,—
Tschockner, Eduard, Handschuhmacher, Platten.	
Tschockner, Rudolf, Handschuhmacher, Platten.	
Urban, Johannes, Arzt, Grulich	5,—
Verschönerungs-Verein, Ybbsitz	4,—
Wöber, Josef, Bürgermeister, Imbach b. Krems a. D.	

•

Von Herrn Emanuel Nobel in St. Petersburg ist eine Spende von 300 Kronen eingelaufen.

Ortsgruppe Marienbad.

Camill, Wellemin, Dr. jur.
Raininger, Carola, Frl.

Wiener akademischer Friedensverein.

Vortragscyklus A. H. Fried. Am 2. März fand der letzte der Vorträge statt, welche Herr A. H. Fried aus Berlin im akad. Friedens-Verein über die „Einführung in die Friedensbewegung" gehalten hat. Die Zuhörer, welche durch alle fünf Vortragsabende mit grossem Interesse den Ausführungen des Redners gefolgt waren, vernahmen mit Freude, dass diese Vorträge demnächst im Druck erscheinen werden.

•

Ende Februar wandte sich der Wiener akad. Friedensverein an die International-Arbitration und Peace Association mit dem Ersuchen, ihn mit ähnlichen Studentenvereinigungen Englands in Verbindung zu setzen. Da derartige akademische Vereine in England nicht bestehen, wurde in der Ausschussitzung der J. A. u. P. A. vom 1. März auf Grund jenes Schreibens beschlossen, solche Gesellschaften in Oxford und Cambridge ins Leben zu rufen.

Neue Mitglieder.

Arnreiter, Hans, stud. jur.
Berger, Johann, stud. ing.
Edelhofer, Max, cand. med.
Feil, Emanuel, stud ing.
Klingenberg, Wilhelm, stud. ing.
Korpitsch, Robert, stud. ing.
Schaffer, Oskar, stud. ing.
Schömer, Josef, stud. ing.
Schweitzer, Friedrich, stud. ing.

Friedensliteratur,

durch das Bureau, I., Spiegelgasse 4, zu beziehen.

Die Bestellung kann mit Korrespondenzkarte erfolgen, und wird der Sendung ein Posterlagschein beigelegt, welcher zur Zahlung des bedeutend ermässigten Betrages benützt werden kann.

„Die Waffen nieder" von Bertha von Suttner (gebunden)	K 1,40
„Um ein Buch", Novelle von Gräfin H. Pötting	„ —,20
„Die Föderation Europas" von Professor J. Novicov (740 Seiten)	„ 2,—
„Bertha von Suttner" von Leopold Katscher	„ —,60
„Weder Sedan noch Jena" von Alfred H. Fried	„ 1,—
„Der Zukunftskrieg" nach Staatsrat Johann v. Bloch	„ —,10
„Die Haager Friedenskonferenz" von Bertha von Suttner	„ 1,40
„Martha's Kinder". Fortsetzung zu „Waffen nieder", von Bertha v. Suttner (geb.)	„ 4,—
„Triumph des Friedens" für Klavier von Baron Leo Baillou	„ —,60
„Bas les armes" de Baronne de Suttner, Paris	„ 2,—

•

Die Friedenswarte liegt in den 100 bedeutendsten Kaffeehäusern Wiens auf und wolle von unseren Mitgliedern verlangt werden.

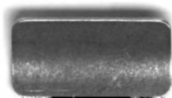
•

Aus dem Atelier der Hofphotographen Mertens, Mai & Cie., Wien I., Heinrichshof, ist ein gelungenes Porträt der Frau Baronin Bertha von Suttner hervorgegangen. Dortselbst können Reproduktionen in Kabinettformat zum Preise von K 1,50 direkt bezogen werden (eventuell auch durch das Bureau I., Spiegelg. 4.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred H. Fried, Berlin-Schöneberg. Im eigenen Verlage. Druck von Pass & Garleb, Berlin W. 35.
Verantwortlicher Redakteur für Oesterreich-Ungarn: Vinzenz Jerabek in Wien.

[illegible] Alfred H. Fried [illegible] Berlin W. 35
[illegible]






LAW LIBRARY
University of Michigan
3 5112 204 059 598

